



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Element der
sorgezentrierten Stadt? - Kritische Untersuchung der
Infrastrukturen und Strategien zur Bewältigung und
Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit.

verfasst von | submitted by

Luzie Antonia Bartle B.Sc.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Brigitte Fuchs

Danksagung

Ich danke von ganzem Herzen meiner Betreuerin, Dr. Brigitte Fuchs, die mir immer wichtiges, konstruktives und zeitnahes Feedback gegeben und mich unterstützt hat.

Ich danke meinen Interviewpartner:innen, die mir meine Forschung überhaupt erst ermöglicht haben, für ihre Zeit und Offenheit und die spannenden Einblicke. Insbesondere weiß ich es zu schätzen, dass sich einige Personen trotz zeitintensiver Sorgeverpflichtungen die Zeit genommen haben, mit mir zu sprechen.

Ich danke meiner Familie für ihre bedingungslose Unterstützung und all meinen Freund:innen, die mir die Tage in der Bibliothek und die Feierabende versüßt und für einen guten Ausgleich gesorgt haben.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	i
Abkürzungsverzeichnis	ii
1. Einleitung	1
1.1 Relevanz für das Studium der Internationalen Entwicklung	3
1.2 Forschungsfrage	5
2. Theoretischer Bezugsrahmen	7
2.1 Theoretische Verortung von Care-, Sorge- und Reproduktionsarbeit	7
2.1.1 Marx‘ Arbeits- und Reproduktionsbegriff	9
2.1.2 Feministische Debatten zu Care	11
2.1.3 Von der Krise sozialer Reproduktion zur solidarischen Gesellschaft	14
2.2 Geschlecht und Raum	18
2.2.1 Geschlecht als soziales Konstrukt	18
2.2.2 Gesellschaftliche Produktion von Raum und Stadt	19
2.2.3 Wechselseitige Konstruktion von Raum und Geschlecht	22
2.3 Lefebvres Recht auf Stadt feministisch denken	24
2.4 Intersektionale Perspektive	25
3. Kritisch feministische Stadtplanung	29
3.1 Kritik an androzentrischer Stadtplanung	29
3.2 Feministische Planung von Stadt und Raum	31
3.3 Sorgende Städte	34
3.3.1 Embodied Care als Ethik der Sorgenden Stadt?	36
3.3.2 Ansätze der Sorgenden Stadt in Wien	37
4. Gemeinschaftliche Wohnprojekte	39
4.1 Was ist ein Gemeinschaftliches Wohnprojekt?	40
4.2 Entstehung eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts	41
4.3 Beteiligte Akteur:innen im Prozess	42
4.4 Mögliche Rechtsformen und Eigentumsverhältnisse	43

5. Empirische Untersuchung	44
5.1 Forschungsfragen	44
5.2 Methodologie.....	45
5.3 Erhebungsmethode: Leitfadengestützte Interviews.....	46
5.4 Zugang zum Forschungsfeld	47
5.5 Sampling.....	48
5.6 Durchführung der Interviews	56
5.7 Auswertungsmethode: Qualitative Inhaltsanalyse	56
5.8 Gütekriterien qualitativer Forschung und Methodenkritik.....	59
6. Empirische Ergebnisse / Auswertung.....	61
6.1 Beweggründe für den Einzug	61
6.2 Inklusion und Diversität des Wohnprojekts	64
6.3 Teilhabe und Gestaltung des eigenen Wohnumfelds	70
6.4 Care-Situation der Befragten	77
6.5 Infrastrukturen der Versorgung	80
6.6 Unterstützung in der Sorgearbeit durch Bewohner:innen	82
6.7 Einschätzung des Potenzials gemeinschaftlicher Wohnprojekte	89
7. Diskussion	94
8. Fazit	97
Literaturverzeichnis.....	99
Anhang	iii

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wohnprojekte des Samples, eigene Darstellung	52
Abbildung 2: Wohnprojekte des Samples in Wien und Umgebung, eigene Darstellung	53
Abbildung 3: Sample der Interviewpartner:innen und Wohnprojekte, eigene Darstellung	54
Abbildung 4: Darstellung der Altersgruppen der Befragten, eigene Darstellung	55
Abbildung 5: Schritte der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz, eigene Darstellung	58
Abbildung 6: Darstellung der Hauptkategorien des Kodierleitfadens, eigene Darstellung	58
Abbildung 7: Mietzins von fünf der sieben Wohnprojekte	67

Abkürzungsverzeichnis

EGW	Erste Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft
FLINTA*	Frauen, Lesben, Inter, Nicht-binär, Trans, Agender
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ILO	International Labour Organization
inigbw	Initiative Gemeinsam Bauen & Wohnen
mbH	mit beschränkter Haftung
NMIV	Nichtmotorisierter Individualverkehr
PoC	People of Color
SDG	Sustainable Development Goal
UN	United Nations
WBV-GPA	Wohnbauvereinigung für Privatangestellte

1. Einleitung

Städte sind von Männern für Männer geplant: In der Stadtplanung dominieren männliche Entscheidungsträger (Kern, 2021, 21). Sie treffen Annahmen über den typischen Stadtbewohner, dessen tägliche Fortbewegungsmuster, Bedürfnisse, Wünsche und Werte (ebd., 34). Dabei nehmen Planer meist einen männlichen Nutzer von Raum und Infrastruktur als Standard – um genau zu sein einen *weißen*, heterosexuellen cis¹ Mann, einen Ehemann, einen Familienvater ohne körperliche Beeinträchtigung (ebd.). Die abweichenden Bedürfnisse von FLINTA*² Personen werden in der Stadtplanung dagegen häufig vernachlässigt (Bauriedl, 2013, 121). In Wahrheit handelt es sich jedoch nicht um ihre individuellen Bedürfnisse, sondern um die ihnen gesellschaftlich auferlegten Pflichten der Fürsorge (Criado-Perez, 2019, 52). Weltweit wird 75 Prozent der unbezahlten Sorgearbeit von Frauen³ geleistet (ebd.).

Die Übernahme von Fürsorgeverantwortung beeinflusst die Nutzung städtischen Raums: Personen, die ausschließlich bezahlter Arbeit nachgehen (traditionell Männer), zeigen oft lineare Fortbewegungsmuster vom Zuhause zum Arbeitsplatz oder zu persönlichen Freizeitaktivitäten (Visakha, 2021, 8). Bewegungsmuster von Personen, die bezahlter Arbeit nachgehen und zusätzlich Haushalts- und Sorgearbeit leisten (meist FLINTA* Personen) weichen davon stark ab (ebd.). In heterosexuellen Haushalten mit zwei Einkommen besteht eine doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Frau für das Bringen und Abholen des Kindes in die beziehungsweise von der Tagesbetreuung oder Schule verantwortlich ist (Criado-Perez, 2019, 52). Aufgrund der Vielfalt der Tätigkeiten, die FLINTA* Personen im Alltag leisten, ist ihre Navigation durch die Stadt wesentlich komplexer und erfordert häufige Wege und Zwischenstopps (Visakha, 2021, 9). Diese Serie kurzer, miteinander verbundener Fahrten – zum Beispiel vom Zuhause zur Kinderbetreuung, dann zur Arbeit und anschließend zum Einkaufen, bevor es wieder nach Hause geht, werden auch als *Wegekett*en (englisch: trip chaining) bezeichnet (Criado-Perez, 2019, 52; Visakha, 2021, 9). Während Frauen häufiger den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder zu Fuß gehen, fahren Männer weltweit mehr Auto:

¹ *cis*gender bezeichnet Personen, deren Geschlechtsidentität mit dem ihnen bei Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt (Britannica, 2024).

² FLINTA* steht für Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen, beziehungsweise für alle Menschen, die nicht hetero, cis und männlich sind (WECF, 2024).

³ Neben dem Begriff FLINTA* wird in der vorliegenden Arbeit auch der Begriff Frauen verwendet. Grund hierfür ist, dass die überwiegende Mehrheit der verfügbaren Daten und Literatur nach binären Geschlechtskategorien, also Männern und Frauen, differenziert. Zudem ist auch der Begriff FLINTA* insofern unbefriedigend, als dass er zwischen Frauen und trans* Frauen unterscheidet.

Verfügt ein (heteronormativer) Haushalt über ein Auto, so hat der Mann meist Vorrang in der Nutzung (Criado-Perez, 2019, 52). Zudem sind Frauen aufgrund ihrer Sorgeverantwortung häufig in Begleitung eines Kinderwagens oder eines älteren Familienmitglieds unterwegs und deshalb auf eine gute Beschaffenheit der Fußwege angewiesen (ebd., 58). Gesellschaftliche, geschlechtsbezogene Rollen bestimmen also maßgeblich die Nutzung öffentlichen Raums und die Bewegung in diesem. Auf diese Weise manifestieren sich patriarchale Strukturen im Raum (Kern, 2021, 13).

Obwohl Frauen die Mehrheit der Nutzer:innen öffentlicher Verkehrsmittel darstellen, ist der öffentliche Nahverkehr nicht auf ihre komplexeren Bewegungsmuster ausgerichtet. Dieser orientiert sich am männlichen *nine-to-five*-Arbeiter, der morgens zur Arbeit und abends nach Hause fährt, ohne Umwege und Zwischenstopps (Criado-Perez, 2019, 52). Dies gibt bereits Auskunft über den gesellschaftlichen Stellenwert von Erwerbsarbeit gegenüber Sorgearbeit: In einem Bericht der Europäischen Union von 2014 über die Zufriedenheit von Bürger:innen mit städtischen Verkehrssystemen wurden männliche Routenmuster als *Standard* beschrieben und Wege, die aufgrund von Beruf oder Ausbildung zurückgelegt wurden, als *Zwangsmobilität* (ebd., 56). Dies impliziert, dass aufgrund von Care-Tätigkeiten zurückgelegten Wege keinem gewissen Zwang unterliegen, sondern in die Kategorie *Freizeit* fallen (ebd.).

Die vorliegende Masterarbeit untersucht, wie eine gendergerechte Stadt, die Sorge ins Zentrum rückt, aussehen kann und inwiefern gemeinschaftliche Wohnprojekte einen Beitrag zu dieser leisten können. Die Reihenfolge der Kapitel gestaltet sich wie folgt: Zunächst wird die Relevanz der vorliegenden Arbeit für das Studium der Internationalen Entwicklung dargelegt. Anschließend wird die Forschungslücke aufgezeigt und daraus die Forschungsfrage abgeleitet. In der theoretischen Einbettung werden die Begriffe Reproduktion und Care theoretisch verortet. Dazu wird zunächst Marx' Reproduktionsbegriff anhand seiner Arbeitswerttheorie eingeführt, bevor feministische Debatten zu Care folgen. Unter Bezug auf Gabriele Winkers Werk *Care Revolution* wird die Aktualität der Care-Krise verdeutlicht und Schritte in eine solidarische Gemeinschaft imaginiert. Im Anschluss werden die Konzepte Geschlecht und Raum sowie ihre gesellschaftliche und wechselseitige Konstruktion dargelegt ehe Lefebvres Recht auf Stadt feministisch weitergedacht wird. Dabei wird bereits Notwendigkeit einer intersektionalen Perspektive deutlich, welche anschließend präzisiert wird. Damit ist die theoretische Grundlage gelegt, um Kritik an der aktuellen androzentrischen Stadtplanung zu üben und eine gendergerechte und sorgeorientierte Stadt zu imaginieren. Dabei soll das

Konzept des verkörperten Sorgens (embodied care) als Ethik der Sorgenden Stadt weitergedacht werden und Bemühungen der Stadt Wien hinsichtlich der Sorgenden Stadt aufgezeigt werden. Zuletzt gilt es noch gemeinschaftliche Wohnprojekte, die den Untersuchungsgegenstand bilden, zu beschreiben. Nach Darlegung der methodischen Vorgehensweise werden gemeinschaftliche Wohnprojekte dann empirisch auf ihr Potenzial hin analysiert, ein Element einer sorgenden Stadt zu sein. Gemeinschaftliche Wohnprojekte werden im Rahmen der Masterarbeit daher auf Aspekte wie Zugänglichkeit für verschiedene, qua Gender, Alter, Einkommensniveau, Race etc. diskriminierte Menschengruppen, auf die Nutzung (und kollektive Produktion) von Räumen, die Teilhabe an Entscheidungsprozessen, die gegenseitige Unterstützung in Sorgetätigkeiten sowie bezahlbaren Wohnraum untersucht. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung werden diskutiert ehe sie abschließend im Fazit in einen größeren Kontext eingebettet werden.

1.1 Relevanz für das Studium der Internationalen Entwicklung

Im Masterstudiengang *Internationale Entwicklung* der Universität Wien werden Strukturen der Ungleichheit und ihre historischen sowie aktuellen Entwicklungen intensiv beleuchtet und analysiert (vgl. Website der Universität Wien, o.J.). Geschlechtsspezifische Diskriminierungen sind vielfältig und historisch strukturell verwurzelt. Criado-Perez deckt in ihrem Werk *Invisible Women* die geschlechtsspezifischen Vorurteile und Diskriminierungen auf, mit denen Frauen tagtäglich in verschiedensten Lebensbereichen, von medizinischer Forschung über Technologie bis Stadtplanung konfrontiert werden (Criado-Perez, 2019). Die ungleich verteilte Haus- und Sorgearbeit und die vorherrschende androzentrische, exkludierende Stadtplanung, die im Fokus der vorliegenden Arbeit stehen, verdeutlichen tief verankerte traditionelle Geschlechterrollen und geschlechtsspezifische Ungleichheiten.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, welche im Jahr 2015 verabschiedet wurde, bestätigt die Relevanz der Thematik für die Internationale Entwicklung: In der Agenda wurden 17 Ziele, die *Sustainable Development Goals* (SDGs), definiert, um Frieden und Wohlstand und eine nachhaltige Zukunft bis zum Jahr 2030 zu sichern (United Nations, 2015a). SDG 5 zielt darauf ab, weltweit Geschlechtergleichstellung zu erreichen und Frauen und Mädchen in allen Lebensbereichen zu stärken. Ein wichtiges Unterziel von SDG 5 besteht in der Anerkennung und gerechten Verteilung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit (United Nations, 2015b). Wie

gezeigt wurde, ist diese ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dies wirkt sich negativ auf die Bildungschancen, Einkommens- und Karrieremöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe von Mädchen und Frauen aus (United Nations 2015b). Auch die professionelle, bezahlte Sorgearbeit ist weiblich geprägt und gestaltet sich prekär: 70 Prozent des Personals in Sozial- und Pflegeberufen weltweit ist weiblich, was in der Folge zur Abwertung, schlechten Entlohnung und Prekarisierung dieser Berufe führt (Kurt, 2021, 159). Da aufgrund dieser unattraktiven Bedingungen Fachkräftemangel in der formalen Pflege herrscht, richtet sich staatliche Migrationspolitik zunehmend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland, welche die Sorgearbeit für die alternde Gesellschaft übernehmen sollen (Schuster & Höhne, 2017, 16). Während *weiße* Frauen mittlerer Einkommensklassen nun zwar verstärkt einer Erwerbsarbeit nachgehen und sich der Reproduktionsarbeit entziehen können, wird diese Arbeit in der Folge häufig an migrantische Haushaltshilfen und Pfleger:innen ausgelagert (ebd., 15). Die privilegiertere, soziale Lage der *weißen* Frauen wird stabilisiert und rassistische Gesellschaftsstrukturen aufrechterhalten (ebd.; Kurt, 2021, 159). Die migrantischen Arbeiter:innen lassen häufig ihre eigene Familie zurück, um sich um fremde Kinder oder Großeltern in entfernten Ländern zu kümmern. Hochschild prägte den Begriff der *global care chain* (globale Versorgungskette), um dieses Muster zu beschreiben (Hochschild, 2015). Die Verlagerung der Haus und Sorgearbeit auf migrantische weibliche Arbeitskräfte verstärkt die sogenannte *Krise der sozialen Reproduktion* und zeigt, dass trotz einer teilweisen Verschiebung Reproduktionsarbeit weibliche und prekäre Arbeit bleibt (Bauhardt, 2012, 7).

Die vorliegende Masterarbeit adressiert noch ein weiteres Ziel der Agenda 2030; SDG 11 widmet sich der Gestaltung inklusiver, sicherer, widerstandsfähiger und nachhaltiger Städte und Siedlungen sowie der Bereitstellung qualitätsvollen, bezahlbaren Wohnraums für alle (United Nations, 2015a). Wie eingangs gezeigt wurde, sind Städte in der Realität alles andere als inklusiv: Vergeschlechtliche Rollenbilder manifestieren sich im Raum und begrenzen den Zugang von Frauen zu diesem. Insbesondere Frauen mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende, Personen mit Migrationserfahrung und People of Color (PoC) sind außerdem häufiger von Wohnungsnot oder prekären Wohnsituationen betroffen (Schönangerer, 2024).

1.2 Forschungsfrage

Trotz des sogenannten *spatial turn* in den deutschsprachigen Sozial- und Kulturwissenschaften wird der soziale Bezug des Raums oft vernachlässigt (Ruhne, 2017, 3). Diese Vernachlässigung spiegelt sich auch in der postkolonialen Stadtforschung wider, die sich trotz des prägenden Einflusses postkolonialer Theorien auf andere Wissenschaftsbereiche nur langsam entwickelt und weiterhin in den Anfängen steckt: In die deutschsprachige sozialwissenschaftliche Stadtforschung halten postkoloniale Theorien nur zögerlich Einzug. Nur wenige Werke betrachten den Zusammenhang zwischen städtischer Entwicklung und Kolonialpolitik als bedeutend. (Farías *et al.*, 2023, 114). Die Geschichte der Verstädterung und der Entstehung europäischer Großstädte werde häufig ausschließlich im Kontext der Industrialisierung von Arbeit und Mobilität erklärt (ebd., 105). Farías *et al.* zeigen, dass Effekte der Kolonialisierung nicht nur in kolonialisierten Städten sichtbar sind, sondern auch tief in die Entstehung moderner Gesellschaften eingeschrieben ist und sehen die Analyse kolonialer Machtverhältnisse daher als essenziell für kultursoziologische Stadtforschung (ebd., 112). Die Autor:innen betonen die Notwendigkeit einer intersektionalen Perspektive, um zu verstehen, wie verschiedene soziale Kategorien wie Race, Klasse und Geschlecht in städtischen Kontexten ineinandergreifen und sich gegenseitig beeinflussen (ebd., 123). Ein weiteres nennenswertes Werk in diesem Zusammenhang ist Richard Sennetts Buch „Flesh and Stone: The Body and the City in Western Civilization“, in welchem sich der Autor ausführlich mit der Wechselwirkung zwischen Raum und Geschlecht beschäftigt. Sennett untersucht, wie urbane Räume und städtische Strukturen im Laufe der Geschichte Geschlechterrollen beeinflussten, förderten und reproduzierten. Darüber hinaus diskutiert er, wie der Körper im städtischen Raum kontrolliert wird und wie dies mit Geschlechterdynamiken interagiert (Sennett, 1996).

Während diese Werke wichtige Beiträge liefern, bleibt die wissenschaftliche Diskussion über die konkreten Praktiken sowie die materiellen und sozialen Folgen dieser Ungleichheiten im Gesamten jedoch unzureichend und lückenhaft. Selbst in der kritischen Stadtforschung - mit Ausnahme der kritisch-feministischen Stadtforschung – bleibt die unbezahlte Sorgearbeit als konkretes Beispiel verräumlichter Geschlechterverhältnisse weitgehend marginalisiert (Schuster & Höhne, 2017, 10): Marxistische (Stadt)Forschung setzte sich nur am Rande damit auseinander, welchen Einfluss Reproduktionsarbeit auf urbane Räume hat, und wie städtische Infrastrukturen auf Praktiken der Reproduktionsarbeit einwirken (ebd.). In der wissenschaftlichen Debatte wenig thematisiert ist der verkörperte Aspekt von Care

(Hamington, 2004). Embodied Care nach Hamington scheint jedoch in Hinblick auf die Wechselwirkung zwischen Raum und Geschlecht relevant und soll in der vorliegenden Arbeit als Ethik der Sorgenden Stadt weitergedacht werden.

So ist es auch wenig überraschend, dass der Begriff *Care* bislang eher selten Einzug in Diskurse um gemeinschaftliche Wohnprojekten hält (Moser, 2023, 125). Gemeinschaftliche Wohnprojekte gewinnen als innovative Modelle für partizipative Stadtgestaltung und alternative Wohnformen zwar an Prominenz und erfahren zunehmendes Forschungsinteresse: So werden sie beispielsweise hinsichtlich ihres Potenzials für eine nachhaltige Zukunft (vgl. Görgen, 2021), auf in ihnen wirkende nachbarschaftliche Netzwerke und Unterstützung (vgl. Philippsen, 2014) und in Anbetracht von Wohnen im Alter (vgl. Gierse & Wagner, 2016) erforscht. Eine ganzheitliche Analyse ihrer Auswirkungen auf FLINTA*-Personen als Hauptsoorgetragende bleibt jedoch aus. Gabriele Winker verweist in ihrem Werk *Care Revolution*, in welchem sie Schritte in eine solidarische Gesellschaft skizziert, allerdings auf das Potenzial von (Verantwortungs-) Gemeinschaften (Caring Communities), wie sie bereits in einigen Fällen in Mehrgenerationenhäusern oder andern gemeinschaftlichen Formen des Zusammenlebens bestehen, hin. Solche Projekte seien Übungsfelder, in denen Menschen wertvolle Erfahrungen in der gemeinschaftlichen Gestaltung des Lebensumfelds, der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung und der kollektiven Entscheidungsfindung sammeln können (Winker, 2015, 177).

Vom Zusammenleben in gemeinschaftlichen Wohnprojekten lassen sich also gegebenenfalls wertvolle Handlungsempfehlungen für die Gestaltung einer sorgenden Stadt ableiten. Auf Grundlage der soeben dargelegten Literaturlage und der aufgezeigten Forschungslücke ergibt sich folgende forschungsleitende Frage:

Welchen Beitrag leisten gemeinschaftliche Wohnprojekte zu einer gendergerechten und sorgezentrierten Stadt? Welche Strategien und Infrastrukturen bieten sie in Hinblick auf die Bewältigung und Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit?

Die verschiedenen Bestandteile und Konzepte der Forschungsfrage - wie *Gender*, *Sorgezentrierung*, *Stadt* (beziehungsweise *Raum*), *unbezahlte Sorgearbeit* und *gemeinschaftliche Wohnprojekte* - gilt es in der theoretischen Einbettung zu definieren.

2. Theoretischer Bezugsrahmen

Das folgende Kapitel dient der theoretischen Einbettung des Phänomens von Interesse. Zunächst erfolgt die theoretische Verortung von Reproduktions- beziehungsweise Sorge- oder Care-Arbeit. Anhand Marx' Arbeitswerttheorie wird gezeigt, warum Reproduktionsarbeit historisch abgewertet und nicht als richtige Arbeit anerkannt wird, bevor feministische Perspektiven auf Care folgen. Die Aktualität der Care Krise und Wege in eine solidarische Gesellschaft sollen vor allem mit Bezug auf Gabriele Winkers Werk *Care Revolution* dargelegt werden. Anschließend werden die Konzepte Raum (beziehungsweise Stadt) und Geschlecht eingeführt. Den Theorieteil abschließend wird das politische Konzept des *Rechts auf Stadt* unter feministischer Perspektive beleuchtet und die Notwendigkeit einer intersektionalen Perspektive dargelegt. Damit ist die theoretische Einbettung erfolgt und Ansätze feministischer Stadtplanung – insbesondere das Konzept der Sorgenden Stadt – werden skizziert. Als letzten notwendigen Schritt vor dem Darlegen der methodischen Vorgehensweise und der empirischen Auswertung wird ein gemeinsames Verständnis gemeinschaftlicher Wohnprojekte entwickelt.

2.1 Theoretische Verortung von Care-, Sorge- und Reproduktionsarbeit

Ist im alltäglichen Sprachgebrauch von *Arbeit* die Rede, so ist meist entlohnte Arbeit gemeint. Unentlohnte Sorgearbeit wird dagegen meist der Freizeit zugeordnet und verschwindet aus dem allgemeinen Bewusstsein (Winker, 2015, 16). Sie wird maßgeblich von Frauen in der privaten, häuslichen Sphäre geleistet – mit schwerwiegenden Konsequenzen: Durch Stress hervorgerufene psychosoziale Belastungen in der Haushalts- und Sorgearbeit wirken sich auf die körperliche und mentale Gesundheit aus. In der Folge kommt es häufig zu einer Reduktion der Erwerbsarbeit, gesundheitlichen Problemen und einem erhöhten Armutsrisiko (ebd., 54).

Die Tatsache, dass unbezahlte Sorgearbeit als Zuständigkeit von Frauen gesehen wird, ist kein neues Phänomen. Doch die Rahmenbedingungen, unter welchen unentlohnte Care-Tätigkeiten durchgeführt werden, änderten sich im Laufe der Zeit: In der Hochphase des Fordismus (1960er bis Mitte der 70er Jahre) übernahmen üblicherweise nicht-erwerbstätige oder teilzeitbeschäftigte Ehefrauen die Reproduktionsarbeit, während der männliche Ernährer einen Familienlohn erhielt. Staatliche Sozialleistungen schützten den Mann, aber auch die Ehefrau vor individuellen und sozialen Risiken wie Krankheit oder Berufsunfähigkeit (Winker, 2015,

27). Dieses System, die sogenannte soziale Marktwirtschaft, funktionierte jedoch auf Kosten der Eigenständigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen. Nach der Heirat oder der Geburt des ersten Kindes wurde von Frauen erwartet, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, um sich der Sorge- und Fürsorgearbeit zu widmen (ebd., 28). Ab den 1980er Jahren verlor das Familienernährermodell aufgrund hoher ökonomischer Kosten und steigender Frauenerwerbstätigkeit an Bedeutung. In der Folge trat das Zwei-Verdiener-Modell an seine Stelle, was zu einer Reduzierung der Zeit für Reproduktionsarbeit im Haushalt führte, während diese jedoch zeitlich und inhaltlich fordernd blieb. Auch wenn die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen durchaus ein Erfolg der zweiten Frauenbewegung darstellt, führte diese zu neuen Belastungen. Die zuvor gängige Abhängigkeit vom Familienernährer wurde ersetzt von der Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft unter prekären Bedingungen zu verkaufen (ebd., 69). Dies erforderte, einige Teile der Sorgearbeit auszulagern. Mit der fortschreitenden Neoliberalisierung seit den 1980er-Jahren wurden staatliche Fürsorgeeinrichtungen allerdings größtenteils abgebaut oder privatisiert (Harvey & Kadritzke, 2007, 98). In der Folge fielen Sorge- und Fürsorgetätigkeiten vermehrt unbezahlt und unsichtbar im privaten Bereich an (Lentz, 2023). In Zukunft werden die Anforderungen an (Für-)Sorgearbeit aufgrund des demographischen Wandels weiter steigen (Winker, 2015, 30). Aufgrund wachsender Ungleichheit in der Einkommensverteilung können Haushalte nicht in gleichem Maße auf den Rückgang staatlicher Sozialleistungen und die erhöhten Anforderungen in der Sorgearbeit reagieren. Statt die enormen Belastungen aufgrund der fehlenden Zeit und mangelnden finanziellen Unterstützung für Sorgearbeit zu adressieren und neue politische Konzepte zur Arbeitsteilung zu diskutieren und umzusetzen, bleibt die gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Arbeit im hegemonialen Diskurs unsichtbar und wird durch die neoliberale Kostensenkungspolitik sogar verschärft (ebd., 15, 35).

Da die unbezahlte, im Privaten ausgeübte Haushalts- und Fürsorgearbeit den zentralen Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit bildet, erscheint es sinnvoll, die unterschiedlichen Begrifflichkeiten, insbesondere der *Reproduktionsarbeit* sowie *Care-Arbeit*, detaillierter darzulegen. Lange bevor sich - insbesondere seit der Jahrtausendwende - der Begriff der Care-Arbeit etablierte, wurde der Begriff Reproduktionsarbeit verwendet. Dieser entstand im Kontext der zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahren und wurde hauptsächlich von marxistisch orientierten Feministinnen genutzt, die darauf aufmerksam machten, wie wichtig die unbezahlte Arbeit für das Wohlergehen der Gesellschaft ist (Winker, 2015, 16). Nach Winker verweist der Begriff der unentlohten Reproduktionsarbeit auf ihre

Trennung von der Lohnarbeit im Kapitalismus und betreffe die meist im familiären Kontext von Frauen durchgeführte notwendige Arbeit zur Reproduktion der Arbeitskraft (ebd., 17). Der Begriff Care-Arbeit rückt dagegen die spezifischen Aufgaben in den Vordergrund und bezieht sich auf konkrete Fürsorgetätigkeiten wie Erziehung, Pflege, Betreuung (ebd.). Care-Arbeit kann unentlohnt in Familien, Vereinen oder auch Initiativen erbracht werden. Sie kann jedoch auch entlohnt, beispielsweise in staatlichen Institutionen oder in privatwirtschaftlichen Unternehmen, stattfinden (ebd.). Auch bezahlte Care-Arbeit wird primär von Frauen geleistet, abgewertet und schlecht entlohnt (ebd., 15).

Fragen der sozialen Reproduktion haben sowohl im marxistischen Diskurs als auch in feministischen Debatten eine lange Tradition (Pühl & Sauer, 2018, 141). Um nachvollziehen zu können, warum die soziale Reproduktion im Kapitalismus konstant abgewertet wird und permanent in der Krise ist, wird in einem ersten Schritt Marx' Arbeitswerttheorie, insbesondere sein Arbeitsbegriff sowie sein Reproduktionsbegriff dargelegt. An diese Ausführungen sollen feministische Theorien und Debatten zu Care-Arbeit anknüpfen.

2.1.1 Marx' Arbeits- und Reproduktionsbegriff

Unter *Arbeit* fasste Marx lediglich jene warenproduzierende Lohnarbeit, die Güter für den Tausch gegen Geld produziert und dabei Wert schafft. Der an Arbeitnehmer:innen ausbezahlte Lohn ist dabei geringer als der Wert der produzierten Ware, wodurch Profit entsteht (Bauhardt, 2012, 5). Dieser Mehrwert wird von den Kapitalist:innen angeeignet. Nach Marx ist die menschliche Arbeitskraft demnach die Profitquelle des Kapitalismus – denn gibt es keine Arbeiter:innen, so gibt es auch keinen Profit (Schilliger, 2018, 39). Arbeit wird von Marx also vor allem dann als ökonomisch relevant betrachtet, wenn sie zur Verwertung des Kapitals beiträgt, also wenn sie Mehrwert generiert. Die Arbeitskraft muss Tag für Tag nach der Verausgabung und Anstrengung in der Produktionssphäre so erhalten werden, dass sie am nächsten Tag wieder arbeiten und Mehrwert für das Kapital schaffen kann (ebd., 40). Tätigkeiten, wie Haushaltsarbeit, Kindererziehung und Pflege, die nicht warenförmig, sondern gebrauchswertorientiert innerhalb der Familie geleistet werden gelten als notwendig für die Reproduktion der Arbeitskraft (Winker, 2015, 18). Werden Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnen und Bildung nicht gedeckt, so steht keine auszubeutende Arbeitskraft zur Verfügung (Kipka, 2019). Dennoch fällt Reproduktionsarbeit nach Marx' Theorie nicht unter

die Kategorie produktiver Arbeit, da sie in der Regel keinen direkten Mehrwert erzeugt – ein Punkt, den feministische Theoretikerinnen später kritisiert und weiterentwickelt haben, indem sie ihre Relevanz für das Funktionieren des kapitalistischen Systems hervorhoben.

In den Wert der Arbeitskraft fließen nicht nur diese Kosten für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft der Lohnarbeitenden ein, sondern auch die Reproduktionskosten für eine neue Generation (Schilliger, 2018, 40). Im ‚Kapital Band 1‘ fasst Marx daher unter der Reproduktion den Prozess, durch den die Arbeitskraft – also die Fähigkeit zur Lohnarbeit – nicht nur im *individuellen*, sondern auch im *gesellschaftlichen* Sinn wiederhergestellt wird (ebd. 39).

Da die Reproduktion der Arbeitskraft ein Kostenfaktor ist, welcher zu Lasten der Mehrwertproduktion geht, ist es aus Perspektive der Akkumulationslogik erstrebenswert, diese Kosten möglichst gering zu halten (ebd., 42). Denn: Je geringer die Reproduktionskosten, desto geringer der Wert der Ware Arbeitskraft, desto geringer die Entlohnung, desto höher der Profit. Reproduktionsarbeit generiert also zwar keinen direkten Mehrwert, Produktionsmittelbesitzende können allerdings nur deshalb Profite generieren, weil die Arbeitskraft (traditionell durch Frauen) unbezahlt reproduziert wird (Winker, 2018). Das Primat der Kapitalverwertung zeigt sich auch im Umgang mit Migrant:innen: Handelt es sich um gut ausgebildete Fachkräfte oder günstigere Arbeitskräfte als die heimische Bevölkerung, wird ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Anderenfalls werden sie an den EU Grenzen abgewiesen (Winker, 2015, 11).

Obwohl die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit also offensichtlich von großer Bedeutung für die Kapitalakkumulation ist, betrachtet Marx bei der Wertbestimmung der Arbeitskraft ausschließlich die Sphäre der Warenproduktion. Da er den Standpunkt des Kapitals rekonstruiert, sieht er Reproduktion als *unproduktive*, nicht marktförmig organisierte Tätigkeit, die keinen abschöpfbaren Mehrwert generieren kann (Schilliger, 2018, 41). Die Unterscheidung zwischen produktiv und unproduktiv ist nach Marx also nicht moralisch wertend zu verstehen, sondern gibt lediglich Auskunft, ob eine Tätigkeit direkten Mehrwert generieren kann (ebd.). Selbst wenn Marx die Bedeutung der reproduktiven Tätigkeiten vernachlässigt, so zeigt er dennoch, weshalb es aus Perspektive der Akkumulationslogik erstrebenswert ist, die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft gering zu halten. Ob dies in der Kleinfamilie oder durch die Unterstützung prekär Beschäftigter geschieht, ist für die Logik unbedeutend (ebd. 42). Würden alle Reproduktionsarbeiten durch entlohnte Care-

Beschäftigte übernommen, so würden sich die Reproduktionskosten der Arbeitskraft maßgeblich erhöhen. So ist Marx' Analyse hilfreich, um zu verstehen, weshalb die soziale Reproduktion im Kapitalismus abgewertet wird und sich permanent in der Krise befindet (ebd.). Aus diesem Grund stellt sie häufig einen Ausgangspunkt für feministische Debatten dar, in die im Folgenden eingeführt werden soll.

2.1.2 Feministische Debatten zu Care

Im Gegensatz zum Begriff der Reproduktionsarbeit, welcher auf die Trennung von Lohnarbeit im Kapitalismus hinweist, rückt die seit den 1990er Jahren vermehrt geführte Care-Debatte die spezifischen Arbeitsinhalte der Sorgetätigkeiten und die dafür notwendigen Kompetenzen ins Zentrum (Winker, 2015, 24). Der Begriff Care Work (Care-Arbeit) ersetzte im englischsprachigen Raum in den 90er Jahren den davor geläufigen Begriff der Hausarbeit (ebd.). Berenice Fisher und Joan Tronto verwendeten 1990 bereits den Begriff *caring work* mit dem Hinweis, dass diese Arbeit Machtstrukturen sozialer Ungleichheit unterworfen ist. Im Mittelpunkt standen dabei die nicht-entlohnenden Sorgetätigkeiten, die primär von Frauen in der Familie geleistet wurden. Heute kann der Begriff Care-Work oder Care-Arbeit sowohl unbezahlte als auch bezahlte Tätigkeiten betreffen (ebd.). Von *unpaid care work* ist laut der *International Labour Organization* (ILO) die Rede, wenn diese Tätigkeiten von unbezahlten Betreuungspersonen, also ohne monetäre Entlohnung geleistet wird. *Paid care work* wiederum wird von Beschäftigten, beispielsweise Krankenpfleger:innen, Lehrer:innen und Ärzt:innen gegen Bezahlung erbracht (Addati, 2018, 1). Weiter kann zwischen direkten und indirekten Care-Tätigkeiten unterschieden werden. *Direkte*, persönliche und beziehungsorientierte Sorgetätigkeiten umfassen weiter beispielsweise das Füttern eines Babys oder die Pflege der kranken Partnerin. Kochen oder Putzen fallen unter die *indirekten* Pflegetätigkeiten (ebd., 6).

Der Stellenwert ebenjener nicht marktvermittelter, unbezahlter Sorgearbeit für die kapitalistische Lohnarbeit und den gesellschaftlichen Zusammenhang bildete den Kern der feministischen Kritik der politischen Ökonomie: Insbesondere seit den 1970er Jahren diskutierten Feminist:innen der zweiten Frauenbewegung Leerstellen in Marx' Werk (Pühl & Sauer, 2018, 144; Bauhardt, 2012, 4). Die Lohn-für-Hausarbeit-Bewegung verwies auf die Verwobenheit sozialer Reproduktion mit den Geschlechterverhältnissen und betonte, dass diese Tätigkeiten überwiegend unbezahlt und Zuhause, im Verborgenen, von Frauen ausgeübt

werden (Pühl & Sauer, 2018, 144). Kritik richtete sich daher gegen Marx' androzentrische Perspektive auf die Gesellschaft und seinen Fokus auf den männlichen Lohnarbeiter und das Ausblenden der Geschlechterverhältnisse. Nichtmännliche (Haus-) Arbeit wie Kochen, Putzen, Sorgen und die Erfahrung derjenigen, deren Arbeit die kapitalistische Akkumulation weltweit unentlohnt ankurbelt, bleibe unsichtbar (ebd.).

Marx' Analyse machte bereits deutlich, *warum* es für die kapitalistische Logik von Bedeutung ist, die Reproduktions- beziehungsweise Care-Arbeit zu entwerten und unsichtbar zu machen. Doch welche diskursiven Praktiken und Konstruktionsprozesse ermöglichten und rechtfertigten es erst, Haushalts- und Fürsorgearbeit nicht als *richtige* Arbeit anzuerkennen und somit nicht zu entlohnen? Auch diese Frage beschäftigt die feministische Care Debatte. Die feministische Aktivistin, Professorin und Schriftstellerin Silvia Federici zeigte eindrücklich auf, dass Hausarbeit Frauen nicht nur auferlegt, sondern als natürliches Attribut, als inneres Bedürfnis, ihrer weiblichen Persönlichkeit konstruiert wurde (Federici, 1975, 77). Die potenzielle Gebärfähigkeit von Frauen wird instrumentalisiert, um ihnen eine größere Naturnähe zuzuschreiben und besondere Fähigkeiten im Umgang mit Menschen und in Bezug auf deren Sorge und Fürsorge zu unterstellen (Bauhardt, 2012, 3). Sorgearbeit wird dadurch als ein Vorgang konstruiert, der kraft Natur von Frauen ausgeführt wird (ebd.). Frauen würden sie auch schlicht ‚aus Liebe‘ ausüben, weshalb sie auch keine *richtige* Arbeit sei, so das Narrativ (Federici, 1975, 78). So konnte gerechtfertigt werden, dass diese enorme Menge an Arbeit im Kapitalismus nicht über den Markt vermittelt wurde, sondern für Frauen vorgesehen war und kostenfrei generiert wurde. Feministische Diskurse sehen also die Minderbewertung der Care-Ökonomie als Resultat der Verknüpfung von sozialer Reproduktion mit Weiblichkeit. Daher lautet *eine* Forderung, Sorge- und Fürsorgeverantwortung von ‚biologischen‘ Zuschreibungen zu befreien (Bauhardt, 2012, 3).

Daraus ergab sich eine *weitere* Forderung: Mit dem Satz ‚*Sie nennen es Liebe. Wir nennen es unbezahlte Arbeit*‘ leiteten 1975 italienische Feministinnen, unter ihnen Federici, ihre Aufforderung zur (staatlichen) Entlohnung von Hausarbeit ein. Für sie bedeutete diese Forderung, dass Hausarbeit als Ausdruck der ‚weiblichen Natur‘ abgelehnt und die für Frauen bestimmte *Hausfrauen*-Rolle als Erfindung des Kapitalismus sichtbar gemacht wird (Federici, 1975, 80). Entlohnung würde *sichtbar* machen, dass der Kapitalismus an den unbezahlten Sorgetätigkeiten von Frauen verdient und dass bei diesen um *Arbeit* handelt – für Federici unabdingbare Voraussetzung, um den Kampf gegen die genderspezifische Unterdrückung

aufzunehmen (ebd.). Denn die feministisch-marxistische Hausarbeitsdebatte sah in der unentlohten Hausarbeit den Grund für die Unterordnung jeder einzelnen Frau unter ‚ihren‘ (Ehe-)Mann und interpretiert die Vergesellschaftung von Frauen über die Hausarbeit analog zum kapitalistischen als ein patriarchales Ausbeutungsverhältnis (Bauhardt, 2012, 5). Nicht der Lohnarbeiter stehe in der ausbeuterischen Markthierarchie ganz unten, sondern ihre Frauen, so Federici (Kurt, 2021, 158). Der Arbeitstag der Frauen führe nicht dazu, dass sie einen Lohn erhalten, obwohl sie das kostbarste Produkt für die kapitalistische Logik erzeugen: die Arbeitskraft, welche sie Tag für Tag auf die Arbeit vorbereiten (ebd.). Ähnlich zur Aneignung des Mehrwerts im Kapitalverhältnis wird demnach auch die Ehe zum Ausbeutungsverhältnis, in welchem sich der (Ehe-)mann unentlohnte Arbeit ‚seiner‘ (Ehe-)Frau aneignet (Bauhardt, 2012, 5). Sie betont, dass es nicht darum gehe, in kapitalistische Verhältnisse einzutreten, da Frauen sich bereits in diesen befinden (Federici, 1975, 81). Das Problem sei nicht gelöst, wenn Frauen eine Lohnarbeit als zweite Arbeit aufnähmen. Das habe Frauen nicht befreit, sondern nur bedeutet, dass sie noch weniger Zeit für sich und für den politischen Kampf gegen Ausbeutung haben (Kurt, 2021, 158). Federici argumentierte weiter, dass es, solange Hausarbeit unbezahlt bleibt, keine Anreize gebe, soziale Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, welche diese Arbeit reduzieren könnten. Dies zeigte sie an folgendem Beispiel: Selbst in der Zeit der starken zweiten Frauenbewegung in den 1970er-Jahren ging die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen zurück (Federici & De Moor, 2013, 96). Federicis Forderung nach Lohn für Hausarbeit beinhaltete also mehr als nur ein Gehalt – auch kostenlose soziale Dienstleistungen. Inspiriert durch Vorbilder in Athen und einigen Städten Italiens forderte sie, dass auch in den USA Frauen mit Kindern öffentliche Transportmittel kostenlos nutzen können (ebd.). Denn, wie sie argumentierte, zwangen die hohen Preise – zu diesem Zeitpunkt drei Dollar pro Fahrt – eine Frau (mit Kindern) zuhause zu bleiben (ebd.).

Positionen, die gegen die In-Wert-Setzung von Sorgearbeit argumentieren, begründen dies mit dem Effizienz- und Kostendruck, welcher daraus resultieren würde, sowie dem damit einhergehenden Qualitätsverlust der Versorgung (Dück, 2018, 139). Care-Arbeit sei eine qualitativ andere Form von Arbeit, eine, die personenbezogen ist, auf zwischenmenschlicher Zuwendung und Verantwortung beruhe, Kommunikation sowie Zeit erfordere (Winker, 2015, 24). Sie könne daher nicht beliebig verkürzt oder standardisiert werden, ohne an Qualität zu verlieren (ebd. 25, Bauhardt, 2012, 6). Madörin setzt sich ebenfalls kritisch mit einer Inwertsetzung von Care-Arbeit auseinander. Sie plädiert für einen Paradigmenwechsel in der Ökonomik und für eine Weiterentwicklung einer feministischen Care-Ökonomie. Madörin

warnt davor, Care-Arbeit lediglich mit den Maßstäben des Marktes zu bewerten, da dies ihre Qualität beeinträchtigen würde. Stattdessen solle sie als eigenständige und gleichwertige Form von Arbeit anerkannt werden, die für das Wohlergehen einer Gesellschaft unverzichtbar ist (Madörin, 2010). Neben der Personenbezogenheit, dem kommunikativen Charakter und dem Aspekt der Zwischenmenschlichkeit weist Mascha Madörin auf eine weitere Besonderheit von Care-Tätigkeiten hin: Während in der Mainstream-Ökonomik die gängige Annahme symmetrischer Tauschbeziehungen vorherrscht, ist die gesamte Care-Ökonomie von asymmetrischen Beziehungen geprägt. Denn zwischen der Person, die die Dienstleistung erbringe und jener, die sie erhält, herrscht stets ein Machtgefälle (Madörin, 2010, 88).

Ein weiteres Instrument, um auf die Engführung des Arbeitsbegriffs als Lohnarbeit sowie den enormen zeitlichen Aufwand und tatsächlichen wirtschaftlichen Wert dieser Tätigkeiten hinzuweisen, stellen Zeitbudgetstudien dar (Cid-Aguayo & Ramirez, 2017). Sie bemessen bezahlte wie unbezahlte Arbeitsaufwände und behandeln somit Care- und Erwerbsarbeit gleich. Laut einer solchen Studie macht der Gesamtwert der unbezahlten Care-Ökonomie bis zu 40 Prozent des BIP aus (Cid-Aguayo & Ramirez, 2017, 2). Auch einzelne Länder erheben den Zeitaufwand unbezahlter Care-Arbeit. In Uruguay wurde beispielsweise eine Zeitverwendungsstudie in Auftrag gegeben, welche Haus- und Sorgearbeit einschließt und die unbezahlte Care-Arbeit in ein erweitertes Bruttoinlandsprodukt einrechnet, um öffentliche Aufmerksamkeit für die gesellschaftliche Relevanz dieser zu schaffen (Fried & Wischnewski, 2022). Der Studie zufolge belief sich der geschätzte Wert der unbezahlten Arbeit in Uruguay im Jahr 2013 auf 12.729 Millionen USD, was 22,9 % des BIP im Jahr 2013 entspricht (UN Women, 2019, 15). In der Schweiz entspricht der zeitliche Aufwand der Zubereitung von Mahlzeiten einem Viertel der gesamten unbezahlten Arbeitszeit und knapp 45 Milliarden Franken (Bauhardt, 2012, 4).

2.1.3 Von der Krise sozialer Reproduktion zur solidarischen Gesellschaft

Aktuelle wissenschaftliche Diskussionen sprechen von einer Reproduktions-, Versorgungs- und Sorgelücke sowie einer Care-Krise oder Krise der Care-Ökonomie (Winker, 2015, 91). Diese Begriffe verdeutlichen, dass das gegenwärtige System nicht mehr ausreichend finanzielle und zeitliche Ressourcen für Care-Arbeit bereitstellt, was zu vielfältigem sozialen Leid führt (ebd., 91). Sorgetragenden Menschen, also insbesondere Frauen, fehlen die notwendigen

Rahmenbedingungen, um sich gesund zu halten, sich weiterzubilden, sich um Kinder zu kümmern und dabei gesellschaftlich abgesichert zu sein (ebd., 85). Zudem leiden soziale Beziehungen aufgrund der hohen Sorgeverpflichtungen bei gleichzeitig hohen Anforderungen der Erwerbsarbeitszeit mit langen Arbeitszeiten: Es bleibt wenig Zeit für Austausch und den Aufbau sozialer Netzwerke (ebd., 71). All dies wirkt sich schlussendlich auf die körperliche, psychische und finanzielle Gesundheit Sorgetragender aus (ebd.).

Winker argumentiert in *Care Revolution*, dass diese Sorgelücke eine direkte Folge neoliberaler Krisenbewältigungsstrategien ist, die darauf abzielen, die Kapitalverwertung zu sichern, diese aber letztlich erschweren: Im Rahmen neoliberaler Kostensenkungen werden Ressourcen aus dem Bereich der sozialen Reproduktion abgezogen, beispielsweise durch Kürzungen der Sozialleistungen. Gleichzeitig reduzieren die hohen Anforderungen in der Erwerbs- sowie Reproduktionsarbeit den Handlungsspielraum sorgetragender Menschen, sodass die Bewältigung von Sorgeaufgaben erschwert wird (ebd., 100). Eine Krise sozialer Reproduktion tritt dann ein, wenn der Widerspruch zwischen Profitmaximierung und der Reproduktion von Arbeitskraft so stark wird, dass die Verfügbarkeit und Qualität der Arbeitskräfte beeinträchtigt werden, was langfristig zu einer Verschlechterung der Bedingungen für die Kapitalverwertung führt (ebd., 92). Denn Kostensenkungen im Bereich der Reproduktion stehen der Reproduktion und Verfügbarkeit von leistungs- und einsatzfähigen, mit den entsprechenden Qualifikationen ausgebildeten, Arbeitskräften entgegen - neoliberale Politik stößt an systemische Grenzen (ebd., 115; 141). Wie gezeigt wurde, sind Tätigkeiten wie Pflege, Erziehung, Bildung, Beratung zeitintensiv und – ohne Qualitätseinbußen – zudem nur begrenzt rationalisierbar (ebd., 116).

Theoretiker:innen diskutieren seit geraumer Zeit die Frage, wie eine Utopie von Gemeinschaft und Fürsorge aussehen kann, in der alle, nicht nur Frauen, füreinander sorgen und Verantwortung tragen (Kurt, 2021, 162). Auch Gabriele Winker endet nicht mit der Darstellung der Krise der Reproduktion, sondern entwirft die Vision einer solidarischen Gesellschaft und zeigt Schritte auf, wie diese verwirklicht werden kann. In einer solidarischen Gesellschaft sind Entscheidungen nicht mehr an Macht und Gewinnmaximierung orientiert, sondern am Ziel, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen (Winker, 2015, 12). Eine solidarische Gesellschaft erkennt die Interdependenz von Menschen an und begreift alltägliches Sorgen für sich und andere als Voraussetzung für menschliches Leben (ebd., 146). Unter *Care Revolution* versteht für sie eine Transformationsstrategie, die zeitliche und materielle Ressourcen für

Selbstsorge und Sorge für andere – und damit menschliche Bedürfnisse – statt Profitorientierung - ins Zentrum von Politiken stellt (ebd., 14).

Zwar müsse die jeweilige Gesellschaft ihr konkretes Zusammenleben in Aushandlungsprozessen gestalten, Winker sieht jedoch drei Anhaltspunkte als unabdingbar. *Erstens* müssten gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, welche Sorgearbeit mit Zeit und in Existenzsicherung ermöglichen. Anders als die Lohn für Hausarbeit-Debatte fordert Winker keinen direkten Lohn für Care-Arbeit, sondern eine erhebliche Reduktion des Erwerbsausmaßes ohne Lohnkürzung – realisiert durch Umverteilungspolitik. Nur so könne Sorgearbeit geleistet werden, ohne zu Erschöpfung zu führen und nur so bleibe Zeit für zivilgesellschaftliche und politische Arbeit (ebd., 155). Zudem ist eine drastisch verkürzte Erwerbsarbeitszeit Voraussetzung für das Aufbrechen geschlechtlicher Arbeitsteilung (ebd., 156). *Zweitens* muss individuell geleistete Reproduktionsarbeit durch ein deutlich ausgebautes Netz staatlicher oder genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen ergänzt werden. Als Beispiele nennt Winker den Ausbau differenzierter Angebote der Kinderbetreuung und Altenpflege, qualitativ hochwertige Bildungsangebote und eine umfassende Gesundheitsversorgung (ebd., 160). Diese müssen demokratisiert, also durch die Mitsprache aller entwickelt und gestaltet werden (ebd.). Diese Dienstleistungen seien von professionell ausgebildetem Personal steuerfinanziert ohne Gebühren und somit kostenlos für die Nutzer:innen anzubieten (ebd.). Wie von Feminist:innen seit langer Zeit gefordert, sollte *drittens* ein umfassender Arbeitsbegriff, welcher auch die Sorgearbeit umfasst, in der politischen Praxis ankommen (ebd., 151). Care Arbeit muss eine gesellschaftliche Aufwertung und im Care-Bereich Beschäftigte eine höhere Entlohnung erfahren (ebd., 163). So kann es gelingen, Arbeit im umfassenden Sinn neu zu verteilen und aus geschlechtlichen Rollenverteilungen zu lösen (ebd.).

Winker plädiert also für eine Kombination reformistischer und revolutionärer Transformationsstrategien. Zunächst seien Reformen (wie die erwähnte reduzierte Erwerbsarbeitszeit für Eltern, bessere Bildungsangebote für sozial benachteiligte Kinder, ein Bleiberecht sowie Zugang zu Wohnraum und Arbeitsmarkt für illegalisierte Migrant:innen) notwendig, um verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen zu ermöglichen. Solche Verbesserungen seien meist die Voraussetzung, um an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhaben zu können. Denn Menschen, die dauerhaft in unsicheren und belastenden Lebenssituationen leben, verfügen oft nicht über die nötige Energie, um neben der Bewältigung des Alltags auch Konflikte zu führen und sich zu organisieren (ebd., 148). Zusätzlich zu diesen Schritten muss sich jedoch die

Erkenntnis verbreiten, dass menschliche Bedürfnisse innerhalb der kapitalistischen Logik nicht auf breiter Basis verwirklicht werden. Die Soziale Infrastruktur muss weitgehend der Logik der Profiterzielung entzogen und demokratisiert werden (ebd., 151). Die Profitorientierung im Care-Bereich wirkt menschlichen Bedürfnissen entgegen - es ist wenig sinnvoll, die Bildung, Pflege und Unterstützung von Menschen dem Prinzip der Profitabilität unterzuordnen. Zudem führt das gegenwärtige System neben mangelnder Qualität zu hoher sozialer Ungleichheit. Menschen unterschiedliche Bedürfnisse an die soziale Infrastruktur. Daher ist es sinnvoll, beispielsweise in der Kinderbetreuung, Altenpflege, oder Bildung, vielfältige Angebote zu entwickeln, die durch Mitsprache und gemeinschaftliche Prioritätensetzung entstehen. Viele dieser Angebote lassen sich auf kommunaler Ebene, in Stadtteilen oder Nachbarschaften, gemeinsam planen und umsetzen (ebd., 142). Da die meisten Care-Angebote dezentral organisiert werden können und alle Menschen, oft existenziell, davon betroffen sind, bieten sich hier Chancen, konkrete Formen der Selbstverwaltung im Miteinander zu erproben (ebd., 165). Winker ist überzeugt, dass die Qualität von Krankenhäusern, Schulen und weiteren Institutionen in hohem Maße von dem Austausch zwischen Care-Beschäftigten und Einwohner:innen profitieren würde. Sie sieht Potenzial darin, von Gemeinschaften, wie sie bereits beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern oder Kommunen bestehen, zu lernen. Hier werden Erfahrungen mit der gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens Lebensumfelds, mit der gegenseitigen Übernahme von Verantwortung, mit Abstimmungsprozessen gemacht, auf Solidarität beruhende Visionen können hier erprobt werden (ebd., 177). In Wohnprojekten sei es möglich, Selbstreflexion zu lernen, den Alltag gemeinsam zu gestalten und sich über gesellschaftliche Visionen auszutauschen und solidarisches Verhalten zu üben. Dabei müssen immer wieder aufs Neue Hierarchien und Ausgrenzungen offengelegt und hinterfragt werden (ebd.).

Da eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit bei gleichzeitiger sozialer Absicherung Aller kostenintensiv ist und die Profitraten beeinträchtigt, ist dies schwierig umsetzbar. Aus diesem Grund sieht Winker eine gesellschaftliche Mobilisierung von unten notwendig (Winker, 2011, 11). Diese bedarf wiederum Räume für Austausch sowie für kollektive Selbstreflexion und Zeit für gesellschaftliche Teilhabe. Derzeit ist die Möglichkeit zur Befriedigung von Bedürfnissen stark abhängig vom sozialen und ökonomischen Status. Dies betrifft sowohl den unterschiedlichen Zugang zu Sorgeleistungen als auch die Bedingungen, unter denen Menschen Sorgearbeit verrichten. Um diese Ungleichheiten zu überwinden, müssen die Bedingungen für die Erfüllung der verschiedenen Care-bezogenen Bedürfnisse gerechter und unter Teilhabe Aller gestaltet werden (ebd., 146).

2.2 Geschlecht und Raum

Zunächst wird das der Arbeit zugrundeliegende Verständnis von Raum und Geschlecht dargelegt und gezeigt, dass sowohl Geschlecht als auch Raum gesellschaftlich produziert werden und Wechselbeziehungen zwischen Geschlechterverhältnissen und Raumstrukturen bestehen.

2.2.1 Geschlecht als soziales Konstrukt

Geschlecht ist ein so vertrauter Teil des täglichen Lebens und geschlechtsspezifische Zeichen sind so allgegenwärtig, dass sie in der Regel kaum noch bemerkt werden – es sei denn, sie fehlen oder sind mehrdeutig. Ist dies der Fall, fühlen sich Personen schnell unwohl – solange, bis sie die andere Person erfolgreich in eine Geschlechtskategorie einordnen können (Lorber & Farrell, 1991, 54). Die Autorinnen zeigen dies an Beispielsituationen aus dem Alltag: Sieht man einen Mann allein mit seinem Baby in der U-Bahn, so ist das ein eher ungewohntes Bild. Gegebenenfalls starrt man ihn ein wenig an oder lächelt ihm zustimmend zu. Sieht man ein Kleinkind in blauer Kleidung, denkt man ‚Ah, ein Junge‘. Sieht man dann jedoch, dass das Kleinkind Ohringe und Socken mit Spitzenbesatz trägt, denkt man ‚Oh, doch ein Mädchen‘. Je nachdem, welches Geschlecht Babys bei Geburt zugewiesen wurde, werden sie benannt, gekleidet, behandelt (ebd.).

Feministische Debatten über Geschlecht bewegten sich in den letzten Jahrzehnten von der Annahme biologisch verschiedener Männer und Frauen hin zu der Vorstellung von Geschlecht als sozialer Konstruktion (Huning, Mölders & Zibell, 2019, 2). Im Englischen wird zwischen *sex*, dem ‚biologischen‘ Geschlecht und *gender*, dem sozialen Geschlecht, erlernt durch Prägung, unterschieden (WHO, o.J.). Doch nicht nur *gender*, auch das ‚biologische‘ Geschlecht wird zunehmend durch Feminist:innen als gesellschaftliche Konstruktion und diskursive Produktion dekonstruiert. Simone de Beauvoir zeigte, dass das Geschlecht einer Person nicht definiert, wer sie ist, sondern die Rolle, die sie in der Gesellschaft spielt, sie zu diesem Geschlecht werden lässt. Sie schrieb in ihrem Buch *Le Deuxième Sexe* (Englisch *The Second Sex*, EA 1953) 1949 bereits: “One is not born, but rather becomes a woman. It is civilization as a whole that produces this creature...which is described as feminine” (de Beauvoir, 1953, 257 zit. nach Lorber and Farrell, 1991, 57). Menschen werden aufgrund des Aussehen ihrer Genitalien bei ihrer Geburt einer – in der Regel binären – Geschlechtskategorie (Junge oder

Mädchen) zugeordnet. In sozialen Interaktionen im Laufe ihres Lebens lernen sie, was von ihnen erwartet wird und handeln dementsprechend, auch beschrieben als *gender as a constant performance* oder *doing gender*, geprägt durch West und Zimmermann (West & Zimmerman, 1987). Nach dieser Auffassung ist Geschlecht weder Natur noch Essenz, sondern performativ konstituiert – es entsteht durch wiederholte Ausführung der Geschlechterrolle. Diese wiederholte Handlung erzeugt eine Illusion von zugrundeliegender Natur und hält die Geschlechterordnung aufrecht, mit Auswirkungen auf die Verteilung von Macht und Ressourcen in einer Gesellschaft (Okpokwasili, 2023, 37). Biologisch begründete Geschlechterzuschreibungen wie die als *natürlich* legitimierte Zuständigkeit von Frauen für Reproduktionsarbeit und ihre vermeintlich höhere soziale Kompetenz stellen Feminist:innen daher infrage (Doderer, 2013, 89). Butler geht noch weiter und erklärte die Unterscheidung zwischen *sex* und *gender* als hinfällig, da alle Körper von Beginn ihrer sozialen Existenz vergeschlechtlicht sind, *sex* also immer *gendered* ist (Butler, 2002). Zudem stellte Butler in ihrem Konzept der Performativität in „Gender Trouble“ die Binarität von Geschlechtern radikal infrage (ebd.).

2.2.2 Gesellschaftliche Produktion von Raum und Stadt

Traditionelle Raumkonzepte verstehen Raum als etwas Gegebenes und damit unabhängig von den sich in ihm befindlichen Objekten. In der Architektur herrschte beispielsweise lange ein Verständnis von Raum als neutralem Behälter oder Container (Ruhne, 2017, 3). Im Zuge des sogenannten *spatial turn* der 1980er Jahre wurde Raum zu einer zentralen Kategorie in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Im Gegensatz zu einem absoluten Verständnis von Raum als fixer Kategorie entstand ein relationales Raumkonzept (Huning, Mölders & Zibell, 2019, 2). Raum sei kein neutraler, passiver Behälter, sondern vielmehr ein gesellschaftliches Produkt, das Ergebnis sozialer Prozesse und geformt von Machtverhältnissen (Visakha, 2021, 7). Dementsprechend versteht Lefebvre auch das Urbane, die Stadt, als etwas tagtäglich kollektiv durch die Bewohner:innen Produziertes (Fraeser & Kuschinski, 2019, 18).

Auch feministische Geograph:innen wie Doreen Massey, Gillian Rose und Linda McDowell stellten das konventionelle Verständnis von Raum infrage und skizzierten Raum als dynamische, sozial konstruierte Gebilde mit fließenden Grenzen, die von verschiedenen Gruppen von Menschen unterschiedlich wahrgenommen und erlebt werden (Oberhauser et al.,

2017, 7). Raum besteht nicht nur aus sichtbaren Raumstrukturen, sondern auch aus unsichtbaren, jedoch spürbaren Atmosphären, die vergangene Ereignisse bewahren (Farías *et al.*, 2023, 120). Doreen Massey schreibt beispielsweise „(...) space is a product of practices, relations, connections and disconnections (...)” (Massey, 2006, 89f.). Und weiter “It is that space is always in process; it is never finished; never a complete holism” (Massey, 2006, 90). Raum wird demnach aktiv und kontinuierlich durch Aktivitäten der Nutzung und in Aneignungsprozessen produziert und reproduziert. Dieses Verständnis impliziert, dass Raum offen und veränderlich ist (Vogelpohl, 2018, 153). Raum ist zudem nicht nur Produkt, sondern auch Medium: Er strukturiert zugleich gesellschaftliche Verhältnisse, lässt diese konkret werden und reproduziert sie (Ruhne, 2017, 3).

Raumverhältnisse relational zu betrachten ist mittlerweile weitgehend unumstritten. Dennoch hat in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Stadtforschung der *cultural turn* in Bezug auf die Integration postkolonialer Theorien bisher nur zögerlich Einzug gehalten (Farías *et al.*, 2023, 114). Farías *et al.* bemängeln, dass nur wenige Werke der deutschsprachigen Stadtforschung den Zusammenhang zwischen städtischer Entwicklung und Kolonialpolitik als bedeutend betrachten. Die Autor:innen vermissen eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der Verschränkung von Klassismus, Rassismus und Sexismus und sprechen sich dafür aus, die fortwährende Präsenz vergangener Ereignisse anzuerkennen (ebd., 107). Die Relevanz postkolonialer Forschung begründen Farías *et al.* damit, dass die Effekte der Kolonialisierung nicht nur in kolonialisierten Städten sichtbar sind, sondern als Grundlage und Entstehungskontext moderner Gesellschaften tief in die Strukturen der Moderne eingeschrieben ist (ebd., 109): Auch heute noch sind koloniale Begegnungen in europäischen Städten spürbar, da Kluften aufgrund ökonomischer, sozialer und historischer Gründe verschiedene Hierarchiestufen schaffen. Diese kolonialen Dynamiken sind nicht nur Relikte der vergangenen Kolonialzeit oder auf kolonialisierte Peripherien beschränkt, sondern manifestieren sich auch in den europäischen Metropolen. Denkmale und Straßennamen, die koloniale Figuren ehren, relativieren die Geschichte und verdecken die anhaltenden Auswirkungen kolonialer Strukturen in der Gegenwart. Die Moderne ist also nicht nur aus weltweiten Verflechtungen hervorgegangen, sie reproduziert sich auch weiterhin durch das fortbestehende Machtmodell kolonialer Strukturen (ebd., 118). Daher ist das Verständnis und die Analyse kolonialer Machtverhältnisse und ihren Auswirkungen auf moderne städtische Räume unerlässlich für ein tiefergehendes Verständnis städtischer Strukturen (ebd., 112).

Löw widmet sich ihrem Buch „Raumsoziologie“ unter anderem der Beziehung zwischen sozialer Ungleichheit und Raum(konstitution) (Löw, 2015). *Soziale Ungleichheit* sieht Löw als gegeben, wenn der Zugang zu *sozialen Gütern* oder Positionen, die mit ungleichen Machtmöglichkeiten verbunden sind, dauerhaft privilegiert oder beschränkt ist und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen oder Gruppen entweder begünstigt oder eingeschränkt werden (Löw, 2015, 211). Sogenannte *Strukturprinzipien* wie Klasse, Geschlecht, Race, sexuelle Präferenzen und körperliche Möglichkeiten bewirken gesellschaftliche Privilegierungen und Benachteiligungen (ebd., 210). Löw versteht Raum als „eine relationale Anordnung sozialer Güter und Lebewesen an Orten“ (ebd., 212). Sind die Zugangschancen zu sozialen Gütern ungleich verteilt, so wirkt sich das in der Folge demnach auf die Möglichkeit aus, Räume zu gestalten (ebd.). Der Zugang zu sozialen Gütern wird dabei meist über Reichtum organisiert. Dies impliziert, dass höhere Klassen gegenüber niedrigeren und Männer gegenüber Frauen meist über mehr Einfluss auf die Raumkonstitution verfügen (ebd., 213). Zudem seien die Zugangsmöglichkeiten über relationale Formen sozialer Ungleichheit, also über hierarchische Organisation bestimmt - Löw spricht auch von *Rang*. Nähe und Distanz zwischen verschiedenen Gebieten, wie etwa sozialen Wohnbauten und attraktiven Wohnlagen, werden entsprechend der sozialen Stellung ausgehandelt. Menschen, die in der sozialen Hierarchie höher stehen, erhalten sowohl symbolisch als auch materiell mehr Raum und Lebenschancen variieren erheblich je nach Stadtteil, in dem man aufgewachsen ist (ebd., 213). Neben den Ebenen *Reichtum* und *Rang* sieht Löw *Wissen* und *Assoziation* (Zugehörigkeit) determinierend in der Begünstigung beziehungsweise Benachteiligung in der Konstitution von Räumen. Sie betont die wechselseitigen Bedingungen dieser Ebenen: Beispielsweise kann Rang an Wissen und soziale Güter gebunden sein, umgekehrt wird Zugang zu Wissen und Geld über Zugehörigkeiten geregelt (ebd., 214). Löw unterscheidet zwei Prozesse in der dynamischen und sozialen Raumkonstitution, die *Syntheseleistung* und das *Spacing*. Syntheseleistung bezeichnet den Vorgang der Verknüpfung von Lebewesen oder sozialen Gütern mit Räumen. Institutionalisierte, also sich ständig wiederholende Verknüpfungen sind dabei ausschlaggebend für die Reproduktion sozialer Ungleichheit (ebd.). *Spacing* beschreibt die Art und Weise, wie Menschen durch ihre Handlungen und Praktiken Raum herstellen, indem sie Objekte und Personen in einem bestimmten Verhältnis zueinander platzieren. Der Raum entsteht also durch die Synthese verschiedener Elemente (wie Menschen, Objekte, Bedeutungen) und durch deren räumliche Anordnung (Spacing). Durch die repetitive Platzierung und Synthese institutionalisieren und reproduzieren sich Anordnungen. So wird Exklusion bzw. Inklusion und somit soziale Ungleichheit hergestellt (ebd., 216).

2.2.3 Wechselseitige Konstruktion von Raum und Geschlecht

Die Wirkungszusammenhänge von Geschlechterverhältnissen und Raumstrukturen sind komplex und die wissenschaftliche Analyse noch bruchstückhaft (Ruhne, 2017, 1). In „Feminist Spaces“ zeigen Oberhauser et al. eindrücklich, dass Geschlecht und Geschlechterbeziehungen konstitutiv für physische Räume sind und wie die binäre Geschlechterordnung und andere soziale Identitäten in aktuelle Raumarrangements eingeschrieben sind (Oberhauser et al., 2017, 4). Während der Mann häufig in der öffentlichen Sphäre der Erwerbstätigkeit, von Macht, Politik und Autorität verortet wird, führten patriarchale Normen und vergeschlechtliche Rollen zur Feminisierung der privaten Sphäre der Fürsorglichkeit, Hausarbeit und Familie, zum Ansehen des Hauses als *Ort der Frau* (Gottschalk, Kersten & Krämer, 2018, 6). Aus diesem Grund sind Haushalte häufig Forschungsgegenstand feministischer Stadtforschung, welche die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnissen und gesellschaftlichen Räumen erforscht (Yee Meyberg & Blinzov, 2024) und die binären geschlechtsspezifischen Beziehungen innerhalb dieser Räume infrage stellt (Gottschalk, Kersten & Krämer, 2018, 8).

Öffentliche Toiletten sind Orte des Alltags, in denen sich das System der Zweigeschlechtlichkeit entfaltet, weshalb sie ein leicht nachvollziehbares und naheliegendes Beispiel für die wechselseitige Konstruktion von Geschlechterverhältnissen und Raumstrukturen darstellen. Öffentliche Toiletten werden häufig entsprechend der binären Geschlechterlogik in *Herren-* und *Frauentoiletten* unterteilt. Wer im Alltag eine öffentliche Toilette aufsucht, muss sich - mit der Ausnahme von *All-Genders*-Toiletten - in diese Logik einordnen. Dabei nutzen Männer und Frauen in der Privatsphäre ihrer eigenen Wohnung meist dieselbe Toilette und können demnach offensichtlich das gleiche Ziel mit demselben Mittel erreichen. Lediglich Urinale sind nicht für alle Menschen praktikabel – das begründet aber noch nicht, Toiletten in *Männer-* und *Frauentoiletten* zu unterteilen (Krollman, Schmidt & Spill, 2021). Die Trennung der Toiletten wird als natürliche Folge des Unterschieds zwischen binären Geschlechtern dargestellt, dabei ist sie in Wahrheit ein Mittel, diesen Unterschied zu festigen (West & Zimmerman, 1987, 137). Toilettenräume werden damit zu Aushandlungsplätzen der Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Personen, die sich einer binären Einordnung in männlich oder weiblich entziehen, oder die beispielsweise fälschlicherweise männlich oder weiblich gelesen werden, sich aber der jeweils anderen Kategorie einordnen. Durch die alltägliche Praxis des Toilettengangs wird die binäre Geschlechterlogik aufrechterhalten

(Krollman, Schmidt & Spill, 2021). Die Platzierung von Wickelkommoden in öffentlichen *Frauentoiletten* reproduziert zudem Geschlechterstereotypen und geschlechtliche Rollenverteilung in Bezug auf Elternschaft. So wird die Vorstellung gefestigt, dass Windeln zu wechseln in der Zuständigkeit von Frauen liegt (ebd.)

Dass Raumnutzung vergeschlechtlicht ist, zeigt sich zudem darin, dass Männer auf Kinderspielflächen als potenziell *gefährdend* und Frauen in Parkgaragen als potenziell *gefährdet* wahrgenommen werden (Bauriedl, Schier & Strüver, 2010, 10). Allgemein wird der (nächtliche) öffentliche Raum, insbesondere Parks, U-Bahn-Stationen, Parkhäuser, dunkle Gassen als für Frauen gefährlich konstruiert und reproduziert. Dies geschieht durch mediale Angstkonstruktionen und Publikationen zu geschlechtsspezifischer (Un-)Sicherheit und durch daraus folgende Maßnahmen (wie *Frauentaxis*), Warnungen und Ratschläge, die das Ziel verfolgen, Frauen zu beschützen (Ruhne, 2020, 429f.). Befolgen sie diese Ratschläge nicht und erleben einen Übergriff, so werden Betroffene häufig für die Tat verantwortlich gemacht, indem ihre Handlungen hinterfragt werden. Häufig werden sie gefragt, welche Kleidung sie getragen hatten, ob sie betrunken waren, oder was sie zu dieser Zeit überhaupt alleine in dieser Gegend gemacht hätten. Diese Schuldumkehr wird auch *victim blaming* genannt (Friedrich Ebert Stiftung, o.J.). Die Trennung der vermeintlich gegensätzlichen Sphären *privat* und *öffentlich* wird gefestigt und erstere als für Frauen sicher und zweitere als gefährlich konstruiert. Statistisch gesehen ist der private Raum jedoch gefährlicher für Frauen – ein Großteil der geschlechtsspezifischen Gewalt bis hin zu Femi(ni)ziden wird im sozialen Nahbereich, durch Bekannte, Partner oder Expartner und häufig im Zuhause verübt (Visakha, 2021, 8). Einem Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zufolge wurden im Jahr 2022 weltweit rund 89.000 Frauen und Mädchen vorsätzlich getötet. Die meisten dieser Morde sind geschlechtsspezifisch und mehr als die Hälfte (48.800) wurden von Intimpartnern oder anderen Familienmitgliedern begangen. Das bedeutet, dass täglich rund 133 Frauen und Mädchen durch ein Mitglied ihrer Familie oder einen (Ex-)Partner getötet werden, wodurch das Zuhause der wahrscheinlichste Ort ist, an dem eine Frau ermordet wird (United Nations Office on Drugs and Crime, 2023). Durch die Diskurse zu Sicherheit von Frauen in der Stadt wird also eine falsche Dichotomie zwischen dem *gefährlichen* öffentlichen und dem *sicheren* privaten Raum geschaffen. Dadurch wird FLINTA*s der Zugang zur Stadt verwehrt und ihre Fähigkeiten eingeschränkt, von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten, welche eine Stadt bietet, zu profitieren. Die Gewalt die Frauen und Mädchen in ihrem Zuhause erfahren, wird verschleiert.

2.3 Lefebvres Recht auf Stadt feministisch denken

Unter dem Slogan *Recht auf Stadt* formierten sich seit den 1990er Jahren weltweit neue und vielfältige städtische Protestbewegungen gegen die neoliberale Hegemonie (Holm, 2011, 1). Diese reichen von Künstler:innen in Hamburg, welche die verbliebenen historischen Gebäude im Gängeviertel besetzten, um Bauvorhaben eines in Investors zu stoppen, bis zu Sexarbeiter:innen in Madrid, welche sich gegen die Verdrängung aus ihrem Stadtteil wehrten (ebd.). Zurück geht diese Forderung auf Henri Lefebvre: Neben seiner Raumanalyse prägte er in den 1960er Jahren durch seinen Text *Le droit à la ville* das politische Konzept des *Rechts auf Stadt*, (Lefebvre, 1967). Lefebvre setzte sich mit der Beziehung zwischen Stadt und Gesellschaft auseinander. Entsprechend seinem Raumverständnis versteht er das Urbane, die Stadt, als etwas kollektiv und alltäglich durch die Bewohner:innen Produziertes (Fraeser & Kuschinski, 2019, 18).

Mit seiner Forderung reagierte Lefebvre auf die soziökonomische Segregation in der Stadt der 1960er Jahre und forderte in Anbetracht der Benachteiligung breiter Bevölkerungsschichten ein *Recht auf Stadt* im Sinne einer kollektiven Wiederaneignung. Anders formuliert: Ein „Recht auf Nichtausschluss“ von den Vorzügen einer urbanisierten Gesellschaft (Holm, 2011, 2). Dabei bezieht er sich nicht lediglich auf die *Nutzung* städtischer Räume, sondern auch auf die *Teilhabe* an einer demokratischen und inklusiven Stadtentwicklung und -gestaltung, die auf den Bedürfnissen und Interessen der Bewohner:innen und nicht auf Verdrängung und Profitmaximierung basiert. Zentral war die Forderung bezahlbaren Wohnraums, die Verfügbarkeit öffentlichen Raums und sozialer Infrastruktur und demokratische Kontrolle über städtische Ressourcen (ebd.). So erweiterte er die Perspektive auf soziale Kämpfe, welche sich bisher auf die Auseinandersetzungen um Lohnarbeit beschränkten, um alltägliche und räumliche Prozesse der Produktion und Reproduktion von Stadt und Gesellschaft (Fraeser & Kuschinski, 2019, 18).

Einige feministische Ansätze verknüpfen Lefebvres *Recht auf Stadt* mit feministischen Positionen und erweitern es dadurch (Fraeser & Kuschinski, 2019 18). Für Anne Vogelpohl bedeutet *Recht auf Stadt* zu fordern, Unterschiedlichkeit in alltäglichen Erfahrungen explizit und sichtbar zu machen und für gleichen Zugang und Teilhabe zu kämpfen (Vogelpohl, 2018, 153). Sie plädiert dafür, feministische Ansätze zu Alltag und Differenz mit Lefebvres Theorie zusammenzudenken (Vogelpohl, 2018, 153). Auch Fraeser und Kuschinski argumentieren,

gesellschaftliche Prozesse und alltägliche Erfahrungen in der Stadt als Ort sozialer Konflikte zusammenzudenken. Sie kritisieren die reduktionistische Auffassung der *Recht auf Stadt*-Ansätze von Stadt als öffentliches politische Terrain (Fraeser & Kuschinski, 2019, 18). Diese Definition sei strukturell *weiß* und männlich geprägt. Das praktische Recht auf Aneignung und Teilhabe sei immer durchkreuzt von Machtverhältnissen. Wichtig sei es, die komplex wirkende räumliche Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre zu benennen. Nur so können vergeschlechtliche und rassistische Mechanismen der Exklusion bekämpft statt reproduziert werden (ebd.). Eine feministische Perspektive weitet den Blick auf Alltagspraxen innerhalb der sogenannten privaten Sphäre und fordert, gesellschaftliche Verhältnisse und somit die Stadt nicht nur auf den Straßen, sondern auch in den Häusern und Wohnungen zu verhandeln (ebd.). Die Wohnung sei beispielsweise trotz ihrer historischen Konzeption als privater Raum von verschiedenen Formen der Öffentlichkeit durchdrungen: Staatliche Wohnbauprogramme und Familienideologien schreiben sich konkret in Grundrisse ein wirken dadurch auf die Bewohner:innen (ebd.).

2.4 Intersektionale Perspektive

Die vorliegende Arbeit folgt einem intersektional feministischen Forschungsansatz. In den 1970er und -80er Jahren kritisierten Schwarze Feminist:innen und Women of Color wie Angela Davis, Audre Lorde und bell hooks den Mainstream-Feminismus, welcher Ungleichheiten, Diskriminierung und Gewaltbeziehungen auf Grund von Klasse oder Race größtenteils negiert oder gar reproduziert (Kern, 2021, 21). Das Konzept der Intersektionalität wurde insbesondere durch Kim Crenshaw geprägt, die den Begriff 1989 erstmals verwendete. Eine intersektionale Perspektive bezieht Stimmen ein, die traditionell von *weißen* feministischen Mainstream-Analysen ausgeschlossen waren, wie jene von Frauen aus dem Globalen Süden, von Migrant:innen oder Frauen aus Minderheiten (Oberhauser *et al.*, 2017, 4) und weist darauf hin, dass verschiedene Formen von Unterdrückung, beispielsweise aufgrund von Race, Klasse, Geschlecht, Sexualität ineinandergreifen (Oberhauser *et al.*, 2017, 5). Es gibt also nicht *die eine* Gruppe von Frauen mit den gleichen Erfahrungen von gemeinsamer Unterdrückung. Dieser Ansatz würde Frauen eine kollektive Identität zuschreiben und Mehrfachdiskriminierung ignorieren. Dekolonialer Feminismus oder „Feminismen dekolonialer Politik“ grenzen sich dadurch vom *weißen* bürgerlichen Feminismus ab, der lediglich die Gleichstellung der Geschlechter im kapitalistischen System als Ziel hat und machen auf andere Formen der

Unterdrückung aufmerksam, die Frauen zusätzlich erleben, wenn sie nicht weiß oder heterosexuell sind und nicht der Mittelklasse angehören (Vergès, 2020, 25).

In Hinblick auf die vorliegende Arbeit, wurde bereits betont, dass Race, Klasse, gelesenes Geschlecht, Religion, Sexualität, Alter und Behinderung Auswirkungen auf die Möglichkeiten haben, Sorgearbeit durchzuführen beziehungsweise auszulagern. Winker differenzierte in diesem Zusammenhang vier verschiedene Reproduktionsmodelle: Das *ökonomisierte*, das *paarzentrierte*, das *prekäre* und das *subsistenzorientierte* Reproduktionsmodell. Im *ökonomisierten* Familienmodell erlauben die finanziellen Ressourcen die Care Arbeit zu delegieren – häufig an illegalisierte Migrant:innen (Winker, 2011, 7). Im *paarzentrierten* Reproduktionsmodell sind zwei Elternteile erwerbstätig, jedoch meist der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit. Nur bestimmte Aufgaben können ausgelagert werden, der Großteil der Reproduktionsarbeit wird von der Frau in Doppelbelastung ausgeführt. Im *prekären* Familienmodell kann sich mindestens eine Person durch die Erwerbsarbeit nicht ihre Existenz sichern. Dabei handelt es sich meist um Frauen, die vom Haupternährer abhängig sind, dieser jedoch nicht in der Lage ist, eine Familie mit Kindern auf einem durchschnittlichen Lebensstandard zu versorgen. So sehen sich meist Frauen mit der Doppelbelastung bestehend aus einem Teilzeitjob und dem Großteil der Reproduktionsarbeit, die aus finanziellen Gründen nicht ausgelagert werden kann, konfrontiert (Winker, 2015, 65). Aufgrund geringer Zeit für Selbstfürsorge sind häufig physische und psychische Belastungen die Folge. Ähnlich sieht es aus, wenn beide Personen Niedriglohnbeschäftigte sind oder es sich um eine alleinerziehende Person handelt. Im *prekären* Reproduktionsmodell sind viele Personen mit Migrationserfahrung vertreten, da sie überproportional häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt sind (ebd., 66). *Subsistenzorientierte* Reproduktionsmodelle sind auf staatliche Grundsicherung angewiesen. Sie können ihre Arbeitskraft nicht verkaufen, beispielsweise aufgrund ihrer Sorgeverpflichtung oder weil ihre Qualifikationen nicht nachgefragt werden. Sie erfahren Abwertung und Stigmatisierung (ebd., 8). Die Familienmodelle zeigen, dass vor allem Frauen die Reproduktionsarbeit erledigen, die konkrete Arbeitsteilung jedoch nach finanziellen Ressourcen und somit nach Klassenlage variiert. Reproduktionsmodelle sind demnach nicht nur durch geschlechterhierarchische Arbeitsteilung gekennzeichnet, sondern intersektional verwoben mit anderen Markern sozialer Differenzierung. Die soziale Herkunft beeinflusst die Möglichkeit, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen und in der Folge zu unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf Care Arbeit. Mit steigendem Wohlstand sinkt die Belastung durch Sorgearbeit immens, wodurch es zu geringeren gesundheitlichen

Auswirkungen kommt (Winker, 2015, 85). Dies leuchtet ein, wenn man bedenkt, dass der Alltag von Personen des *subsistenzorientierten* Reproduktionsmodells davon bestimmt ist, sich konstant einen Job, einen weiteren Zuverdienst sowie Möglichkeiten der Einsparung zu suchen und gleichzeitig den Sorgearbeiten nachzukommen. Während Personen im *ökonomisierten* Modell ihre Sorgearbeit an sozial nicht abgesicherte Migrant:innen abgeben, müssen diese in Bezug auf ihre eigene Sorgeverantwortung wiederum auf die Unterstützung von (weiblichen) Familienangehörigen in ihren Herkunftsländern zurückgreifen (Winker, 2015, 69). Ermöglicht wird es durch Differenzkonstruktionen entlang klassistischer, rassistischer und bodyistischer Herrschaftsverhältnisse, die den Lohn- und Reproduktionsarbeitenden unterschiedliche Positionen zuweisen (ebd. 94). Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe oder Religion rassifiziert, als Andere konstruiert und abgewertet, der Zugang zu Erwerbsarbeit, Wohnraum, gesellschaftlicher Teilhabe etc. über Migrationsregimes nur teilweise oder nicht gewährt. So stellt schlecht bezahlte, nicht abgesicherte Arbeit in privaten Haushalten häufig die einzige Option für migrantische Frauen dar (Winker, 2015, 95). Winker weist darauf hin dass solche Rassismen wie auch Heteronormativismen häufig mit Bezug auf vermeintliche Naturhaftigkeit begründet werden (ebd.). Eine intersektionaler Perspektive berücksichtigt die innerhalb kapitalistischer Systeme wirkenden strukturellen Herrschaftsverhältnisse, wie Klassismus, Heteronormativität, Rassismus und Bodyismus, und deren Wechselwirkungen. Dieser Ansatz untersucht, wie diese miteinander verflochtenen Machtstrukturen sowohl die Bereiche der Lohnarbeit als auch der Reproduktionsarbeit durchdringen und zeigt auf, warum der Kapitalismus auf das Bestehen beider Arbeitsbereiche angewiesen ist. Dabei wird die gesamte im Kapitalismus geleistete Arbeit in den Blick genommen (Winker, 2015, 93).

Soziale Marker wie Race, Klasse, gelesenes Geschlecht, Religion, Sexualität, Alter und Behinderung führen auch zu verschiedenen Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung in der Stadt (Visakha, 2021,10). Frauen mit geringeren Einkommen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationserfahrung und PoCs sind häufiger von Wohnungsnot oder prekären Wohnbedingungen betroffen (Schönangerer, 2024). Personen, die beispielsweise Frauen *und* Schwarz sind, erfahren den öffentlichen beispielsweise Raum anders als *weiße* Frauen. Queere Personen müssen zusätzliche Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität oder Sexualität fürchten. Die binäre Geschlechterordnung muss demnach im Sinne einer intersektionalen Perspektive im Kontext verschiedener Ungleichheitsmarker begriffen werden (Gottschalk, Kersten & Krämer, 2018, 9).

Die vorliegende Arbeit verfolgt bewusst eine intersektionale Perspektive, um die vielschichtigen Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen sozialen Kategorien wie Race, gelesenes Geschlecht, Klasse und anderen Identitätsmerkmalen zu analysieren. Ein zentrales Anliegen der Arbeit stellte deshalb dar, insbesondere Literatur und Theorien von nicht-weißen Personen (PoC) sowie aus dem globalen Süden systematisch einzubeziehen, um marginalisierte Stimmen zu stärken und alternative Wissensbestände zu integrieren. Dies ermöglicht nicht nur eine breitere und tiefere Analyse, sondern sorgte auch dafür, dass die vielfältigen Erfahrungen und spezifischen Herausforderungen, die durch intersektionale Diskriminierung entstehen, sichtbar gemacht werden. In der empirischen Untersuchung wurde zudem gezielt ein diverses Sample ausgewählt, um die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Perspektiven der Befragten zu berücksichtigen.

3. Kritisch feministische Stadtplanung

An die theoretische Einführung sollen nun Ansatzpunkte kritisch feministischer Stadtplanung anknüpfen. Ihren Ausgangspunkt bilden ebenjene dargelegten Wechselwirkungen zwischen Raumstrukturen und Geschlechterverhältnissen. Kritisch feministische Planungstheorie und -praxis stellt die aktuelle androzentrische Stadtplanung und die damit einhergehende Dichotomisierung zwischen *öffentlich* und *privat* infrage und rückt stattdessen Sorge in den Fokus (Yee Meyberg & Blinzov, 2024). Im Folgenden wird diese Kritik weiter ausgeführt und Ansätze gendergerechter Stadtplanung und sorgeorientierter Städte werden vorgestellt.

3.1 Kritik an androzentrischer Stadtplanung

“Any settlement is an inscription in space of the social relations in the society that built it. [...] Our cities are patriarchy written in stone, brick, glass and concrete” (Darke, 1996, 88). Die Art und Weise, wie Städte geplant und gebaut werden, spiegelt gesellschaftliche und soziale Verhältnisse wider (Kern, 2021, 13). Insbesondere die Frage, von wem und für wen Räume gebaut und geplant wurden, gibt Aufschluss darüber, wer in diesen Räumen einbeziehungsweise ausgeschlossen und wer in ihnen zu Handlung befähigt wird (Yee Meyberg & Blinzov, 2024). Städte werden überwiegend von Männern geplant, und stadtplanerische Maßnahmen orientieren sich meist an den Fortbewegungsmustern und Bedürfnissen erwerbstätiger Personen, die keine Sorgeverantwortung tragen – dabei handelt es sich traditionell um Männer (Kern, 2021, 21; 34). Quantitative und qualitative Daten über Frauen und geschlechtliche und sexuelle Minderheiten sind Mangelware (Visakha, 2021, 32). Da häusliche Care-Arbeit nicht entlohnt wird, erscheint sie als nicht relevant für die Stadtsoziologie (Bauriedl, 2013, 120): Lebensrealitäten von Care-Arbeit leistenden Personen oder Menschen, die abseits des gesellschaftlichen Ideals der heteronormativen Kernfamilie leben, werden nicht mitgedacht (Wohlfarth, 2023, 30). Feministische Kritik an androzentrischer Stadtsoziologie und -planung bezieht sich daher unter anderem auch stark auf den Stellenwert der Sorgearbeit.

Verkehrsinfrastruktur und Grundrisse von Wohnungen sind nicht nur ungeeignet in der Bewältigung von Sorgearbeit, sie erschweren diese häufig sogar (Becker, 2010, 807). Wie illustriert wurde, müssen Personen, die Sorgeverantwortung tragen (traditionell FLINTA*-Personen), häufig Wege mit mehreren Zwischenstopps zurücklegen. Zusätzlich sind sie dabei oft in Begleitung eines Kinderwagens oder Rollstuhls unterwegs und somit auf eine gute

Beschaffenheit der Wege angewiesen. Während Frauen häufiger den öffentlichen Nahverkehr nutzen oder zu Fuß gehen, fahren Männer weltweit mehr Auto (Criado-Perez, 2019, 52). Ineffiziente Verbindungen, hohe Fahrtkosten, unebene oder zu schmale Wege, mangelnde Barrierefreiheit an Bus- oder S-Bahn-Stationen erschweren ihre Fortbewegung und die Bewältigung der Sorgetätigkeiten (Becker, 2010, 808). Öffentlicher Raum sollte qua Definition allen zustehen und fair verteilt sein, in Realität ist jedoch der Großteil der Verkehrsinfrastruktur auf motorisierten Individualverkehr ausgelegt. Feministische Städtebauwissenschaftlerinnen zeigten, dass die moderne postindustrielle Stadtplanung durch Autozentrierung geprägt ist, statt Städte zu schaffen, in denen der Mensch und fußgängerzentrierte Gestaltung im Mittelpunkt steht (Visakha, 2021, 26). Dadurch werden vor allem die Mobilitätsbedürfnisse privilegierter Männer bedient (Becker, 2010, 809) während Mädchen, Frauen und diskriminierte Minderheiten Ausgrenzung aus der Stadt erfahren (Visakha, 2021, 15). Die ungleiche Verteilung öffentlicher Räume wurde bereits Ende der 1970er Jahre durch die zweite Frauenbewegung kritisiert (Becker, 2010, 809). Raum wurde in dieser Kritik als eine gesellschaftlichen Ressource begriffen, die – ähnlich wie Geld und Vermögen – extrem ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist (ebd.).

Seit der zweiten Frauenbewegung kritisieren Feminist:innen und Wissenschaftler:innen in diesem Zusammenhang zudem die essentialistische Auffassung der Dichotomie zwischen *privat* und *öffentlich*. Urbane Gegenden sind durch die Trennung der öffentlichen Sphäre der Erwerbstätigkeit von der privaten Sphäre der Haus- und Sorgearbeit und der geschlechtliche Konnotation dieser Räume so strukturiert, dass sie patriarchale Familienformen, die Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit, geschlechtergetrennte Arbeitsmärkte und traditionelle Geschlechterrollen in den Raum einschreiben und reproduzieren (Kern, 2021, 13). Während Männer der öffentlichen Sphäre der Macht, politischen Teilhabe und Erwerbsarbeit zugeordnet werden, wurde das Häusliche feminisiert (Becker, 2010, 806). Die Möglichkeit zur Aneignung öffentlichen Raums durch Frauen, Mädchen und diskriminierte Minderheiten sowie ihr Zugehörigkeitsgefühl in diesem werden eingeschränkt (Visakha, 2021, 25; Bauriedl, 2013, 119). Die räumliche Trennung der vermeintlich gegensätzlichen Sphären und ihre geschlechtliche Konnotation ist deshalb zentraler Kritikpunkt feministischer Diskurse. Sie wird häufig naturalisiert, etablierte sich jedoch erst mit der zunehmenden Industrialisierung (Becker, 2010, 806). Dass diese Dichotomie jedoch nicht immer bestand, zeigt, dass diese soziale Ordnung nicht statisch, sondern veränderbar ist und überwunden werden kann.

Trotz der Dichotomisierung zwischen *öffentlich* und *privat* wirken Politiken in die vermeintlich *private* Sphäre ein: Staatliche Wohnbauprogramme und Förderrichtlinien schreiben Wertvorstellungen wie das Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie in Grundrisse von Wohnungen ein (Fraeser & Kuschinski, 2019, 19). Dies wirkt sich auf den Zugang zu Wohnraum als auch auf Design, Zuschnitt und Größe der Wohnungen aus. Familienkonstellationen fern vom patriarchalen Ideal der Kleinfamilie sind mit Wohnverhältnissen konfrontiert, die häufig nicht ihren Bedürfnissen entsprechen (Lentz, 2023). Alleinerziehende werden beispielsweise aufgrund des strukturellen Mangels an Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum an den Stadtrand verdrängt und müssen Wohnverhältnisse in Kauf nehmen, welche ihre Sorgearbeit erschweren, da sie weit entfernt von ihrem Unterstützungsnetzwerk oder schlecht an Care-Infrastrukturen angebunden sind (ebd.). Die Aufteilung, Größe, Ausstattung und Lage einer Wohnung sowie ihre Entfernung zu Infrastrukturen gibt Auskunft über den Stellenwert, der Care-Arbeit beigemessen wird (ebd.).

Die gebaute Umwelt wird in Übereinstimmung mit einer Reihe von Vorstellungen darüber gestaltet, wie die Gesellschaft funktioniert. Wenn die Planungsannahmen auf überholten sozialen Normen beruhen, die in paternalistischen Geschlechterrollen verwurzelt sind, führt dies zu ausgrenzenden und feindlichen Städten (Visakha, 2021, 8). Mit einem feministischen Stadtplanungsansatz, der FLINTA*-Personen, die Bedürfnisse des täglichen Lebens und die Zugänglichkeit von Städten in den Mittelpunkt stellt, können jedoch nicht nur Städte gebaut werden, die integrativ sind, sondern auch festgefahrene soziale Normen in Frage gestellt und soziale Beziehungen verändert werden (ebd.).

3.2 Feministische Planung von Stadt und Raum

Wie sieht eine gendergerechte Stadt, welche sich an den Bedürfnissen all ihrer Bewohner:innen ausrichtet, die Teilhabe aller fördert und Sorge in den Fokus rückt, konkret aus? Mit dieser Frage beschäftigen sich feministische Stadtforscher:innen sowie Stadtplaner:innen. Zuerst einmal lässt sich feststellen, dass es nicht *die* eine feministische oder gendergerechte Stadt, sondern viele unterschiedliche Ansatzpunkte für diese gibt. Städte oder Stadtteile können auf verschiedene Weise feministisch sein – sowohl die *Stadt der kurzen Wege*, als auch ein Nachbarschaftszentrum im Sinne der Stadtteilorganisation können unter dem Begriff der

feministischen Stadtpolitik verstanden werden, wenn sie auch auf unterschiedlichen Ebenen wirken (Yee Meyberg & Blinzov, 2024).

Visakha definiert drei Schlüsselfaktoren feministischer Stadtplanung, welche die Erfahrungen von sorgetragenden Personen in die Stadt integrieren und diese Personen ermutigt, sich an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen (Visakha, 2021, 33):

1. Nutzungsmischung und kompakte Städte
2. Fußgänger:innen-freundliches Straßendesign
3. Öffentliche Bereitstellung und Instandhaltung städtischer Infrastrukturen und Dienstleistungen

Nutzungsmischung und kompakte Städte oder *Quartiere* tragen durch verkürzte Wegeketten und Fußläufigkeit zu einem gleichberechtigtem Zugang und der Teilhabe am städtischen Leben durch ältere Menschen, Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie (erwerbstätigen) Personen mit Sorgeverantwortung bei. Durch die verkürzten Wege befinden sich Arbeitsplatz, Wohnort, Kinderbetreuung und Freizeitorte in fußläufiger Entfernung (Visakha, 2021, 33). Dolores Hayden beschrieb bereits 1981 in ihrer Vision einer *nicht-sexistischen* Stadt ein Umfeld, welches Wohnen, Infrastrukturen der Versorgung und Lohnarbeit kombiniert (Hayden, 2017, 73). Ein *fußgänger:innenfreundliches Straßendesign* soll neben der Fußläufigkeit auf die Bereitstellung von nicht-motorisierten Transportmitteln fokussieren. Da FLINTA* Personen tendenziell über weniger finanzielle Ressourcen verfügen und aufgrund ineinandergreifender sozialer Merkmale teilweise verstärkt Ausgrenzung erfahren, wird ihnen der Zugang zu Möglichkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung tagtäglich erschwert. Aus diesem Grund sind sie drittens in hohem Maße von der *öffentlichen Bereitstellung* und *Instandhaltung städtischer Infrastrukturen und Dienstleistungen* abhängig (Visakha, 2021, 33). Diese müsse auf die Bedürfnisse von Frauen, Mädchen sowie sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten eingehen und sie mit einbeziehen. Nur so könne das *Recht auf Stadt* auch für Frauen und andere bislang häufig vergessene Bevölkerungsgruppen wie queere Menschen, Familienkonstellationen abseits der heterosexuellen Kleinfamilie und Menschen ohne Aufenthaltsstatus gesichert werden (Visakha, 2021, 33).

Die Autorin unterscheidet zwischen vier grundlegenden Infrastrukturen jeder Stadt: *Physische*, *soziale*, *Mobilitäts-*, und *institutionelle* Infrastruktur (Visakha, 2021, 14). Die *physische*

Infrastruktur sollte beispielsweise gut beleuchtete Straßen, breite Gehwege, kostenfreie und rund um die Uhr zugängliche öffentliche Toiletten, Parks, Mülleimer und Bänke bieten. Ebenso wichtig sind *soziale* Infrastrukturen, wie Gemeinschaftsunterkünfte und Kinderbetreuungseinrichtungen (ebd.). Die *Mobilitätsinfrastruktur* sollte auch in nichtmotorisierten Individualverkehr (NMIV) investieren, wie beispielsweise in breite Gehwege und Radwege, sowie in die Schaffung eines kostenfreien oder kostengünstigen, gut vernetzten und stark frequentierten öffentlichen Nahverkehrs (ebd.). *Institutionelle* Infrastruktur in Form von Krankenhäusern, Einrichtungen für psychische Gesundheit, Rechtshilfe sowie Krisenzentren sind ebenfalls von zentraler Bedeutung (ebd.). Das Recht auf Nutzung des öffentlichen Raums und somit das Recht auf Stadt ist eng mit der Bereitstellung öffentlicher Räume und Dienstleistungen verbunden, so die Autorin (Visakha, 2021, 33).

Visakha argumentiert, dass Maßnahmen wie *Gender Mainstreaming*⁴, also ein additives Hinzufügen von Frauen und ihren Erfahrungen im Feld der Stadtplanung allein nicht ausreicht. Dies würde die Annahme von Homogenität unter Frauen implizieren und andere soziale Ungleichheitsmarker vernachlässigen. Ein intersektional feministischer Ansatz erkennt an, dass einige Menschen in ihrem Zugang zur Stadt und ihrer Autonomie in dieser unverhältnismäßig stärker beeinträchtigt sind als andere: Klasse, Race, gelesenes Geschlecht, Religion, Sexualität, Alter, Behinderung führen zu vielen Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung in der Stadt (Visakha, 2021,10). Um eine Stadt zu gestalten, die sich an den Bedürfnissen aller orientiert, und insbesondere Alltagserfahrungen sorgetragender Menschen fokussiert, statt geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu reproduzieren, ist es unabdinglich, diese Gruppen in den Planungsprozess einzubeziehen (ebd., 33). Es muss sichergestellt werden, dass die Stimmen Marginalisierter in der Stadtplanung Berücksichtigung finden, indem sie vollumfänglich an diesen Prozessen teilnehmen können und ihre Vertretung auf allen Ebenen politischer Entscheidungsfindung gewährleistet wird (de Jong, 2021). Um ein Recht auf Stadt für alle zu sichern, muss Planung deshalb demokratisiert werden und ein Wandel von technokratischen Top-Down- zu kollektiven, partizipatorischen Bottom-Up-Planungsmethoden stattfinden (Visakha, 2021, 17).

⁴ Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Förderung der Geschlechtergleichstellung durch Einbeziehung geschlechterspezifischer Perspektiven, Lebenssituationen und Interessen in allen gesellschaftlichen Vorhaben und politischen Maßnahmen. Das Konzept kam erstmals auf der Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking im Jahr 1995 auf (UN Women, o.J.). Durch den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde es zum offiziellen politischen Konzept der EU und ihren Mitgliedstaaten (Europäisches Parlament, 2019).

3.3 Sorgende Städte

Im Folgenden soll das bereits in Teilen erfolgreich in die Praxis umgesetzte Konzept der Sorgenden Stadt näher beleuchtet werden. Von besonderem Interesse ist dieses in feministisch-munizipalistischen Bewegungen entstandene und allem durch linke Stadtregierungen in Spanien umgesetzte Konzept deshalb, da es Aspekte der im Theorieteil dargelegten Utopie der sorgenden Gesellschaft und eben darlegten Ansätze feministischer Stadtplanung vereint.

In Barcelona stellte die linke Stadtregierung en Comú (2015-2019) im Jahr 2017 ein Maßnahmenpaket städtischer und kommunaler Sorge-Politiken für eine Demokratisierung der Sorgearbeit vor (Fried & Wischnewski, 2022). Die damalige Bürgermeisterin Ada Colau platzierte dieses Maßnahmenpaket im Bereich Gemein-, Sozial und Solidarwirtschaft mit dem Ziel, wirtschaftspolitische Maßnahmen auf Care auszuweiten (Fried & Wischnewski, 2022). Die meisten Projekte des Plans waren im Sinne einer Sozialisierung der Sorgearbeit darauf ausgerichtet, neue, öffentliche Infrastrukturen wie Familienzentren und Kinderbetreuung zu schaffen, bestehende auszubauen und den Zugang für marginalisierte Gruppen zu erleichtern. Zentral war dafür eine demokratische Planung durch alle Beteiligten, in welcher der tatsächliche Bedarf einer Gesellschaft in Bezug auf Sorge erhoben wird (ebd.). Selbstorganisation und gemeinschaftliche Projekte wie Mehrgenerationenhäuser wurden logistisch mit öffentlichen Fördermitteln finanziell unterstützt (Fried & Wischnewski, 2022). Zudem strebten die Politiken eine Transformation von Geschlechterverhältnissen und mehr Zugang und Teilhabe durch benachteiligte Gruppen an. Die Einführung einer Care-Karte (*tarjeta cuidadora*) entlastete beispielsweise Menschen mit besonderer Sorgeverantwortung durch einen privilegierten Zugang zu städtischen Infrastrukturen der Sorge. Andere Maßnahmen waren auf die Verbesserung der Qualität der Pflege und der dortigen Arbeitsbedingungen ausgerichtet. In jedem Bezirk der Stadt wurde zudem eine Stelle für eine:n Fachreferent:in für Care-Ökonomie geschaffen, um diesen Umbau anzuleiten (ebd.).

In Lateinamerika finden in Folge von erstarkenden feministischen Kämpfen ebenfalls verstärkt Debatten um die Verteilung von Care-Arbeit statt. An verschiedenen Orten haben sich unterschiedliche Initiativen gegründet, die auf einen Ausbau von und besseren Zugang zu notwendigen sozialen Infrastrukturen abzielen. In Santiago, der Hauptstadt von Chile, werden in einzelnen Vierteln sogenannte Care-Zentren errichtet, die Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, wie etwa Personen der Queer Community zur Verfügung stehen. Die Koordinatorin des kommunalen Care-Plans in Santiago, Rosario Olivares, beschreibt die

Zentren als Orte der Solidarität, der Freude und des Austauschs, die an den Bedürfnissen der Besucher:innen ausgerichtet sind (Napravnik, 2024). In Rosario, Argentinien, wirkten 2022 Bottom-up-Initiativen und linke Politik zusammen, um eine ehemals informelle und von Räumung bedrohten Siedlung zu einem Stadtteil auszubauen, der an die städtische Wasserversorgung, Kanalisation, an das Internet und die soziale Infrastruktur (wie Schulen und Parks) angebunden ist (ebd.). Finanziert wird dies aus Mitteln des Bundes, welche aus einer einmaligen Abgabe auf große Vermögen stammen – erhoben durch die Mitte-links-Regierung. Entworfen und geplant wurde das Projekt aber von den Bewohner:innen in Kooperation mit der aus feministischen Bewegungen entstandenen Partei *Ciudad Futura* (ebd.). Die Ciudad Futura erhob dazu individuelle Wohnbedürfnisse mithilfe eines sogenannten Mappings, bei dem die Bewohner:innen informeller Siedlungen selbst die Infrastruktur ihrer Wohngegend auf einer Karte skizzierten. Die Aufzeichnungen dienten dann als Basis wurde dann gemeinsam überlegt, wie sich der Ort weiterentwickeln soll (ebd.).

Wie auch bei der Utopie der solidarischen Gesellschaft nach Winker und Ansätzen gendergerechter Stadtplanung steht also beim Konzept der Sorgenden Stadt die Demokratisierung von Sorgearbeit durch die Teilhabe Aller, den Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, die Umverteilung von Ressourcen und die Förderung von Selbstorganisation, durch verbesserte Bedingungen für Sorgearbeit und Räume für Austausch im Zentrum. In der empirischen Untersuchung werden gemeinschaftliche Wohnprojekte auf ihr Potenzial hin untersucht, einen Beitrag zu solch einer sorgenden Stadt zu leisten.

In ihrem Buch *Commoning Care* zeichnet Zechner Experimente und Erfahrungen von Netzwerken der Fürsorge, der gegenseitigen Hilfe und des kollektiven Lernens auf nachbarschaftlicher und kommunaler Ebene in Barcelona und andere munizipalistischen Städten Spaniens zwischen 2015 und 2020 nach (Zechner, 2021, 17). Sie beleuchtet wie Care-Arbeit als ein Gemeingut (Commons) organisiert werden kann, das gemeinschaftlich geteilt und verwaltet werden kann. Insbesondere beschäftigt Zechner sich mit der Praxis gemeinschaftlicher Kinderbetreuung in Barcelona und deren Verknüpfung zur Bewegung des Munizipalismus. Zechner zeigt, wie solche Praktiken zur Stärkung kollektiver Macht und politischer Teilhabe beitragen (Zechner, 2021). Zechner beruft sich in ihrem Care-Begriff auf Joan Trontos fünf Phasen von Care: *Caring About*, *Taking Care of*, *Care-Giving*, *Care-Receiving* und *Caring-With* – analog Sorge um (im Sinne von Besorgnis, mental load), Sich Kümmern durch Gesten und Aufgaben, kontinuierliche Fürsorge, Empfangen von Sorge und

schließlich die Sorge mit beziehungsweise gemeinsame Fürsorge (Zechner, 2021, 21). In dieser fünften Phase der gemeinsamen Fürsorge sieht Zechner das Potenzial, Entfremdung und Isolierung zu überbrücken (Zechner, 2021, 22). Oben beschriebene Commons und solche wie im gemeinschaftlichen Wohnen haben das Potenzial kollektive Handlungsmacht zu ermöglichen, die Schaffung solcher Commons sei in Gesellschaften, die Individualismus und die Kernfamilie privilegieren jedoch schwer (Zechner, 2021, 206).

3.3.1 Embodied Care als Ethik der Sorgenden Stadt?

Zechner betonte neben Kollektivität auch Verkörperung (*embodiment*): „...as women we care a lot, with bodies and minds“ schreibt sie beispielsweise (Zechner, 2021, 23). Auch Hamington betonte den verkörperten Aspekt des Sorgens und bemängelte, dass dieser nur wenig Beachtung in der wissenschaftlichen Debatte erfährt.

Es erscheint lohnenswert, Hamingtons Überlegungen des verkörperten Sorgens (*embodied care*) mit dem Konzept der Sorgenden Stadt zu verknüpfen. Unter Bezug auf Addams und Merleau-Ponty prägte Maurice Hamington das Konzept des *verkörperten Sorgens* (*embodied care*) und erkennt damit die zentrale Rolle an, die der Körper im Prozess des Sorgens spielt (Hamington, 2004, 2). Sorgearbeit sei nicht nur eine rationale, sondern vor allem eine verkörperte Praxis. Ihr liege verkörpertes Wissen zugrunde, das durch alltägliche Handlungen, durch Interaktionen und Erfahrungen mit der Umwelt entstehe (ebd.). Dieses Wissen kann entwickelt und gepflegt, oder aber vernachlässigt und verloren werden (ebd., 4). Hamingtons Ansatz betont also, dass körperliche Erfahrungen zentral für das Verständnis von Fürsorge sind. Auch die Art und Weise, wie Menschen Räume erleben und sich in ihnen bewegen, ist eng mit ihren körperlichen Bedürfnissen und sozialen Interaktionen verbunden, wie gezeigt wurde. Da Sorgen verkörpert ist, also körperliche Präsenz und direkte Interaktion erfordert, spielt räumliche Nähe eine zentrale Rolle. Räume, die Sorge ins Zentrum rücken, sollten deshalb so gestaltet sein, dass sie diese Nähe und physische Interaktion fördern.

Der öffentliche Raum in Sorgenden Städten sollte so gestaltet sein, dass Fürsorgepraktiken erleichtert. Notwendige Dienstleistungen sollten beispielsweise in der Umgebung von Wohngebieten verfügbar sein und Räume, die kollektive Care-Aktivitäten ermöglichen, geschaffen werden. Gemeinschaftliche Wohnprojekte mit gemeinschaftlich genutzten Räumen wie Gemeinschaftsküchen, Gärten oder Orten der Begegnung bieten die Möglichkeit für ebenjene soziale Interaktionen. Diese Räume könnten zu Orten des verkörperten Sorgens

werden, in denen Fürsorgepraktiken nicht nur möglich, sondern auch gefördert werden. Hamingtons Konzept des "verkörperten Sorgens" kann als Ethik der Sorgenden Stadt begriffen werden.

3.3.2 Ansätze der Sorgenden Stadt in Wien

Wie steht es um Bemühungen für eine Sorgende Stadt in Wien? Zwar findet sich nur selten der Begriff der *Sorgenden Stadt* in Zusammenhang mit Maßnahmen und Initiativen der Stadt Wien. Dennoch können verschiedene sozialpolitische und städtebauliche Maßnahmen Wiens, die auf Teilhabe, Nachbarschaftshilfe und die Unterstützung gemeinschaftlicher Wohnprojekte abzielen, als Teil der Sorgenden Stadt verstanden werden.

Wien fördert beispielsweise Nachbarschaftszentren des Wiener Hilfswerks, die als lokale Treffpunkte für die Bewohner:innen dienen. Diese Zentren bieten eine Vielzahl an sozialen Diensten und weiteren Angeboten, wie Beratung, Lernhilfe, Sportangebote, Sprachkurse, Austausch. Sie zielen darauf ab, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung in der Nachbarschaft zu stärken. Gefördert wird dies vom Fonds Soziales Wien aus Mitteln der Stadt Wien (Wiener Hilfswerk, 2023).

Durch die Initiative der Stadt Wien der „Grätzloase“ werden Wiener:innen zudem ermutigt, ihr Grätzl aktiv mitzugestalten und eigene Ideen für ein lebenswerteres Wohnumfeld umzusetzen. Dabei kann es sich beispielsweise um Begrünung des öffentlichen Raums, das Schaffen von Orten der Begegnung aber auch um nachbarschaftliche Aktionen handeln. Ausgewählte Projekte erhalten neben der Beratung für die Umsetzung eine finanzielle Unterstützung von bis zu 4000 Euro (Stadt Wien, 2021).

Im Rahmen der Initiative „Auf Gesunde Nachbarschaft“ unterstützt Wien das Projekt „Caring Communities“ aus den Mitteln des Fonds Gesundes Österreich (Caring Communities, o.J.). Ein Beispiel für eine Caring Community, eine Sorgende Nachbarschaft, ist der *AchtsameAchter* – eine Initiative des Vereins Sorgenetz. Wie der Name vermuten lässt, handelt es sich bei der Caring Community um den achten Wiener Gemeindebezirk. Ziel ist, ein gutes Leben im Alter und in der Nachbarschaft zu ermöglichen, aktive Beteiligung an Prozessen zu fördern sowie Ideen für ein sorgendes Zusammenleben auszutauschen und umzusetzen. Der Bericht des Projekts verweist auf die Relevanz eines Unterstützungsnetzwerkes von professionellen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, um Sorge nicht vom Staat an pflegende Angehörige, ins Private

und mehrheitlich an Frauen zu delegieren. Neben achtsamen Mitbürger:innen brauche es also auch professionelle Hilfsstrukturen. Entwickelt wurde deshalb auch eine Sorgelandkarte, die beispielsweise Sorgedienstleistungen und Nachbarschaftszentren im Achten Bezirk auflistet. Angebote des Projekts betreffen beispielsweise Generationen-Begegnungen, Bürger:innen-Initiativen, Erzählcafés und ein Leitfaden für hilfreiche Kontakte (AchtsamerAchter, o.J.)

Nicht zuletzt ist Wien international als eine der lebenswertesten und dennoch günstigen Hauptstädte bekannt (Sommer, 2024). Dies liegt unter anderem in der Tatsache begründet, dass Wien auf eine der längsten Traditionen im sozialen Wohnungsbau in Europa zurückblicken kann (Franz & Gruber, 2018, 98). Dieser begann bereits nach dem Ersten Weltkrieg. Im Zeitraum zwischen 1919 bis 1934, im sogenannten Roten Wien, wurde von der sozialdemokratischen Stadtregierung eine umfassende Strategie zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Alle entwickelt. Bis heute wurden so 220.000 Gemeindewohnungen für mehr als 600.000 Bewohnende bereitgestellt. Zusätzlich existieren 200.000 geförderte Wohnungen, die von gemeinnützigen Bauträgern errichtet wurden und von der Stadt Wien Fördermittel erhalten. So wohnen heute 60 Prozent der Wiener:innen in Wohnungen, die mit Wohnbauförderung errichtet oder saniert wurden (Sommer, 2024). Ein Mittel, um die Qualität von sozialem Wohnbau zu sichern, stellen Bauträgerwettbewerbe dar. Dadurch werden beispielsweise gemeinschaftliche Wohnprojekte finanziell unterstützt. Da diese im Rahmen der vorliegenden Forschung auf ihr Potenzial, einen Beitrag zu einer sorgeorientierten Stadt zu leisten hin untersucht werden, widmet sich das folgende Kapitel detailliert den Charakteristika gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Wie die empirische Untersuchung zeigen wird, entstehen gemeinschaftliche Wohnprojekten neben jenen im geförderten Wohnbau teilweise auch aus privaten Bemühungen heraus, beispielsweise inklusive Wohngemeinschaften oder alternativ finanzierte ökosoziale Siedlungen.

4. Gemeinschaftliche Wohnprojekte

Wie gezeigt wurde, gibt es verschiedene Ansätze und unterschiedliche Ebenen gendergerechter Stadtplanung und sorgender Städte. Im Rahmen der vorliegenden Forschung werden gemeinschaftliche Wohnprojekte auf ihr Potenzial hin untersucht, als *ein* Element zu einer gendergerechten, sorgenden Stadt beizutragen. Die Untersuchung von Wohnprojekten ist auch deshalb von Interesse, da sie die strikte Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre aufbrechen.

Hayden setzt sich in ihren Überlegungen zu einer nicht-sexistischen Stadt (1981) konkret damit auseinander, wie gemeinschaftliche Wohnprojekte einer feministischen Stadt aussehen können. Voraussetzung sei laut Hayden eine gleichmäßige Beteiligung von Männern und Frauen an unbezahlter Hausarbeit bei gleichem Ausmaß an Erwerbstätigkeit. Zudem müssen gleichzeitig Beihilfen und andere Politiken, welche das Familienmodell des männlichen Ernährers und der weiblichen Hausfrau sowie das Leben im Einfamilienhaus direkt oder indirekt fördern, abgeschafft werden (Hayden, 2017, 77). Neben der Anzahl der (Klein-)Kinder oder anderen sorgebedürftiger Personen, den verfügbaren zeitlichen und finanziellen Ressourcen, spielen auch die Größe und Beschaffenheit der Wohnung eine entscheidende Rolle darin, wie gut Sorgearbeit geleistet werden kann und ob diese Arbeit erleichtert oder erschwert wird (Winker, 2011, 25). Das Wohnprojekt solle gewisse Gemeinschaftsräume, Infrastrukturen und Dienstleistungen bieten. Hayden zählt dazu Kinderbetreuung, eine Wäscherei, eine Küche, in der beispielsweise das Mittagessen für die Kinderbetreuung zubereitet wird, aber auch für ein gemeinsames Abendessen gekocht werden kann, Angebote wie ‚Essen auf Rädern‘, ein Lebensmittelgeschäft, einen Garten mit einem Anbau von Nutzpflanzen, eine Beratungsstelle für ältere Menschen, Erkrankte, berufstätige Eltern mit kranken Kindern (Hayden, 2017, 78). Stereotype Rollenverteilungen sollen vermieden werden, sowohl im Rahmen der ausgeübten entlohnnten Berufstätigkeit als auch im Haushalt, wo Männer selbstverständlich einen gleichberechtigten Anteil der Aufgaben erledigen sollten (Hayden, 2017, 79).

Doch was wird überhaupt unter einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt verstanden? Wie entsteht es? Welche Akteur:innen sind beteiligt. Welche Eigentumsverhältnisse und Rechtsformen gibt es? Diese Fragen sollen im Folgenden geklärt werden, bevor die Darlegung der empirischen Untersuchung erfolgt.

4.1 Was ist ein Gemeinschaftliches Wohnprojekt?

Was wird in der vorliegenden Forschung unter einem „gemeinschaftlichem Wohnprojekt“ verstanden? Es gibt zahlreiche Formen von gemeinschaftlichem Wohnen und daher ebenso viele unterschiedliche Definitionen. Der Begriff kann sowohl ein Gebäude, das Projekt oder die dahinterstehende Gruppe meinen. Allenfalls ist ein gemeinschaftliches Wohnprojekt eine von gemeinschaftlich wohnenden Personen getragene Organisation (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.).

Die „Initiative Gemeinsam Bauen & Wohnen“ (inigbw) definiert gemeinschaftliche Wohnprojekte weiter als einen Zusammenschluss aus Menschen, die ihren Lebensraum und ihr soziales Umfeld *partizipativ* gestalten und planen und gemeinschaftlich leben (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.). *Partizipation* umfasst mehr als lediglich Mitsprache: Die Mitglieder sind häufig in die Entwicklung, Planung, in den Bauprozess und in die Verwaltung involviert. Der Grad der Partizipation variiert jedoch von Projekt zu Projekt. Ebenfalls charakteristisch für Gemeinschaftswohnprojekte ist die *Selbstorganisation*. Diese betrifft zum Beispiel Entscheidungsprozesse, Aufgabenverteilungen und Verwaltungsstrukturen, die die Gruppe selbst gestaltet.

Nicht wenige Wohnprojekte wählen die *Soziokratie* als Organisationsmöglichkeit von Entscheidungsprozessen. Dabei gliedert sich die Großgruppe in thematische Arbeitsgruppen, welche über Arbeitskreisleiter:innen und Delegierten mit dem Leitungskreis in Verbindung stehen. Damit das selbstorganisierte Zusammenleben funktioniert, werden zudem häufig von den Bewohner:innen gemeinsame Werte definiert, wie gegenseitige Unterstützung, Solidarität, Rücksicht und Respekt, Diversität oder Klimaschutz und Ressourcenschonung (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.).

Wohnprojekte weisen meist eine bestimmte Größe auf, die über traditionelle Familienstrukturen und Wohngemeinschaften hinausgeht. Prägend sind Gemeinschaftsinnen- oder -außenräume wie Werkstätten, Gemeinschaftsgärten oder Kinderspielplätze, die Raum für sozialen Austausch schaffen und auf diese Weise fördern. Gleichzeitig hat jede Person ihr Recht auf Individualität, Privatsphäre und Rückzug. Häufig gibt es formelle oder informelle Sharing-Systeme, beispielsweise das Teilen von Autos, Lastenrädern, Werkzeugen oder Waschmaschinen. Bewohner:innen werden (meist) von der Gemeinschaft gewählt und entscheiden sich bewusst für diese Lebensform.

Nach der inigbw fördern gemeinschaftliche Wohnformen lebendige Nachbarschaften, soziale Einbindung, kindgerechte Lebensräume sowie hohe Lebensqualität für Ältere und generell weniger Vereinsamung und ökologische wie ökonomische Vorteile durch Sharing-Mechanismen und Alltagsunterstützung unter den Bewohnenden (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o. J.).

Die Stadt Marburg in Deutschland betont in ihrer Definition noch stärker die gegenseitige Unterstützung. Nach dieser Definition sind Wohnprojekte auf Gemeinschaft ausgelegte Zusammenschlüsse von Menschen, die freiwillig Bereiche ihres Lebens zeitlich und räumlich miteinander teilen. Charakteristisch sei eine solidarische Ausrichtung, mit dem Ziel, sich im Rahmen der persönlichen Möglichkeiten gegenseitig im Alltag und in besonderen Lebenslagen zu unterstützen und füreinander da zu sein. Auf ihrer Website weist die Stadt Marburg darauf hin, dass Größe, Lage, Eigentumsform, Altersstruktur und Projektidee das Projekt maßgeblich beeinflussen. Senior:innen-Wohngemeinschaften, Alleinerziehende-Wohngemeinschaften, unterstütztes Wohnen und Mehrgenerationenprojekte sind nur einige Beispiele für gemeinschaftliche Wohnkonzepte. Aufgrund des demografischen Wandels und dem damit einhergehenden steigenden Anteil allein lebender, älterer Menschen sowie aufgrund der zu beobachtbaren Veränderung traditioneller Familien- und Sozialstrukturen bestehe ein hoher Bedarf neuer, gemeinschaftlicher Wohnformen (Marburg, 2024).

4.2 Entstehung eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts

Die inigbw gliedert den Prozess bis zum fertigen gemeinschaftlichen Wohnprojekt in vier Phasen: Interessensfindung, Planungsphase, Bauphase und schließlich Wohnphase (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o. J.). Zunächst suchen dabei meist an gemeinschaftlichem Wohnen interessierte Menschen nach Personen mit ähnlichen Wohnvorstellungen und Lebenskonzepten. Diese Kerngruppe erarbeitet in der Folge ihre Vorstellung zur Ausrichtung, Größe, Zielen, Standort und Kostenpunkt des Projekts. Aus der Kerngruppe kann eine Baugruppe oder eine andere Form des Gemeinschaftsprojekts hervorgehen. Als nächster Schritt geht es um die Grundstücksuche bzw. die Sicherung eines Baurechts, die Wahl der Rechtsform, Finanzierungsfragen, gegebenenfalls Kontaktaufnahme mit Bauträgern. Anschließend dreht sich alles um die *Planung* der Einreichung und somit die Planung der gemeinsamen und

individuellen Bereiche, der energetischen Standards, verwendeten Materialien etc., der Erstellung eines Zeitplans, der Aufnahme weiterer Mitglieder, der Wohnungsvergabe inklusive Kauf-/Mietverträge (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o. J.). Es folgt die *Bauphase*.

Allerdings kann man zwischen selbstorganisierten Initiativen der zukünftigen Nutzer:innen, die gemeinsam eine Projektidee und ein Konzept entwickeln (bottom-up), und solchen, bei denen externe Planer:innen das Konzept vorgeben und erst danach nach Interessent:innen suchen (top-down) unterscheiden. So weicht der Ablauf des Entstehungsprozess bei top-down Projekten von dem eben beschriebenen ab. Beziehungsweise gibt es auch solche gemeinschaftlichen Wohnprojekte (wie WGs oder Betreutes Wohnen), in denen der Planungs- und Bauprozess bereits vor Bezug der Bewohner:innen abgeschlossen ist beziehungsweise eine bestehende Struktur (ein Haus oder eine Wohnung) genutzt wird (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o. J.). In der vorliegenden Forschung werden korrespondierend zur Definition der inigbw auch gemeinschaftliche Wohnprojekte als solche verstanden, deren Entstehungsprozess bereits vor Bezug abgeschlossen war. Ein untersuchtes Wohnprojekt ist beispielsweise eine inklusive Wohngemeinschaft und entstand aus einer persönlichen Notlage im bereits bestehenden Haus des eigenen pflegebedürftigen Vaters. Eine detaillierte Übersicht über die untersuchten Wohnprojekte erfolgt in der Darlegung der empirischen Untersuchung unter 5.3 Sampling.

4.3 Beteiligte Akteur:innen im Prozess

Bei der Planung eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts sind häufig viele Akteur:innen, darunter zum Beispiel eine Baugruppe, Architekturbüros, ein Bauträger oder eine Genossenschaft beteiligt. Auch einige dieser Begrifflichkeiten bedürfen kurzer Erklärung. Die Tätigkeiten eines *Bauträgers* betreffen nach der „Initiative Gemeinsam Bauen & Wohnen“ die organisatorische und finanzielle Abwicklung eines Bauprojekts (Neubauten, Sanierungen) (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.). Dabei übernimmt der Bauträger die Gesamtverantwortung. Eine *Baugruppe* ist ein Zusammenschluss von Personen, die gemeinsamen Wohnraum errichten bzw. sanieren und nutzen wollen. Die Baugruppe kann entweder in einer geeigneten Rechtsform selbst als Bauträger auftreten oder die Bauträgerschaft an einen professionellen Bauträger übertragen (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.).

Ein wesentlicher Aspekt der Bauträgertätigkeit ist, dass der Bauträger dem Käufer oder der Käuferin das Eigentum oder die Nutzungsrechte sowohl am Grundstück als auch am darauf errichteten Gebäude überträgt. Zudem kann der Bauträger auf eigenen Grundstücken auch als Bauherr auftreten. Häufig übernehmen Bauträger auch nach Bezug die Aufgaben der Hausverwaltung. Manche Bauträger agieren als *Genossenschaften* oder *gemeinnützige Bauvereinigungen* und errichten *staatlich geförderte Wohnungen* bzw. Genossenschaftswohnungen (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.). Neben Grundstücken, die am freien Markt verfügbar sind, besitzt die Stadt Wien Grundstücke, die über Bauträgerwettbewerbe und den Wohnfonds Wien an Bauträger vergeben werden. In einigen Stadtgebieten werden teilweise Grundstücke speziell für Gemeinschaftswohnprojekte beziehungsweise Baugruppen reserviert. Vergeben wird ein Grundstück in diesem Fall meist zwischen sich bewerbenden Baugruppen in einem Konzeptwettbewerb. Eine Jury vergibt den Zuschlag basierend auf dem eingereichten Konzept (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.).

4.4 Mögliche Rechtsformen und Eigentumsverhältnisse

Rechtsformen gemeinschaftlicher Wohnprojekte und Eigentumsverhältnisse können sich je nach Projekt unterscheiden. Einige Projekte organisieren sich als Vereine, oft auch unter dem Dach einer gemeinnützigen Bauvereinigung. Ein *Verein* ist ein freiwilliger Zusammenschluss, der nicht an Gewinn orientiert ist. In Vereinsstatuten werden Ziele, Rechte und Pflichten innerhalb der Gruppe verbindlich definiert. Als juristische Person kann der Verein Vereinbarungen mit Bauträger:in, Planer:innen etc. eingehen. Mitglieder des Vereins haben Nutzungsrechte an den Wohnungen (Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen, o.J.). Zudem gibt es beispielsweise *Wohnungs- oder Miteigentümergeinschaften*, *Genossenschaften* und *GmbHs* (ebd.). Eine *Genossenschaft* ist ein Zusammenschluss juristischer oder natürlicher Personen. Als Genossenschaft schließt ein Bauträger *Mietverträge* mit den Bewohner:innen ab. Alle Bewohner:innen sind gleichzeitig Genossenschaftsmitglieder und zahlen einen sogenannten Genossenschaftsanteil bzw. Eigenmittelanteil zusätzlich zu ihrer Miete (ebd.). Häufig besteht nach einigen Jahren auch eine Kaufoption (*Mietkauf*). Eine GmbH ist eine juristische Person und Unternehmerin und kann auch von einer einzelnen Person gegründet werden. Gemeinnützige GmbHs bieten ebenfalls *Mietwohnungen* an. In Wohnungseigentümergeinschaften kaufen Bewohner:innen ihre Wohnungen (ebd.).

5. Empirische Untersuchung

Nachdem die theoretischen Grundlagen dargelegt worden sind, ein Einblick in die androzentrische Stadtplanung gegeben sowie mögliche Alternativen aufgezeigt worden sind, folgt nun die empirische Untersuchung. Dafür wird zunächst die Forschungsfrage präzisiert. Im Anschluss wird die methodologische Positionierung und die Wahl der Erhebungs- und Auswertungsverfahren dargelegt, bevor das Sample der Wohnprojekte und Interviewpartner:innen vorgestellt wird.

5.1 Forschungsfragen

Basierend auf den bereits dargestellten theoretischen Ansätzen wird im Rahmen der Masterarbeit eine empirische Untersuchung zum Beitrag gemeinschaftlicher Wohnprojekte zu einer gendergerechten, sorgezentrierten Stadt durchgeführt. In Anlehnung an Lefebvres „Recht auf Stadt“ werden gemeinschaftlichen Wohnprojekte auf Aspekte wie Zugänglichkeit für verschiedene, auch qua Gender, Alter, Einkommensniveau, Race etc. diskriminierte Menschengruppen, Nutzung (und kollektive Produktion) von Räumen, Teilhabe an Entscheidungsprozessen sowie bezahlbaren Wohnraum untersucht. Lefebvres Konzept wird jedoch weitergedacht und um eine intersektionale Perspektive und um Alltagserfahrungen, insbesondere jene, die Sorge beinhalten, erweitert. Wie im Theorieteil demonstriert wurde, wird es durch feministische Wissenschaftler:innen für seine reduktionistische Auffassung von Stadt als öffentliches Terrain kritisiert. Gemeinschaftliche Wohnprojekte bilden eine Art Schnittstelle zwischen öffentlichem Terrain und privater Sphäre bzw. bieten diese eine Möglichkeit, diese Trennung aufzuheben.

Die forschungsleitende Frage „Welchen Beitrag leisten gemeinschaftliche Wohnprojekte zu einer gendergerechten und sorgezentrierten Stadt? Welche Strategien und Infrastrukturen bieten sie in Hinblick auf die Bewältigung und Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit?“ soll durch Unterfragen präzisiert werden.

FF1: Wie wird in gemeinschaftlichen Wohnprojekten die Teilhabe Aller in der Gestaltung des gemeinsamen Umfelds gesichert?

FF2: Welche Bedürfnisse haben sorgetragende Personen an ihr Wohnumfeld?

Die forschungsleitende Frage wurde mehrmals während des Forschungsprozesses angepasst und neu formuliert. Der Begriff ‚Wohnprojekt‘, der zuvor alleine stand wurde beispielsweise durch den Zusatz ‚gemeinschaftlich‘ spezifiziert. Die ursprüngliche Spezifizierung ‚Wien‘ fällt einerseits weg, da sich zusätzlich zwei relevante Interviews – eines davon in Linz und eines in der Umgebung von Wien ergaben. Zudem sind – so die Vermutung – die gewonnenen Erkenntnisse trotz der Verortung der Wohnprojekte in Österreich ebenso aufschlussreich für und anwendbar auf andere örtliche Kontexte. Bezüglich der zweiten Unterfrage nach den Bedürfnissen sorgetragender Menschen an ihr Wohnumfeld soll angemerkt werden, dass diese natürlich nicht verallgemeinert werden können und in einer sorgenden Nachbarschaft Community oder Gesellschaft Bedürfnisse immer wieder erneut und unter Einbezug Aller und unter Berücksichtigung verschiedener Intersektionen von Diskriminierung erhoben werden und das Zusammenleben ausgehandelt werden müssen.

5.2 Methodologie

Da ein besonderes Augenmerk den alltäglichen Erfahrungen und individuellen Perspektiven der Bewohner:innen und (Mit-)Planer:innen von gemeinschaftlichen Wohnprojekten galt, wählte die Forscherin für die Beantwortung der Forschungsfrage einen *qualitativen* Zugang (Baur & Blasius, 2014, 45). D. Ziel war es, durch die in der Forschungspraxis dominierende Forschungsmethode der *Befragung* neue Gesichtspunkte offenzulegen (ebd.). Anders als bei quantitativen Verfahren können bei dieser Methode bei Bedarf direkt Rückfragen gestellt werden.

Der Forschungsprozess gestaltete sich zirkulär, das heißt Phasen der (Re-)Formulierung der Forschungsfrage, die Datenauswahl, Datenerhebung und Datenanalyse waren miteinander verwoben oder wechselten sich iterativ mit Phasen der theoretischen Reflexion ab (vgl. Baur & Blasius, 2014, 47). Auch dies bildet eine Besonderheit qualitativer gegenüber quantitativer Verfahren (Przyborski and Wohlrab-Sahr, 2014a, 118).

5.3 Erhebungsmethode: Leitfadengestützte Interviews

Die Befragung wurde mittels leitfadengestützter Interviews durchgeführt (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014). Das (Erhebungs-)Instrument bildet somit der Leitfaden, welcher den Ablauf des Interviews gestaltet und systematisiert (Helfferich, 2014, 559). Nach Helfferich ist die Gestaltung der Interviewsituation und somit der Datenerhebung ausschlaggebend für die Brauchbarkeit und Güte der erhobenen Daten (ebd.). Insbesondere muss reflektiert werden, wie stark der Interviewablauf vorstrukturiert wird, inwieweit das Interview durch die Forscherin in eine bestimmte Richtung gelenkt und somit der Redefluss der interviewten Person gesteuert wird (ebd.). Leitfaden enthalten meist (Erzähl-)Aufforderungen sowie explizit vorformulierte Fragen (ebd., 560). Maximale Offenheit, welche alle möglichen Äußerungen zulässt, wird aus Gründen des Forschungsinteresses eingeschränkt. Daher gilt für die Erstellung des Leitfadens das Prinzip ‚So offen wie möglich, so strukturierend wie nötig‘ (ebd.).

So wurde ein teil-strukturierter und teil-narrativer offener Leitfaden nach dem Frage-Antwort-Prinzip erstellt, welcher aus dem Forschungsinteresse und der theoretischen Untermauerung generiert wurde. Für die Erstellung der Leitfäden wurde die SPSS-Methode nach Helfferich verfolgt: *Sammeln* von Fragen, *Prüfen* der Fragen, *Sortieren* der Fragen, *Subsumieren* der Fragen (Helfferich, 2014, 567). Der Leitfaden umfasst insgesamt 19 ausformulierte Fragen inklusive Unterfragen. Die Unterfragen (aktivierende Stimuli) wurden für den Fall ausgearbeitet, dass Verständnisprobleme aufgrund der Offenheit entstanden oder dass die Bedeutung bestimmter Details spezifischer ausgeleuchtet werden mussten (ebd., 565). Diese Mischform aus einer anfänglich offenen und bei Bedarf detaillierteren Fragestellungen ermöglichte es, dass das Eingreifen und das Hinlenken auf Relevantes nur bedingt stattfand und für die Forschung relevante (und darüber hinausreichende) Aspekte frei im Erzählfluss aufgekommen sind (ebd., 566, Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, 128). Dadurch entstand auch die Möglichkeit zur Annäherung an eine natürliche Alltagskommunikation (Przyborski and Wohlrab-Sahr, 2014, 128 ff.). Der Leitfaden findet sich im Anhang II.

Im Anschluss an die Vorstellung durch die Forscherin und die Klärung der Rahmenbedingungen gliedert sich der Leitfaden in sechs Themenkomplexe. Zu Beginn werden Hintergrundinformationen zur interviewten Person abgefragt. Der zweite Fragenabschnitt beschäftigt sich mit Aspekten der Inklusion des Wohnprojekts, insbesondere der Zusammensetzung der Bewohner:innen und der Einschätzung der Leistbarkeit. Der dritte Abschnitt untersucht die Beteiligung an der Planung des Wohnprojekts und der Gestaltung des

täglichen Zusammenlebens. Der vierte Themenkomplex widmet sich den Sorgeverpflichtungen der Interviewpartner:innen. Die Frage nach der Rolle, welche Wohnprojekte bei der Bewältigung der Sorgearbeit spielen können, wird im darauffolgenden Themen-Abschnitt behandelt. Der letzte Block fragt nach der Einschätzung der Bewohner:innen nach dem Potenzial gemeinschaftlicher Wohnprojekte für eine gendergerechte Verteilung von Sorgearbeit, nach Grenzen des füreinander Sorgetragens in den Projekten und nach offenen Wünschen an ihr Wohnumfeld.

Um zu überprüfen, ob sich das Leitfadeninterview auch in der Praxis umsetzen lässt, wurde ein Pretest durchgeführt. Dafür wählte die Forscherin eine Arbeitskollegin, welche in einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt wohnt. Im Pretest stellte die Forscherin bereits fest, dass der Leitfaden zwar einen guten Rahmen bildet und eine Struktur für die Befragung vorgibt, ein Gespräch jedoch nicht vollumfänglich planbar ist, sodass teilweise vom Leitfaden abgewichen werden muss. Insgesamt verlief der Pretest jedoch günstig, auch das Feedback der interviewten Person war positiv, sodass nur leichte Änderungen am Leitfaden vorgenommen wurden. Der Leitfaden wurde für das Interview mit dem Architekten und Bewohner RH und dem Initiator AH abgewandelt, da sich dieses Interview verstärkt der Planung und weniger der persönlichen Sorgeverantwortung widmete.

5.4 Zugang zum Forschungsfeld

Die Forscherin erschloss sich über drei Wege Zugang zum Forschungsfeld. Zunächst kontaktierte sie relevante Wohnprojekte über die auf den jeweiligen Websites angegebenen E-Mail-Adressen. Die E-Mail-Vorlage für eine Interviewanfrage befindet sich im Anhang. Dadurch entstand allerdings überwiegend Kontakt zu Personen in Entscheidungspositionen, also beispielsweise Personen aus dem Vorstand eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts oder den Architekt:innen des Projekts. Da die Alltagserfahrungen der Bewohner:innen im Wohnprojekt vordergründig für das Forschungsinteresse waren, trat die Forscherin in einem zweiten Schritt Facebook-Gruppen verschiedener Wohnprojekte bei und postete einen Aufruf zu einem Interview. Dieser Flyer ist ebenfalls im Anhang abgebildet. Hier wurde neben dem Begriff Frauen auch der Begriff FLINTA* verwendet, damit sich explizit auch Personen angesprochen fühlen, die nicht *cis*-geschlechtlich sind.

Der dritte Zugang zum Forschungsfeld erfolgte durch persönliche Bekanntschaften. Dies betrifft jedoch lediglich zwei Kontakte, welche durch den Kontext der ehemaligen sowie aktuellen Erwerbstätigkeit der Forscherin hergestellt wurden. Davon kannte die Forscherin allerdings nur eine Person bereits persönlich. Das Sample wird im folgenden Unterkapitel dargelegt.

5.5 Sampling

Während quantitative Verfahren anstreben, ein kleines Abbild der Grundgesamtheit zu erzielen, erforschen qualitative Verfahren gerade die Vielfalt an Konstellationen und untersuchen Mechanismen eines Forschungsfelds auf ihre Bedingungen und Wirkungen (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, 127). Dennoch sollte sich die Auswahl der Untersuchungseinheiten qualitativer Studien von der potenziellen Relevanz für eine spätere Verallgemeinerung und Theoriebildung leiten lassen. Dies gilt auch für kleinere Studien, wie die vorliegende, in der eine Sättigung sowie die Möglichkeiten der Generalisierung begrenzt sind (ebd., 126). Im Gegensatz zu standardisierten Verfahren, welche sich am Ideal der Zufallsstichprobe orientieren (Baur & Blasius, 2014, 49) wurde das Sample der vorliegenden Studie bewusst gewählt. Um unterschiedliche Mechanismen in der Bewältigung von Sorgearbeit in verschiedenen Kontexten zu erforschen, orientiert sich das Sample an Kontrasten – sowohl in Bezug auf die Wahl untersuchter gemeinschaftlicher Wohnprojekte als auch die befragten Personen (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, 127). Dieses Vorgehen entspricht auch einem intersektional feministischen Forschungsansatzes. So wurden beispielsweise nicht lediglich finanziell gut gestellte, *weiße* Frauen in heterosexueller Paarbeziehung mit Kindern befragt. Ziel war es, auch Stimmen mehrfach diskriminierter oder marginalisierter Personen zu Wort kommen zu lassen.

Das Sample besteht aus zehn Personen aus sieben verschiedenen Wohnprojekten, welche sich hinsichtlich ihrer Zielsetzung und Ausrichtung unterscheiden. Im Folgenden werden zunächst die einzelnen Wohnprojekte kurz vorgestellt, ehe diesen kurze Personenbeschreibungen der dort wohnenden Interviewpartner:innen zugeordnet werden. Insbesondere werden die *hard facts* der Wohnprojekte skizziert, also beispielsweise die Organisationsform (Begrifflichkeiten hierzu wurden bereits dargelegt), die Dimension, das Bezugsdatum, die Ausrichtung und Zielgruppe des Wohnprojekts, um der Leserin einen Überblick zu verschaffen. Es wird an

dieser Stelle noch nicht detailliert auf Infrastrukturen und Angebote eingegangen, da diese lediglich über das subjektive Empfinden und Bewerten durch die Bewohner:innen im Auswertungsteil Eingang in die Arbeit finden sollen.

Attemsgasse 23

Die Wohnhausanlage *Attemsgasse 23* verfügt über 166 Mietwohnungen und einige Gemeinschaftsräume und -Angebote. Sie befindet sich im 22. Bezirk und ist seit Jänner 2016 bezugsfertig (Waldmühle Rodaun, 2024). Bauträger ist die Waldmühle Rodaun. Es gibt vier Eigentümer – darunter *Familienwohnbau* und die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA). Der Bau der Anlage wurde durch ein Darlehen der Stadt Wien gefördert (vgl. Interview 4). Die Attemsgasse 23 befindet sich in Kagan, einem Stadtteil des 22. Wiener Gemeindebezirks, der 2011 zu einem Zielgebiet der Stadtentwicklung erklärt wurde. So wächst seitdem das Angebot an öffentlichen Räumen, Grünflächen, (geförderten) Wohnbau, Infrastruktur, Bildungseinrichtungen, sowie Sport- und Kulturangeboten in Kagan (Stadt Wien, 2024). Ein Teil der Wohnungen wird über das Wohnservice Wien vergeben. So handelt es sich nicht um eine klassisch geförderte Genossenschaftswohnung, dennoch ermöglichte das Darlehen der Stadt Wien eine geringere Miete (vgl. Interview 4). Neben der vergleichsweise geringen Miete war jedoch anfangs ein Eigenmittelanteil zu entrichten, mehr dazu in der Auswertung zu Leistbarkeit.

Die Auenweide

Das ökosoziale Baugruppenprojekt *Die Auenweide* befindet sich nordwestlich von Wien in St. Andrä-Wördern und wurde im April 2022 bezogen. Sie bietet 25 Wohneinheiten in acht Mehrfamilienhäusern sowie zwei Gemeinschaftsgebäude und wurde von den Bewohner:innen mit dem Architekturbüro *einzueins* gemeinsam geplant (einzueins, 2024). Die Auenweide ist soziokratisch organisiert und folgt damit einem Konsentprinzip. Sie steht für gemeinschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen unter Rücksichtnahme auf die Umwelt (Die Auenweide, 2024). Die Vision der Bewohner:innen ist es, nachhaltige Lebensstile zu erproben – beispielsweise durch die ökologische Bauweise und durch das Nutzen nachhaltiger Energien. Dabei strebt Die Auenweide an, leistbares Wohnen zu schaffen und ist mittels eines Vermögenspools gemeinschaftlich finanziert (einzueins, 2024). Eigentümer ist der Verein, ihm gehören die Wohnungen, die von den Bewohner:innen gemietet werden.

Die HausWirtschaft

Die HausWirtschaft ist seit Herbst 2023 bezogen. Sie ist als Genossenschaft organisiert und wurde teilweise von ihren Mitgliedern gemeinsam mit dem Architekturbüro *einszueins* und dem Bauträger Erste Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (EGW) entwickelt und geplant. Die HausWirtschaft befindet sich im Nordbahnhofviertel, im zweiten Bezirk von Wien. Sie verfügt über ein Atriumhaus mit sieben Geschossen und bietet 48 Mietwohneinheiten (unbefristet, ohne Kaufoption) verschiedener Größe für rund 200 Menschen und vermietet zudem kleinteiligen Arbeitsflächen im sogenannten *ArbeitsZimmer* für Selbstständige und Kleinunternehmer:innen. Die HausWirtschaft möchte die Trennung von Arbeiten und Wohnen aufheben und versteht sich zudem als ein Pilotprojekt für eine nutzungsgemischte Stadt. Sie ist soziokratisch organisiert (Die HausWirtschaft, 2024).

Inklusive Wohngemeinschaft

Die inklusive Wohngemeinschaft befindet sich im Stadtgebiet von Linz und wurde von einer jungen Frau gegründet, die zu ihrem an Multipler Sklerose erkrankten und demenziell veränderten Vater gezogen ist, um ihn zu pflegen. 2019 zog die erste Mitbewohnerin in das bereits bestehende Haus ein und seit 2020 handelt es sich offiziell um eine inklusive WG. Im Haus leben meist zwischen drei bis höchstens sieben Personen. Die Mitbewohnenden zahlen weniger Miete als für das Angebot, die Lage und Größe des Hauses und der Zimmer üblich, sind dafür aber auch in Pflegetätigkeiten eingebunden (vgl. Interview).

JUNO Wohnprojekt: Käthes Grätzl

JUNO ist ein Zentrum für Getrennt- und Alleinerziehende und bietet neben Beratungen, Workshops und Vernetzungsmöglichkeiten auch JUNO-Wohnungen im geförderten Wohnbau an (JUNO, o.J.). Juni fungiert dabei als Verein, der mit gemeinnützigen Bauträgern zusammenarbeitet. Voraussetzungen für zukünftige Mitglieder sind folgende: Sie müssen alleinerziehend und mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt wohnend sein und Wohnmitglied werden. Letzteres beinhaltet auch einen jährlichen Beitrag. Dieser beläuft sich auf 60 bis 240 Euro pro Jahr, also mindestens 5 Euro pro Monat. Dabei kann jede Person allerdings selbst entscheiden, wie viel sie zahlen kann. Das JUNO-Projekt *Käthes Grätzl*, welches Bestandteil der Untersuchung bildete, befindet sich im 14. Bezirk Wiens und ist seit dem

zweiten Quartal 2022 bezugsfertig. Im Wohnbau entstanden circa 160 Mietwohnungen, von denen 15 an JUNO-Alleinerziehende vergeben wurden. Bauträger stellte die MIGRA Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft dar an (ebd.).

Que[e]rbau Seestadt

Que[e]rbau Seestadt bietet geförderte Mietwohnungen mit Kaufoption im 22. Bezirk von Wien an queere, aber auch nicht queere, queer-freundliche Personen und ist seit Juni 2017 bezugsfertig (Que[e]rbau, o.J.). Alle Bewohner:innen sind Mitglied des Vereins „Que[e]rbau Seestadt“. „Que[e]r steht für die Offenheit gegenüber que[e]ren Lebensentwürfen: lesbisch, schwul, bi, trans, inter*...“ (Que[e]rbau, o.J.). Das eingeklammerte *e* transformiere queer auf das deutsche quer, womit das queren der Diskurse zu Wohnen und Bauen gemeint sei. Geplant wurde das Projekt vom Projektentwickler, Planer und Architekt Roland Hampl gemeinsam mit dem Architekten Clemens Kirsch und dem Bauträger *WBV-GPA* (vgl. Interview). Zudem konnten die Bewohner:innen ihre Wohnung in Absprache mit Herrn Hampl mitgestalten (Que[e]rbau, o.J.). Que[e]rbau stehe für nachbarschaftliches Wohnen aller Generationen, Singles, Partner:innen und unterschiedlicher Familienformen und Wohngemeinschaften (ebd.). Nicht zuletzt bietet Que[e]rbau in der Seestadt Wohnraum für queere Asylsuchende. Im September 2022 konnte ein weiteres Projekt, Que[e]rbau Wildgarten bezogen werden und im Herbst 2024 soll das dritte Projekt, das Biberland, fertiggestellt werden (ebd.).

[ro*sa] KalYpso

KalYpso ist ein selbstorganisiertes Baugruppenprojekt für Frauen des Vereins *Frauenwohnprojekt [ro*sa]*, der 2007 gegründet wurde ([ro*sa] KalYpso, 2024). Die Idee zu einem Frauenwohnprojekt entstand bereits 2003 durch Sabine Pollak. Ziel des Projekts war es, finanziell leistbares Wohnen für Frauen zu schaffen (ebd.). Das Projekt richtet sich ausdrücklich auch an Frauen mit Migrationserfahrung. Verträge werden nur mit Frauen geschlossen, mit wem sie einzieht, bleibt jedoch ihr überlassen (ebd.). Für jedes der (inzwischen vier) ro*sa Projekte wird ein Verein gegründet, welcher sich um eine Ausschreibung im geförderten Wohnbau bewirbt. (ebd.). Im Kalypso gibt es 43 Wohnungen mit Eigentumsoption. Knapp zwei Drittel davon sind Vereinswohnungen, ein Drittel der Wohnungen wird allerdings direkt von der Stadt Wien vergeben. Bei Gemeinschaftsentscheidungen hat jede Wohnung eine

Stimme. Gemeinsame Projekte werden meist über den Verein finanziert, weshalb jede Mitfrau einen monatlichen selbst gewählten Beitrag einzahlt.

So befinden sich fünf Wohnprojekte im Stadtgebiet von Wien, eines in der Nähe von Wien und eines im Stadtgebiet von Linz. Abbildung 1 zeigt alle Wohnprojekte des Samples. Abbildung 2 wirft einen näheren Blick auf die Wohnprojekte in Wien und Umgebung.

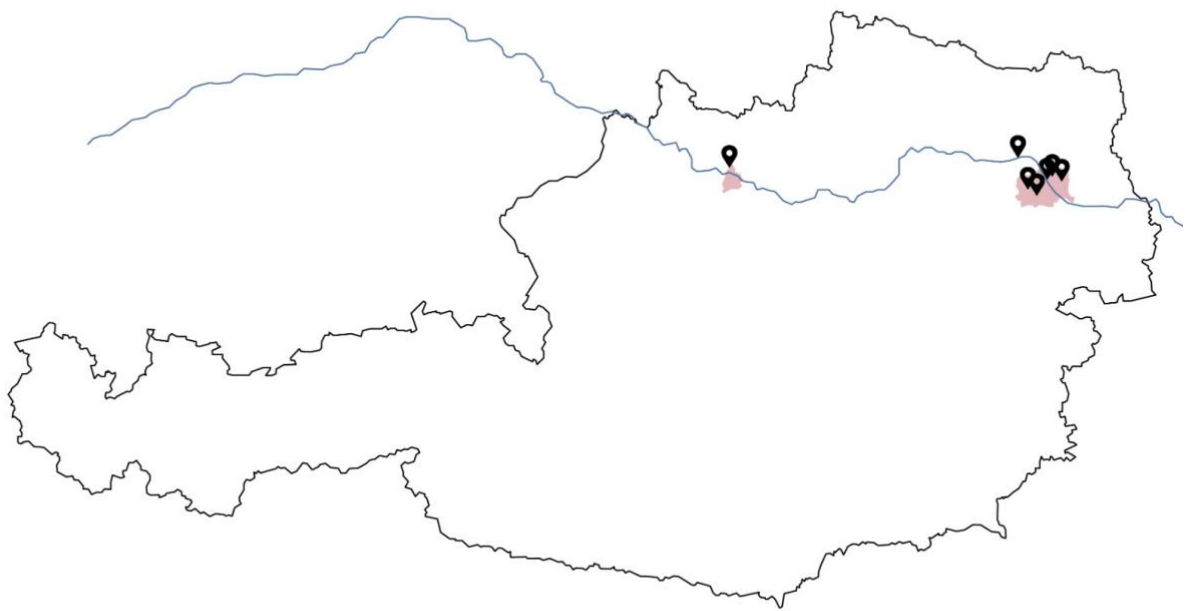


Abbildung 1: Wohnprojekte des Samples, eigene Darstellung



Abbildung 2: Wohnprojekte des Samples in Wien und Umgebung, eigene Darstellung

Nun wird das Sample der befragten Personen darlegt. Um eine leichtere Zuordnung und Verständlichkeit während der Lektüre des Auswertungsteils zu gewährleisten, werden in Abbildung 3 die kurzen Personenbeschreibungen direkt den entsprechenden Wohnprojekten zugeordnet.

Attemsgasse 23

TP, 40 J., weiblich, Österreicherin, erwerbstätige alleinerziehende Mutter von zwei (PoC) Kindern, Bewohnerin

Auenweide

NM, 40 J., weiblich, Österreicherin, in Partnerschaft und Patchworkfamilie lebend, ein Sohn, zwei Stieftöchter, Bewohnerin und Obfrau

HausWirtschaft

SS, 65 J., weiblich, Österreicherin, alleinlebend, eine Tochter in Wien, Bewohnerin und Obfrau

HausWirtschaft
AR, 61 J., weiblich, in Partnerinnenschaft, von Partnerin getrennt lebend, Bewohnerin
Inklusive Wohngemeinschaft
SJB, 26 J., weiblich, Studentin, in Partnerschaft, SJB wohnt mit ihrem zu pflegenden Vater und Mitbewohner:innen in dem Haus ihres Vaters, Partner aufgrund von kubanischer Staatsbürgerschaft nur je drei Monate am Stück in WG wohnend
JUNO-Projekt „Käthes Grätzl“
MK, 29 J., weiblich, (PoC), Studentin und Alleinerziehende
Que[e]rbau (Seestadt)
AK, 51, queerer Mann, Initiator des Wohnprojekts und Prozessmanager, Mediator
Que[e]rbau (Seestadt)
RH, 55, queerer Mann, Architekt
Que[e]rbau (Seestadt)
PK, 37 J., nicht-binär trans maskulin (Selbstbezeichnung), Österreicher, in Partnerschaft und mit Kind lebend, Pflegeberuf in Karenz
[ro*sa] KalYpso
ISF, 71 J., weiblich, Österreich-Ägypterin, alleinlebend in Pension, Bewohnerin und ehemalige Obfrau

Abbildung 3: Sample der Interviewpartner:innen und Wohnprojekte, eigene Darstellung

Es kann resümiert werden, dass ein diverses und kontrastreiches Sample, sowohl in Bezug auf die Wohnprojekte als auch die Befragten gelungen ist und verschiedene Stimmen miteinbezogen wurden. Die jüngste Interviewpartnerin war zum Zeitpunkt des Interviews 26 Jahre alt, die älteste 71 (siehe Abbildung 4). Befragt wurden sowohl Singles, Alleinerziehende, Menschen in einer Beziehung mit und ohne Kind(er) sowie zwei Personen mit Patchwork-Konstellationen. Darunter war eine Person eine PoC, eine Person hat PoC-Kinder. Dementsprechend vielfältig gestaltet sich das Sample auch in Bezug auf Sorge-Situationen und

reicht von alleinerziehenden Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern, über Senior:innen, die aufeinander Acht geben, einer jungen Frau, die ihren Vater pflegt bis hin zu einem FLINTA*-Vater in Karenz. Interviewt wurden zwei Männer, sieben Frauen, sowie eine Person, die sich als *nicht-binär transmaskulin* beschrieb. 60 Prozent der Personen berichteten von aktuellen oder vergangenen heterosexuellen Beziehungen, 40 Prozent der befragten Personen identifizierte sich als nicht-heterosexuell, sondern queer, schwul oder lesbisch. Die meisten Befragten waren lediglich Bewohnende, zwei hatten gleichzeitig die Rolle als Obfrau, einer als Initiator und einer als Architekt eines Wohnprojekts inne. Die Forscherin entschied, auch Interviews mit Personen in Entscheidungspositionen nicht als Expert:inneninterviews zu kennzeichnen, da es sich vor allem um ihre alltäglichen Lebenserfahrungen als Bewohner:in und subjektiven Bewertungen des Wohnprojekts drehte. Während bei Leitfadeninterviews die persönliche Perspektive und Erfahrung der Interviewpartner:innen mit dem Untersuchungsgegenstand von Interesse sind, wird von Expert:innen ein neutraler Blick auf diesen erwartet (Baur & Blasius, 2014, 53).

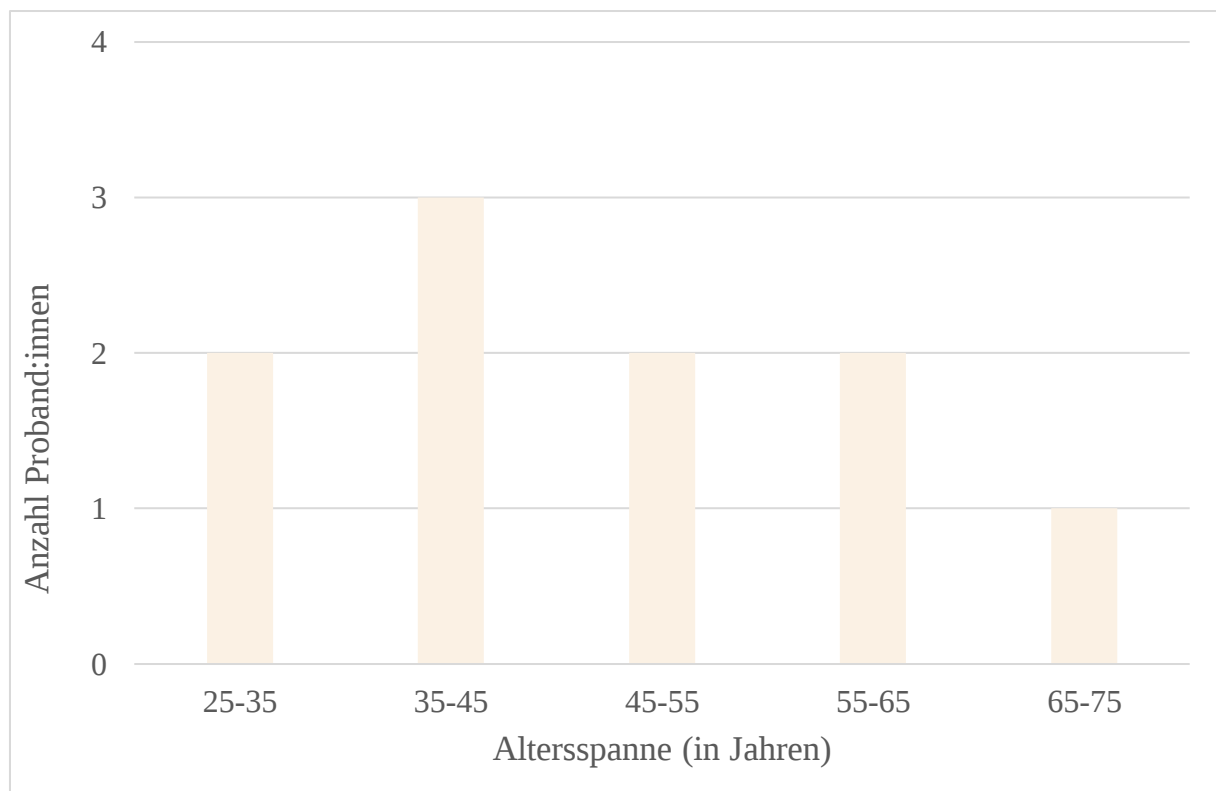


Abbildung 4: Darstellung der Altersgruppen der Befragten, eigene Darstellung

5.6 Durchführung der Interviews

Die Befragungen fanden zwischen Ende Februar und Mitte April 2024 statt – hauptsächlich persönlich und vor Ort, sodass die Forscherin sich auch ein eigenes Bild vom Wohnprojekt machen konnte. In den anderen Fällen fand das Interview per Zoom statt. Lediglich ein Interview bildete eine Ausnahme und wurde auf Wunsch der interviewten Person (MK, JUNO) schriftlich durchgeführt, da sie als Alleinerziehende zeitlich sehr eingeschränkt ist.

Nachdem die Forscherin sich und ihre Forschung vorgestellt hatte, legte sie die Rahmenbedingungen dar. Dabei erschien es wichtig, das angemessene Maß an Informationen zu finden, welche bekannt gegeben werden. Einerseits sollte das Gespräch nicht von vornherein zu sehr in eine Richtung gelenkt werden, andererseits müssen aber Forschungszweck und Erkenntnisinteresse insofern dargelegt werden, als dass Personen über ihre Teilnahme am Interview überlegt entscheiden können (Friedrichs, 2014, 81). So wurde das Forschungsinteresse nur grob umrissen, ohne bereits Vorannahmen der Forscherin mitzuteilen. Um das Thema möglichst verständlich und zugänglich zu machen, wurde nicht von *Care-Arbeit*, sondern von *Haushalts- und Fürsorgearbeit* oder *Sorgearbeit* und lediglich von *Frauen*, nicht *FLINTA*-Personen* gesprochen – mit Ausnahme jener Fälle, in denen Befragte diese Begrifflichkeit selbst in ihrem Sprachgebrauch verwendeten. Zudem blieben diese Begriffe undefiniert, um den interviewten Personen Raum für deren freie Auslegung zu überlassen. Die erwartete Dauer von 45 bis 60 Minuten wurde offengelegt, und der Grad der gewünschten Anonymisierung erfragt (ebd.). Die Interviewpartner:innen boten bereits vor dem oder zu Beginn des Interview das *Du* an, weshalb auf Siezen verzichtet wurde.

5.7 Auswertungsmethode: Qualitative Inhaltsanalyse

Die Gespräche wurden mit Zustimmung der interviewten Personen mindestens als Audio-, teilweise auch als Videoaufzeichnung festgehalten und ihre Verschriftlichung ausgewertet (Kuckartz & Rädiker, 2019, 448). Transkribiert wurde nach den Regeln von Kuckartz; Dialekte wurden nicht mittranskribiert, sondern ins Hochdeutsche übersetzt, Sprache und Interpunktion an das Schriftdeutsche angenähert. Längere Pausen und nicht zu Ende ausgeführte Sätze wurden durch in Klammern gesetzte Auslassungspunkte (...) markiert. Bei der Transkription wurden nonverbale und parasprachliche Merkmale, wie Seufzen und Atmen nicht erfasst. Auch

auf das Transkribieren von Füllwörtern wie *ähm* und *äh* wurde verzichtet. Lachen wurde in Klammern und Störungen wurden unter Angabe der Ursache in Klammern notiert. Unverständliche Wörter wurden als (*unv.*) notiert (Kuckartz & Rädiker, 2019, 449). Keine der befragten Interviewpartner:innen wünschten sich ausdrücklich eine strenge Anonymisierung. Nichtsdestotrotz werden lediglich die Namenskürzel angegeben.

Die Auswertung der Interviews fand mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Rädiker und Kuckartz (2019) bzw. der „qualitativ orientierten, kategoriengeleiteten Inhaltsanalyse“ nach Mayring (Mayring & Fenzl, 2019) statt. Für die Analyse der Daten wurde das computergestützte Programm MAXQDA verwendet. Dennoch wurde vor Hinzuziehen des computergestützten Programms in einem ersten Schritt das Textmaterial sorgfältig gelesen. Analyse mittels QDA-Software zeichnet sich durch eine weitgehend kodifizierte Vorgehensweise und somit durch einen systematischen Umgang mit Texten aus, bei der es sich nicht lediglich um die selektive Plausibilisierung eigener Hypothesen durch entsprechend ausgesuchte Zitate handelt (Rädiker & Kuckartz, 2019, 14). Inhaltlich relevant erscheinende Teile des Textes werden dabei aussagekräftigen Kategorien (Codes) zugeordnet, wobei das Datenmaterial systematisch durchgearbeitet wird (Rädiker & Kuckartz, 2019, 57).

Die Bildung von Kategorien kann induktiv, aus dem Material heraus, oder deduktiv, auf der Grundlage eines theoretischen Ansatzes erfolgen (Rädiker & Kuckartz, 2019, 201). Rädiker und Kuckartz zeigen jedoch, dass diese Vorgehensweisen gar nicht so grundverschieden sind, wie häufig angenommen, sondern im Gegenteil häufig verbunden sind und kombiniert werden können: Wo Vorwissen über den Gegenstand der Analyse nicht ausreicht, kann eine induktive Vorgehensweise sinnvoll sein. Existiert jedoch schon ein umfangreiches gesichertes Wissen, so kann man sich darauf beziehen. Induktives Codieren ist so lange möglich, bis es zu einer Sättigung kommt und keine neuen Kategorien mehr auftauchen. Deduktive Kategorien können aus der Theorie oder dem Interviewleitfaden abgeleitet werden (Rädiker & Kuckartz, 2019, 202). Bei Leitfadeninterviews entsteht häufig die erste Kategorieebene deduktiv aus dem Leitfaden und die zweite Ebene, die Subkategorie, induktiv auf Basis des Materials (Rädiker & Kuckartz, 2019, 204). So war es auch in der vorliegenden Forschung der Fall. So gestaltete sich der Ablauf der Auswertung in folgenden sieben Schritten, siehe Abbildung 5.

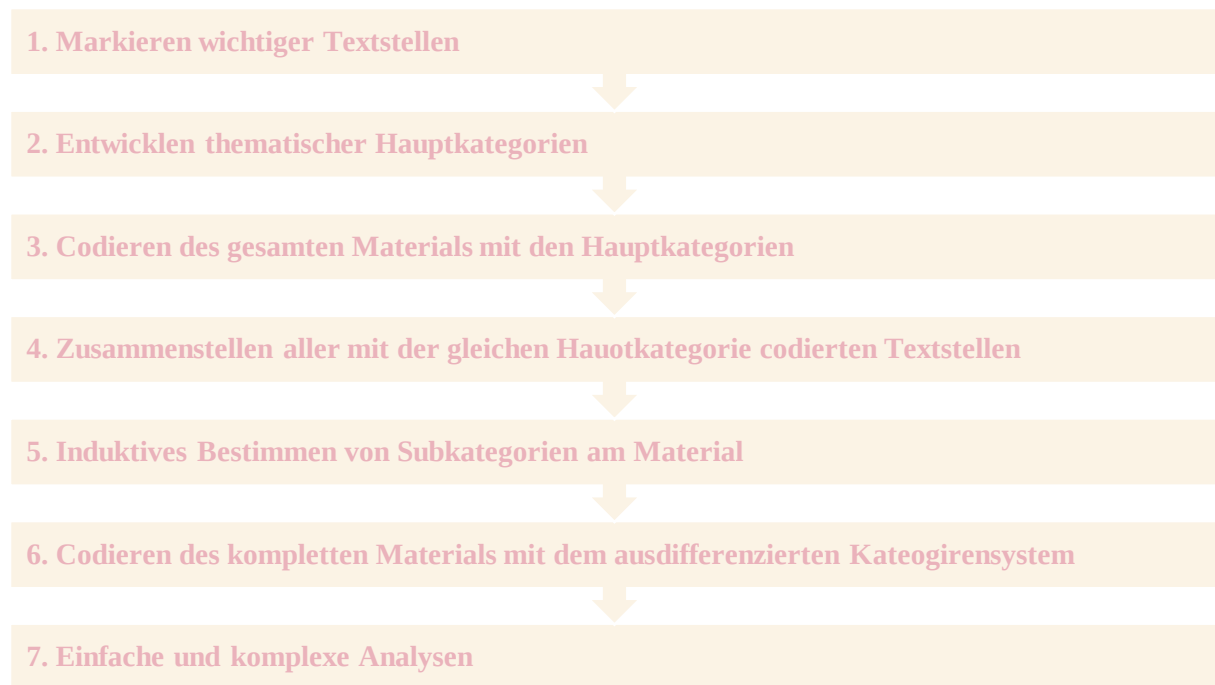


Abbildung 5: Schritte der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz, eigene Darstellung

Die folgende Abbildung 6 zeigt die sieben Hauptkategorien (teilweise abgekürzt). Der gesamte Kodierleitfaden inklusive Subkategorien findet sich im Anhang V.



Abbildung 6: Darstellung der Hauptkategorien des Kodierleitfadens, eigene Darstellung

5.8 Gütekriterien qualitativer Forschung und Methodenkritik

Im Gegensatz zur quantitativen Forschung gibt es im Feld der qualitativen Forschung keine einheitliche Diskussion zu den Gütekriterien der Qualität (Flick, 2022, 542). Die zentralen Gütekriterien quantitativer Forschung Validität, Reliabilität und Objektivität können nicht ohne Weiteres auf qualitative Forschung übertragen werden (ebd.). In qualitativen Interviews sind die Daten immer kontextabhängig und bei einer Wiederholung der Erhebung wären sie somit nie identisch (ebd.). Doch diese Unmöglichkeit von Objektivität ist laut Helfferich kein Mangel, sondern gerade der Ausgangspunkt qualitativer Forschung. Laut Baur und Blasius kann sie sogar eine wichtige Forschungsressource darstellen (Baur & Blasius, 2014, 47). Wichtig sei ein angemessener, reflektierter Umgang mit Subjektivität. Zudem lasse sich das Kriterium der ‚intersubjektiven Nachvollziehbarkeit‘ durch Dokumentation des gesamten Forschungsprozesses und der regelgeleiteten Vorgehensweise bei der Auswertung der Daten erfüllen (Helfferich, 2011, 155). Die Datenanalyse erfolgte in der vorliegenden Studie, wie dargelegt, mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dieses Vorgehen ist streng regelgeleitet und dadurch intersubjektiv überprüfbar (Mayring & Fenzl, 2019, 633). Zudem wurde der Forschungsprozess dokumentiert, im Folgenden soll dieser auch reflektiert werden und Limitationen der Forschung transparent gemacht werden.

Da die vorliegende Forschung einen intersektional feministischen Ansatz verfolgt, soll an dieser Stelle noch angemerkt werden, dass einige dekoloniale, feministische und andere kritische Ansätze positivistische Vorstellungen von Objektivität und Neutralität ohnehin hinterfragen. Die neuseeländische Professorin für Indigene Bildung Linda Tuhiwai Te Rina Smith in ihrem Buch „Decolonizing Methodologies: Research and Indigenous Peoples“ kritisiert beispielsweise, dass Begriffe westlicher Forschungsgemeinschaften wie Robustheit und Validität andere Formen der Forschung exkludieren (Smith, 2012, 137). Jede Forschung sollte jedoch ethisch, respektvoll, kritisch und reflexiv sein (ebd., 139).

5.9 Reflexion des Forschungsprozesses

Die Forschende ist Teil der Gesellschaft, die sie untersucht. Es ist wichtig, sich dieser Subjektivität bewusst zu sein, um nicht Gefahr zu laufen, aus einer bestimmten Perspektive zu argumentieren und Aspekte zu übersehen. So reflektierte die Forscherin ihre eigene Positionalität. Die Forscherin identifiziert sich selbst als queere Frau mit ausgeprägten intersektional-feministischen Ansichten. Ihre Einstellungen und Vorannahmen beruhen auf feministischer Lektüre und werden durch die Teilnahme an feministischen Demonstrationen sowie durch das Absolvieren feministischer Kurse während des Masterstudiums verstärkt. Nicht beschäftigt sich die Forscherin im Zuge ihrer Erwerbstätigkeit inhaltlich mit Angehörigenpflege. Allerdings trägt die Forscherin selbst keine Sorgeverantwortung für andere Menschen. Die Forscherin war sich ihrer starken feministischen Ansichten im gesamten Prozess bewusst und rief sich in Erinnerung, offen für unerwartete Perspektiven zu sein. Ziel der Forschung war nicht, ihre Vorannahmen und Vorurteile lediglich zu bestätigen.

Die Forscherin ist sich der Grenzen ihrer Forschung bewusst. Es handelt sich bei der vorliegenden um eine kleine, studentische Studie, weshalb die Möglichkeiten der Sättigung und Verallgemeinerung begrenzt sind. Dennoch können bis zu einem gewissen Grad Handlungsempfehlungen abgeleitet und Verallgemeinerungen – auch für andere Kontexte gebildet werden. Eine Stärke der Studie liegt in der Vielfalt der Teilnehmer:innen – darunter Alleinerziehende, queere sowie heterosexuelle Personen, POCs, Personen, die in Patchwork-Familien leben, ältere Personen sowie eine junge Erwachsene mit Pflegeverantwortung. Die Tatsache, dass ein Interview schriftlich durchgeführt wurde, muss in Hinblick auf die Vergleichbarkeit ebenfalls kritisch beleuchtet werden. Da die befragte Person alleinerziehende Studentin ist und sich somit mit zeitintensiven Sorgeverpflichtungen konfrontiert sieht, bevorzugte sie diesen Weg. Die Forscherin entschied sich nach Sichtung der Antworten dafür, diese auch einzubeziehen, da sie die Vergleichbarkeit als gegeben einschätzte. Nicht zuletzt würde es dem intersektional feministischen Forschungsansatz widersprechen, da auch ihre Stimme gehört werden soll. Die Forscherin stellte fest, dass die Reihenfolge der Fragen je nach Gesprächsablauf variierte und teilweise Fragen des Katalogs obsolet wurden oder neue Fragen während der Befragung aufkamen.

6. Empirische Ergebnisse / Auswertung

Dieser Teil der Arbeit widmet sich den Ergebnissen der empirischen Untersuchung. Diese werden dargestellt, interpretiert und diskutiert, um sich der Beantwortung der Forschungsfragen anzunähern.

6.1 Beweggründe für den Einzug

Zunächst werden die individuellen Beweggründe der Bewohner:innen für ihren Einzug in das Wohnprojekt sowie die an diesen geknüpften Erwartungen skizziert. War beispielsweise leistbarer Wohnraum vordergründig, oder die Hoffnung auf Unterstützung in Hinblick auf Sorgetätigkeiten? Oder wurden weitere, für die Forscherin erwartete Beweggründe genannt? Dies gibt Einblick in die Erwartungen, Wünsche und Wohnbedürfnisse von FLINTA*-Personen (mit Sorgeverantwortung).

Die meisten Bewohner:innen suchten dezidiert nach gemeinschaftlichen Wohnprojekten – eine Interviewpartnerin beispielsweise in der Folge des Auszugs ihrer Tochter (SS, Interview 3/2, Abs. 14). Eine andere, ISF, hatte vor ihrem Einzug ins [ro*sa] KalYpso 35 Jahre lang in einer Wohnung gewohnt und hegte den Wunsch nach Veränderung (ISF, Interview 2, Abs. 13). Ihr wurde klar, sie möchte in einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt wohnen. In Frauenkreisen wurde sie auf die Idee des Frauenwohnprojekts von Sabine Pollak aufmerksam (ebd., Abs. 8). Ziel war es, finanziell leistbares Wohnen für (alleinerziehende, migrantische) Frauen zu schaffen, vor dem Hintergrund, dass diese überproportional häufig von Armut betroffen sind (ebd., Abs. 187). So werden Mietverträge bei [ro*sa] nur mit Frauen geschlossen. Mit wem die Frauen einziehen, bleibt jedoch ihnen überlassen (ebd., Abs. 8). Häufig stößt ISFs Umzug aus dem schickeren 19. in den 12. Bezirk auf Unverständnis. Dem entgegnet sie: ‚Was mach ich denn in Döbling, wenn sich keiner schert im Haus?‘ (ebd., Abs. 85). Dies verdeutlicht die Relevanz und Bedeutung, die die Befragte dem Aspekt des *füreinander Sorgetragens* beimisst.

Auch für SJB stand der Aspekt des gemeinsamen Sorgetragens im Vordergrund: Ihre Idee zur Gründung der inklusiven Wohngemeinschaft entstand aus ihrer Rolle als pflegende Angehörige und den damit verbundenen Sorgetätigkeiten. SJB pflegt ihren an Multipler Sklerose erkrankten

und demenziell veränderten Vater. Im Jahr 2020 zog sie zu ihrem Vater in sein Haus. Da der Betreuungsbedarf stieg, sie diesen nicht mehr alleine bewältigen konnte und gleichzeitig viel Platz im Haus des Vaters zur Verfügung stand, entschied SJB, Mitbewohner:innen aufzunehmen. Diese müssen weniger Miete zahlen, als es für die Lage und Größe der Zimmer und Gemeinschaftsräume zu erwarten wäre und übernehmen im Gegenzug Aufgaben in der Sorgearbeit. Für neue Mitbewohner:innen ist oft entweder der inklusive Charakter oder die finanzielle Leistbarkeit (oder beides) entscheidend für den Einzug (SJB, Interview 7, Abs. 16).

Die Leistbarkeit war auch für die beiden befragten alleinerziehenden Frauen von besonderer Relevanz: Für MK (JUNO), die keine Alimente vom Kindesvater erhält, stellte die Leistbarkeit den Haupt- bzw. alleinigen Einzugsgrund in ein Alleinerziehenden-Wohnprojekt dar (MK, Interview 5, Abs. 16). TPs (Attemsgasse) Ziel war es, nach Auszug des Vaters aus der gemeinsamen Wohnung eine für ihre Kinder und sie passende Wohnung zu finden (TP, Interview 4, Abs. 11). Im Vordergrund standen dabei neben der Leistbarkeit auch Grünflächen für die Kinder und eine Ganztagesvolksschule in der Nähe (ebd., Abs. 19). Über das Wohnservice Wien bewarb sie sich bei „allen möglichen neuen oder geplanten Wohnprojekten“ (ebd., Abs. 11).

Für die Patchworkfamilie um NM erleichtert die Lage des Wohnprojekts in Sankt Andrä-Wördern einiges: Die Auenweide ist nah an dem Ort gelegen, in dem NMs Stieftöchter zur Schule gehen und den Großteil der Zeit auch bei ihrer Mutter leben (NM, Interview 6, Abs. 6).

AR sagte die Art des Wohnens in der HausWirtschaft zu, da sie selbst in einem Internat aufgewachsen ist. So sei sie zwar verhältnismäßig kleine Rückzugsorte gewohnt, die jedoch durch das Angebot von Gemeinschaftsräumen der HausWirtschaft ausgeglichen werden. Im Weiteren überzeugte sie die Möglichkeit, Arbeiten und Wohnen in der HausWirtschaft kombinieren zu können. Zuvor mietete AR ein Jahr lang zusätzlich zu ihrer Wohnung einen Co-Working-Space an. In der HausWirtschaft hat sie nun die Option, im sogenannten *ArbeitsZimmer* des Wohnprojekts kleine Arbeitsflächen zu mieten (AR, Interview 3/1, Abs. 16).

RH ist nicht nur Bewohner, sondern auch der Architekt von Que[e]rbau Seestadt. Seine Idee für das Projekt entstand „aus dem queeren Gedanken“ (RH, Interview 1/2, Abs. 13). Ziel war es, die Teilhabe vieler zu ermöglichen und kein Luxusprojekt zu schaffen, in welchem sich nur

einige wenige Personen, die über bedeutende finanzielle Mittel verfügen, das Wohnen leisten können (ebd., Abs. 15). Sein Anspruch war außerdem, unterschiedliche Wohnungen für unterschiedliche Bedürfnisse (abseits der heterosexuellen Kleinfamilie) zu entwerfen (ebd., Abs. 13).

Für PK, ebenfalls Bewohner im Que[e]rbau Seestadt, war ein Argument für den Einzug, dass um die Zeit des Einzugs sich zeitgleich bei ihm, seiner Partnerin und anderen Personen im Wohnprojekt ein Kinderwunsch einstellte (PK, Interview 8, Abs. 51). PK erwähnt als zukunftsprospektiven Einzugsgrund zudem die einfache Anpassungsfähigkeit der Wohnung. Falls künftig erforderlich, sei die Wohnung leicht rollstuhlgerecht adaptierbar (ebd., Abs. 72). Ausschlaggebend für den Einzug war aber vor allem der ‚Queerness-Faktor‘. PK möchte einmal nicht ‚der bunte Hund‘ sein und in einer familienfreundlichen Umgebung wohnen, in welcher die Bewohner:innen queere Personen mit Kindern gewöhnt sind, erklärt er (ebd., Abs. 39). PK ist trans maskulin nicht-binär (Selbstbezeichnung, ebd., Abs. 18) und berichtet von Erfahrungen, als ‚Mami‘ angesprochen zu werden – trotz weit fortgeschrittener Transition und Bartwuchs (ebd., 39). Dies mache deutlich, wie wichtig Wohnangebote für queere Personen sind, in denen sie sich nicht *anders* fühlen. Das solle hingegen nicht bedeuten, dass queere Personen in isolierten Wohnprojekten wohnen sollten. In der Seestadt gibt es mehrere Baugruppen-Projekte für gemeinschaftliches Wohnen aller Art und auch im Que[e]rbau selbst wohnen queere mit nicht queeren, aber queer-freundlichen Personen zusammen. Que[e]rbau und seine Bewohner:innen bespielen den yellayella!-Nachbarinnentreff in der Seestadt, welcher öffentlich zugänglich ist. Dort gibt es neben gastronomischer Verpflegung auch allerlei Veranstaltungen und Angebote. Ziel war es, ein ‚Fenster nach außen‘ zu schaffen, sagt der Initiator (AK, Interview 1, Abs. 180). Projekte wie Que[e]rbau haben dadurch das Potenzial, in Nachbarschaften auszustrahlen, sodass beispielsweise der Anblick eines „FLINTA*-Vaters“ (PK) keine Besonderheit mehr darstellt.

Es kann resümiert werden, dass die Gründe für den Einzug in ein gemeinschaftliches Wohnprojekt vielfältig sind. Was die Gründe und Bedürfnisse vereint, ist dass sie von der androzentrischen Stadt- und Wohnbauplanung abweichen und Sorge statt Funktionstrennung ins Zentrum rücken. Häufig genannt wurden neben dem Gemeinschaftsaspekt und jenem des füreinander Sorgetragens vor allem die Leistbarkeit, Lage und Infrastrukturen des Wohnprojekts. Dies war insbesondere für (alleinerziehende) FLINTA* Personen mit Kindern ausschlaggebend. Beim Que[e]rbau in der Seestadt wurde insbesondere das Gefühl von

Zugehörigkeit, Teilhabe und Leistbarkeit, Wohnbedürfnisse abseits der heterosexuellen Kleinfamilie sowie die Adaptionfähigkeit der Wohnungen an potenzielle Pflegesituationen betont. Weitere genannte Gründe betrafen beispielsweise der Wunsch nach Veränderung, die ökologische Bauweise des Wohnprojekts, Bekanntschaften im Wohnprojekt und die Kombination aus Wohnen und Arbeiten.

6.2 Inklusion und Diversität des Wohnprojekts

Im Sinne eines intersektional feministischen Forschungsansatzes des Rechts auf Stadt wurde untersucht, wie inklusiv die Wohnprojekte für Personen sind, die Mehrfachdiskriminierung erfahren. Verbessern die Wohnprojekte lediglich die Lage privilegierter *weißer* Frauen einer heterosexuellen Partnerschaft? Oder sind sie beispielsweise auch zugänglich und leistbar für Alleinerziehende oder Personen mit Migrationserfahrung? Von Interesse waren daher Aussagen zu den sozialen Merkmalen der Bewohner:innen sowie zur finanziellen Leistbarkeit der gemeinschaftlichen Wohnprojekte.

Soziale Merkmale der Bewohner:innen

Das Sample der befragten Personen ist bereits sehr divers in Hinblick auf vertretene Altersgruppen, Herkunft, Ethnizität, Geschlechtsidentität, Sexualität, Beziehungsform und gibt einen ersten Hinweis auf eine diverse Zusammensetzung der Bewohner:innenschaft. Im Folgenden werden die Aussagen der Befragten zur Zusammensetzung der Bewohner:innenschaft zusammengefasst.

TP empfindet die Bewohner:innenschaft der Attemsgasse als „durchmischt“ (TP, Interview 4, Abs. 35). Sie berichtet von einer überwiegend toleranten und inklusiven Bewohner:innenschaft, allerdings mussten ihre Kinder, die PoC sind, rassistische Diskriminierung durch einen Nachbarn erleben (ebd.).

AR fasst die Bewohner:innenzusammensetzung der HausWirtschaft wie folgt zusammen: Es gäbe keine ganz alten Bewohner:innen im Haus, eine Person mit Behinderung wohne dort,

„colormäßig“ sei es „recht weiß“ und es gäbe ein paar queere Personen (AR, Interview 3/1, Abs. 41).

JUNO richte sich an Getrennt- und Alleinerziehende und lege „viel Wert auf eine soziale Durchmischung“ (MK, Interview 5, Abs. 14). In der JUNO-Wohnhausanlage, in der MK wohnt, seien verschiedenste Altersgruppen vertreten (ebd.). In der Anlage wurden 15 Wohnungen an Alleinerziehende vergeben. MK berichtet, dass es sich um 14 Mamas und einen Papa handelt (ebd., Abs. 33). Dies unterstreicht die Notwendigkeit leistbaren Wohnraums für alleinerziehende Frauen. Auch in der Auenweide gibt auch nur weibliche Alleinerzieherinnen. Es gibt lediglich einen „Teilzeit-Papa“, dessen Kinder die Hälfte der Zeit bei ihm wohnen (NM, Interview 6, Abs. 83).

In der inklusiven Wohngemeinschaft in Linz wohnt die 26-jährige SJB mit ihrem Vater, den sie pflegt und weiteren Personen zusammen (SJB, Interview 7, Abs. 2). Ihr Partner wohnt aufgrund seiner kubanischen Staatsbürgerschaft nur monatelange in der WG (ebd.). Bei der Suche nach neuen Mitbewohner:innen tendiert SJB aufgrund negativer Erfahrungen im Zusammenleben mit Männern dazu, FLINTA*-Personen zu bevorzugen (ebd.). In der Wohngemeinschaft wohnen meist zwischen drei und höchstens sieben Personen. Aktuell wohnt SJB mit ihrem Vater und einer weiteren (nicht-binären) Person zusammen (ebd.). SJB ist davon überzeugt, dass ältere Menschen davon profitieren, mit Jüngeren zusammenzuleben (ebd., Abs. 57).

Verträge schließt [ro*sa] zwar nur mit Frauen, es bleibt ihnen jedoch überlassen, mit wem sie einziehen. Wenn ISF über die Zusammensetzung der Bewohner:innenschaft von [ro*sa] KalYpso spricht, sagt sie „Die Botschaftstöchter sind nicht unsere Zielgruppe“ und weiter, dass „Buntheit“ wichtig sei (ISF, Interview 2, Abs. 57). ISF ist selbst in Ägypten geboren und berichtet von Bewohner:innen aus Bosnien, dem Iran und von der Elfenbeinküste (ebd., Abs. 48). Es gibt auch einige ältere Frauen im Projekt, die [ro*sa] *senioras* – darunter auch ISF (ebd., Abs. 21).

Im Que[e]rbau in der Seestadt wohnen queere mit queerfreundlichen Personen und verschiedenste Familienformen zusammen. Im Zuge eines Förderprojekts der Diakonie wurde auch eine Wohnung von Que[e]rbau an eine asylsuchende Familie aus Somalia vergeben (RH, Interview 1/2, Abs. 81). Die Wohnung wurde mit anderen Organisationen aus dem Asylbereich

konfiguriert, um die Leistbarkeit für Asylsuchende sicherzustellen (ebd.). Lediglich in Hinblick auf vertretene Altersgruppen ist das Wohnprojekt nicht ausgesprochen vielfältig. Als möglicher Grund für die geringe Anzahl junger Bewohner:innen im Que[e]rbau Seestadt wird das Bedürfnis junger queerer Menschen nach einer zentraleren Lage vermutet (ebd., Abs. 174). Senior:innen werden in einigen Jahren wohl zwangsläufig vermehrt dort leben, wie RH feststellt (ebd., Abs. 71).

Auch NM sieht die Altersdiversität in der Auenweide ausbaufähig. Die Auenweide spiegle wider, dass sich vor allem Personen zwischen 30 und 40 Jahren mit Kindern für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt interessieren (NM, Interview 6, Abs. 47). Zwar wohne immerhin eine junge Studentin dort, jedoch keine Senior:innen. Daher möchte NM künftig bei gleicher Sympathie Pensionist:innen bevorzugen, sollte eine Wohnung frei werden (ebd.). Wie SJB (Inklusive Wohngemeinschaft) ist auch NM von generationsübergreifendem Wohnen überzeugt. Es sei bereichernd, wenn mehrere Personen unter 30 und über 55 Jahren im Wohnprojekt leben und so unterschiedliche Lebensphasen abgebildet und verschiedene Qualitäten eingebracht werden (ebd.). ISF ([ro*sa] KalYpso) findet es zudem hilfreich, verschiedene Ressourcen unter einem Dach zu haben: „Wir haben eine Architektin im Haus und eine Juristin“ (ISF, Interview 2, Abs. 8). RH und AK (Que[e]rbau Seestadt) betonen ebenso, dass die Diversität mehr Kompetenzen, Möglichkeiten und Lösungen biete (AK, Interview 1/1, Abs. 134). Sie betrachten die Diversität aber auch teilweise kritisch. AK berichtet, dass er es sich einfacher vorgestellt habe, er sich gedacht habe: „Ja, Schwule, Lesben, trans* Personen, Geflüchtete, Queers, also die haben doch wirklich viel gemeinsam“ (ebd., Abs. 141). Das stimme zwar, jedoch sind auch sie wiederum unterschiedlich und ordnen sich noch einmal weiteren Untergruppen zu (ebd.). Dieser Punkt unterstreicht, dass Menschen – selbst wenn sie bestimmte (Diskriminierungs-)Erfahrungen teilen – nicht zu einer Gruppe homogenisiert werden können.

Insgesamt sind die Bewohner:innen der Wohnprojekte in Hinblick auf ihre soziodemografischen Merkmale sehr divers. Zwar variiert das Ausmaß an Diversität zwischen den Wohnprojekten und in einigen bilden zweifellos *weiße* heterosexuelle Menschen mittleren Alters ohne körperliche Einschränkung die Mehrheit. Es scheint allerdings nicht, als seien die Wohnprojekte Blasen *weißer*, privilegierter Menschen.

Finanzielle Leistbarkeit

Während des mündlichen Interviews wurde nur vage über die Leistbarkeit gesprochen (siehe Ausführungen unten). Auf schriftliche Rückfrage im Nachgang des Interviews gaben fünf der sieben Wohnprojekte den monatlichen Mietzins pro Quadratmeter (Kaltmiete) an (siehe Abbildung 7). In der Attemsgasse belief sich dieser Preis pro Quadratmeter auf 11,67 Euro, in der Auenweide auf 10,50 Euro, bei JUNO auf 7,50 Euro, im KalYpso auf 8,60 Euro, im Que[e]rbau auf 9 Euro. Die Angabe zum Mietzins des Que[e]rbaus der Seestadt beruht auf den Aussagen des Bewohners PK, nicht des Architekten oder des Initiators. Zu diesen monatlichem Mietzins kommen in einigen Wohnprojekten jedoch noch Eigenmittelbeiträge hinzu, mehr dazu unten.

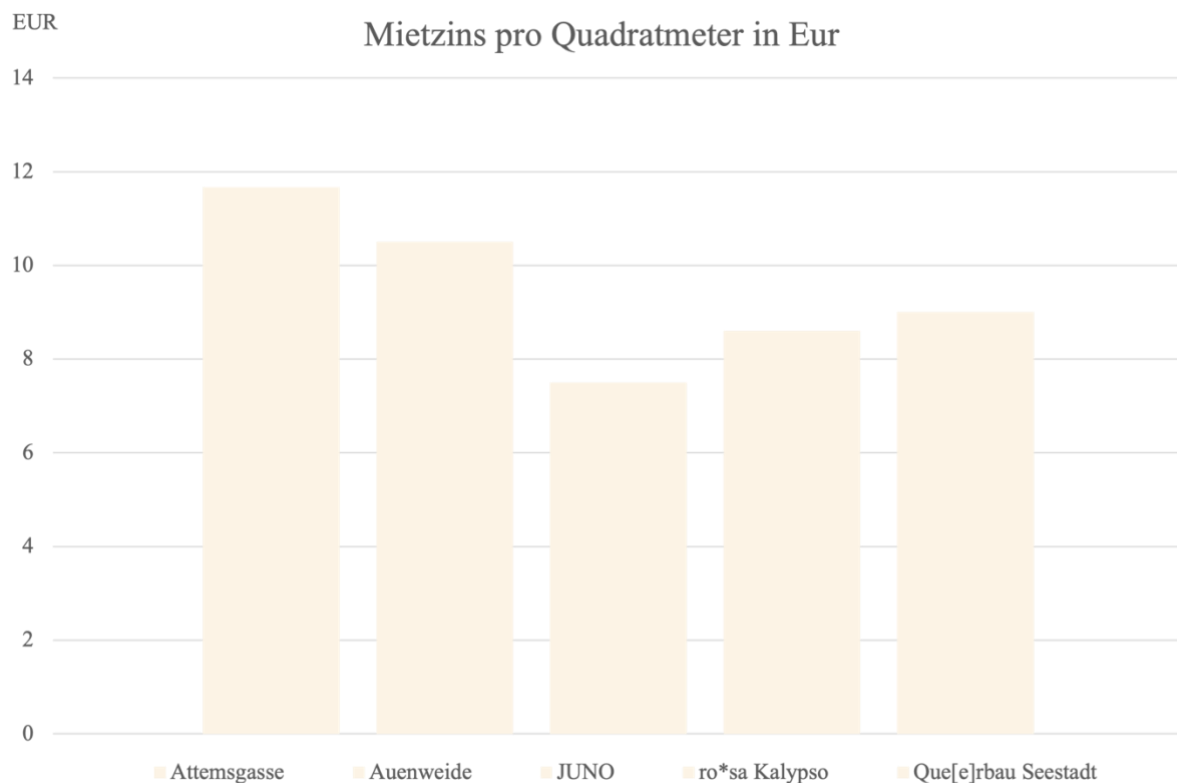


Abbildung 7: Mietzins von fünf der sieben Wohnprojekte

Nicht abgebildet sind die Kosten der Inklusiven Wohngemeinschaft und der HausWirtschaft. SJB und ihr Vater vergeben die jeweils 18 beziehungsweise 20 Quadratmeter großen Zimmer der Inklusiven Wohngemeinschaft für *insgesamt* – und daher nicht vergleichbar mit der Kaltmiete der anderen Projekte - 300 beziehungsweise 330 Euro monatlich. In Anbetracht der Größe der Zimmer und der Lage des Hauses sind diese Preise vergleichsweise gering. Im

Gegenzug werden Mitbewohner:innen etwas in die Pflege von SJBs Vater eingebunden werden. SJB spricht dabei nicht von Miete, sondern von einem „Wohn- und Mitnutzungsbeitrag“, da sie mit den Mitbewohnenden keine Mietverträge, sondern Wohnrechtsvereinbarungen abschließen, wie sie ausführt. Die Interviewpartner:innen der HausWirtschaft bevorzugten keine Angabe zum Mietzins zu machen. Begründet wurde dies mit der Tatsache, dass die Zahlen viel Erklärung benötigten und anderenfalls missverständlich seien.

Die Auenweide finanziert sich mit Hilfe eines Vermögenspools. Zwar ist anteilig pro Quadratmeter Wohnfläche ein Eigenmittelbeitrag durch die Bewohnenden einzuzahlen. Ist ein:e Bewohner:in nicht in der Lage, diesen aufzubringen, so besteht die Möglichkeit, eine:n Anleger:in finden, welche:r den Anteil übernimmt, so NM (Interview, Abs. 6). Findet sich wiederum kein:e Anleger:in, so stemmt die Gruppe den Betrag (ebd.). So können auch Personen, die nicht über ein hohes Eigenkapital verfügen, einziehen und müssen lediglich den monatlichen Nutzungsbeitrag zahlen. Dieser beläuft sich auf etwa 10,50 Euro pro Quadratmeter (ebd.). NM berichtet von niedrigen Energiekosten, ermöglicht durch Solarpaneele auf den Dächern, Lehmwänden, die die Wohnung im Sommer kühl und im Winter warm halten und Fußbodenheizung, die mit durch eine Grundwasserwärmepumpe funktioniert und nicht allzu viel Energie verbraucht (ebd.).

AR betont die Leistbarkeit der HausWirtschaft – insbesondere, wenn man bedenkt, dass es sich um einen Neubau handle. Und weiter: „Also ich glaube, irgendwo anders kannst du dir hier gar keine Wohnung im sechsten Stock mit Balkon zu zweit leisten“ (AR, Interview, Abs. 16). Eine Bewohnerin aus demselben Wohnprojekt sagt: „Es ist genauso leistbar, wie halt sonst die Genossenschaftswohnungen plus ein kleiner Aufschlag für die ganzen Gemeinschaftsflächen“ (SS, Interview 3/2, Abs. 46). SS, die gleichzeitig im Vorstand der HausWirtschaft ist, berichtet von Handlungsmöglichkeiten im Fall finanzieller Engpässe der Bewohner:innen – ähnlich zur Auenweide: „Wir als Genossenschaft können dafür sorgen, dass es irgendwie allen hier gut geht“ (ebd., Abs. 48). AR fügt als Beispiel hinzu: „Angenommen jetzt mal (...) ich kann mein Büro nicht bezahlen oder sowas, dann würde ich eben sagen ‚Kann ich das aufgeben bitte (...) oder, bis ich was Neues gefunden habe, die Hälfte zahlen?‘. Also ich habe zumindest das Gefühl. Haben wir jetzt, glaube ich, noch nicht gehabt, den Fall, aber das Gefühl (...)“ (AR, Interview 3/1, Abs. 51). Denn neben Wohnungen können in der HausWirtschaft auch Arbeitsplätze gemietet werden. Hintergrundgedanke ist, Kleinunternehmer:innen und

Selbstständigen (Frauen) kleinere und finanziell leistbare Arbeitsflächen zu bieten. Coworking-Mietmodelle seien erfahrungsgemäß häufig erst ab einer bestimmten Quadratmetergröße oder Betriebsgröße und zu entsprechend hohen Preisen verfügbar (ebd., Abs. 52). So soll insbesondere Frauen das Leben erleichtert werden.

Wie oben bereits gezeigt wurde, bildete für TP (Attemsgasse) und MK (JUNO) als alleinerziehende Mütter die finanzielle Leistbarkeit maßgeblichen Grund für den Einzug. MK, die keine Alimente vom Kinds Vater erhält und selbst noch studiert, empfindet die Wohnung auch tatsächlich als leistbar. „Wohnen in Wien ist kaum leistbar und komfortables Wohnen ist für Frauen dann meistens nicht möglich. Diese Wohnprojekte ermöglichen Frauen wie mir, eine schöne, leistbare Wohnung zu haben, wo es auch Rückzugsmöglichkeiten für alle gibt. Das ist unendlich viel Wert“ (MK, Interview 5, Abs. 40). Die Bewohnerin der Attemsgasse erwähnt jedoch einschränkend, dass es sich bei ihrer Wohnung um eine Genossenschaftswohnung mit einem sehr hohen Eigenmittel-Anteil handle, „fast 50.000 Euro“ (TP, Interview 4, Abs. 11). Dies hätte sie sich ohne die Unterstützung ihrer Eltern nicht leisten können, da sie ebenfalls keine Alimente vom Vater ihrer Söhne erhält (ebd.). Die Monatsmiete war bei Einzug jedoch vergleichsweise gering, um die 700,00 Euro für sie und ihre zwei Söhne (ebd.).

Trotz des Anspruchs von [ro*sa], für Frauen leistbaren Wohnraum zu schaffen, bemängelt ISF, dass das Wohnen im KalYpso für Frauen nicht automatisch leicht zu stemmen sei „auch wenn das in Wien als sozialer Wohnbau tituliert wird“ (ISF, Interview 2, Abs. 47). Denn pro Quadratmeter müsse man einen Eigenmittelanteil von 500 Euro zahlen, „die sind quasi Genossenschaftsanteil“ (ebd.). Bei 50 Quadratmetern sei man demnach bereits bei 25 000 Euro. Diese müsse man erst einmal aufbringen, erst recht als alleinerziehende Frau, so ISF. „Also entweder hat man geerbt, einen dicken Job, einen riesendicken Job – weil Frauen mit Kind meist in Teilzeit arbeiten - sodass einem dieser Betrag über bleibt“ (ebd.). Das gleiche gilt für Personen mit Migrationshintergrund, wie ISF anmerkt. Die Bewohner mit Migrationshintergrund im Wohnprojekt gelangen demnach eher als Partner einer Bewohnerin zum Wohnprojekt (ebd.). Beim vierten [ro*sa] Projekt, welches aktuell in Planung ist, handelt es sich im Unterschied zu den vorherigen drei Projekten nicht um ein vom Bauträger gekauftes Grundstück, sondern um gepachtetes Land. Dadurch liegt der Eigenmittelanteil bei 200 statt 500 Euro – ein großer Unterschied also, wie ISF hinzufügt (ebd., Abs. 161).

Es lässt sich festhalten: Selbst wenn monatliche Quadratmeterpreise vergleichsweise gering sind, so müssen Personen in einigen Fällen über hohe Eigenmittel verfügen, um sich den Einzug in ein gemeinschaftliches Wohnprojekt überhaupt finanziell ermöglichen zu können. Es gibt jedoch wiederum Fälle, in denen die Gemeinschaft oder das Wohnprojekt Handlungsspielraum und Unterstützung für Personen mit geringeren finanziellen Mitteln bieten, wie die Beispiele der Auenweide oder der HausWirtschaft zeigen. Dies ist wohl eine Besonderheit gemeinschaftlicher Wohnprojekte und würde in anonymeren Wohnsituationen wie einer klassischen Mietwohnung kaum vorkommen. Des Weiteren lässt sich argumentieren, dass die Personen im Gegenzug für ihren vergleichsweise geringen monatlichen Mietzins extrem wertvolle Gemeinschaftsräume, Infrastrukturen und Angebote erhalten, die ihnen gegebenenfalls andere Kosten (zum Beispiel für eine:n Babysitter:in) ersparen. Diese Angebote werden später untersucht. Projekte wie JUNO, das sich dezidiert an alleinerziehende Personen richtet und in dem nur der monatliche Mietzins zu zahlen ist, scheinen tatsächlich leistbar zu sein.

6.3 Teilhabe und Gestaltung des eigenen Wohnumfelds

Wie im Theorieteil demonstriert wurde, erfahren die abweichenden Bedürfnisse von FLINTA*-Personen häufig keine Berücksichtigung in der Stadtforschung und -planung, wodurch sie in der Folge Diskriminierung und Ausschluss erfahren. Die Partizipation von FLINTA*-Personen bei Entscheidungsprozessen der Planung und Gestaltung der Stadt, ihren öffentlichen Räumen und des eigenen Wohnraums stellt daher einen wichtigen Grundpfeiler gendergerechter Stadtplanung dar. Neben dem konkreten Einfluss der Bewohner:innen auf die Planung des Wohnprojekts oder der eigenen Wohnung soll auch die Teilhabe in der Gemeinschaft und an deren Gestaltung genauer beleuchtet werden.

Teilhabe am Planungsprozess

In einigen Wohnprojekten hatten die befragten Personen als Bewohner:innen oder aufgrund ihrer Rolle im Wohnprojekt aktives Mitspracherecht bei der Planung. Aus der Erhebung der Bedürfnisse im Zuge der Planung der Wohnprojekte sowie den in den Interviews geäußerten Wünschen und Verbesserungsvorschlägen, sollen Handlungsempfehlungen für eine genderinklusive Planung und Bauweise abgeleitet werden. Von besonderem Interesse sind

dementsprechend geäußerte Bedürfnisse, welche von Planungen für den *weißen, cis-heterosexuellen Mann* ohne körperliche Beeinträchtigung beziehungsweise für die heterosexuelle Kleinfamilie unterschieden.

Die befragten Personen beeinflussten die Planung beispielsweise in Bezug auf eine ökologische Bauweise, das Ausmaß der Barrierefreiheit, das Angebot von Grünflächen, die Anordnung der Gebäude und teilweise sogar den Grundriss der eigenen Wohnung. Dabei fanden teilweise spezifische Bedürfnisse Berücksichtigung, die von klassischer Planung für eine heterosexuelle Kleinfamilie abwichen. Unerwartete Vorkommnisse während des Planungsprozesses und Lehren aus diesem finden im Sinne handlungsleitender Empfehlungen ebenfalls Berücksichtigung in der Auswertung.

Besonders spannend ist in diesem Zusammenhang das Wohnprojekt Que[e]rbau, denn hier hatten die Bewohner:innen die Möglichkeit, ihre eigene Wohnung mit dem Architekten, RH, zu besprechen und zu planen. RH, der gleichzeitig auch Bewohner ist, berichtete im Interview ausführlich von diesem Planungsprozess. Zunächst führte RH einige Gespräche in der Kleingruppe der Gründungsphase und erhob die Bedürfnisse der künftigen Bewohner:innen. Dabei versuchte er herauszufinden, welche Bedürfnisse durch die aktuelle Wohnsituation der Befragten bereits erfüllt werden und wo Veränderungsbedarf bestand (RH, Interview 1/2, Abs. 15). Mithilfe eines Reflexionsbogens fragte RH einerseits individuelle Wohnvorstellungen („Wie will ich jetzt eigentlich wohnen, was brauche ich, wie stelle ich es mir vor?“), andererseits Erwartungen an das gemeinschaftliche Leben ab (ebd., Abs. 209). Die Wohnungen besprach und plante er anschließend individuell mit den einzelnen Personen. Er überlegte sich „etwas, so lang, bis wir halt dort sind“ (ebd.). Aus diesen „Splintern“, wie er sagt, formulierte er ein Raumprogramm (ebd., Abs. 15). Das Stiegenhaus, der umlaufende Gang und die Außenwände bildeten dabei eine Art Gerüst, das tragende Element. Die Wohnungen fügte RH anschließend „puzzle-artig“ zusammen, wie er es beschreibt (ebd., Abs. 47). Bei seinen Erhebungen durch die Gespräche und den Reflexionsbogen kristallisierte sich stark das Bedürfnis nach Individualität *innerhalb* von Beziehungen heraus. RH stellte fest, dass nicht die klassische Zimmeraufteilung für Paare – bestehend aus einem Schlafzimmer und einem Wohnbereich – gewünscht wurde, sondern „eher (...) eine WG“ (ebd., Abs. 33). So imaginierten Personen einer Paarbeziehung – jedenfalls zu Beginn der Planung noch – jeweils individuelle Bereiche für sich in der Wohnung. Dennoch fand RH im Reflexionsbogen erneut auch wieder *klassische* Wohnkonzepte vor (ebd., Abs. 37). Wohngewohnheiten und Erfahrungen seien tief

verankert und internalisiert, stellt RH fest (ebd., Abs. 41). Selbst wenn zu Beginn Ideen noch sehr weit gedacht waren, so nahm in dem Zeitraum, in welchem sich die Umsetzung konkretisierte, doch das gewohnte, bekannte Wohnen Überhand. „Na. Doch lieber, wo nicht alles offen, sondern, ich hätte dann doch gerne wieder absperrbar, also ein Schlafzimmer, das für sich steht“, imitiert RH beispielhaft Bewohner:innen (ebd., Abs. 37). Nichtsdestotrotz entstanden 33 verschiedene Wohneinheiten und keine zwei Wohnungen sind identisch. Eine Wohnung weicht besonders von *klassischen* Familienwohnungen ab (ebd., Abs. 41). Da sich parallel zur Entwicklung des Hauses auch eine Beziehung (auseinander) entwickelte, wurde eine ursprünglich *klassisch* geplante Wohnung zu einer aus zwei individuellen Wohnzellen bestehenden Wohnung mit zwei separaten Eingängen aber einem überschränkten Bereich für das gemeinsame Kind (ebd., Abs. 29).

Die Auenweide wurde ebenfalls gemeinsam von den Bewohner:innen und einem Architekt:innenteam geplant - unter dem Anspruch einer ökologischen, nachhaltigen Bauweise. Ursprünglich wurde angedacht, die acht Häuser in einer Reihe aufzustellen, wie eine „Mauer, so eine Häuserzeile quasi“ (NM, Interview 6, Abs.17). Die Bewohner:innen plädierten jedoch für eine kreisrunde Anordnung der Häuser um einen offenen Platz in der Mitte (ebd., Abs. 19). Dies wurde in der Folge umgesetzt. In einem laut NM aufwendigen Gruppenprozess konnten anschließend die Wohnungen durch die Bewohner:innen gewählt werden. Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, wie die Wohnungen ungefähr ausgelegt sein würden. Detailliert geplant wurde die jeweilige Wohnung jedoch in Einzelsitzungen mit persönlichen Ansprechpartner:innen des Architekturteams. Lediglich Toilette, Küchenwaschbecken und Badezimmer mussten in einem gewissen Umkreis des Wasseranschlusses geplant werden (ebd.). Die Auenweide ist soziokratisch organisiert und besteht deshalb aus verschiedenen Teams, Arbeits- und Leitungskreisen (ebd., Abs. 10). Im Planungsprozess bestand der Arbeitskreis *Architektur* aus verschiedenen Teams, die sich mit der räumlichen und architektonischen Gestaltung und Hausplanung beschäftigten (ebd., Abs. 74). Zum Beispiel trafen sie eine Vorauswahl für die Fliesen und das Holz für die Böden. Aus dieser vorbereiteten Auswahl konnten die Bewohner:innen dann eine finale Entscheidung fällen. NM empfand dies als sehr angenehm. Zwar konnte man mitreden und der Wohnung „den individuellen Touch geben“, jedoch wurde die riesige und potenziell überfordernde Auswahl eingegrenzt (ebd.). Das Team *Freiraum* beschäftigte sich unter anderem mit der Gartengestaltung und entschied beispielsweise über die Platzierung des Wasserspielplatzes und der Sandkiste (ebd., Abs. 126).

Bei [ro*sa] KalYpso übten die Bewohner:innen bereits Einfluss auf die Auswahl und Anordnung der Gebäude des Wohnprojekts. Zunächst wurden dem Verein zwei Stockwerke in einem achtstöckigen Gebäude angeboten. Dies lehnten die Frauen jedoch ab, da sie ein für sich stehendes Gebäude bevorzugten (ISF, Interview 2, Abs. 57). Auch der darauf folgende Entwurf des Architektenteams für ein eigenes Gebäude bestehend aus zwei Häusertrakten sagte der Gruppe nicht zu. Sie lehnten den Vorschlag auf die Gefahr hin ab, das Grundstück zu verlieren (ebd.). Ähnlich wie die Bewohner:innen der Auenweide wünschten auch sie sich einen Ort der Begegnung und des Austauschs in der Mitte, um welchen sich die Häuser kreisförmig anordnen. Ihr bevorzugter Vorschlag eines u-förmigen Baus wurde auch umgesetzt (ebd.). Dank der Mitplanung einer Bewohnerin, die selbst Architektin ist, ist das Gebäude von KalYpso zudem barrierearmer, als die Architekten es ursprünglich geplant haben: Der Ausgang vom Gemeinschaftsraum auf die Dachterrasse wurde erst auf ihr Einwirken hin barrierefrei gestaltet und zudem ein weitere barrierefreies WC installiert (ebd., Abs. 50). Auf Wunsch der Bewohner:innen wurde außerdem eine Stiege von der Gemeinschaftsterrasse in den Garten geplant, sodass die Kinder von dort schnell in den Garten gelangen. Weitere gewünschte Infrastrukturen von Bewohner:innen des KalYpsos, welche realisiert wurden, betrafen beispielsweise eine Gegensprechanlage im Gemeinschaftsraum sowie eine Küche mit Starkstrom sowie Schallschutz. Nicht zuletzt forderte der Verein einen weiteren Ausgang, um einen kürzeren Weg zur nächstgelegenen U-Bahn-Station zu ermöglichen (ebd., Abs. 57).

Nicht alle Wünsche konnten in die Realität umgesetzt werden und Bewohner:innen wie Planer:innen stießen im Planungsprozess auch auf unvorhergesehene Ereignisse, wie die folgenden Beispiele zeigen. Da das primäre Ziel von [ro*sa] in der Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum für Frauen besteht, war es nicht möglich, alle vorgeschlagenen Ideen zu realisieren. So mussten eine Sauna und eine Gästewohnung wieder verworfen werden. „Wenn man alle diese Dinge haben will, steigt halt der Preis“ (ISF, Interview 2, Abs. 67). In der HausWirtschaft wurden zwar zwei Wohnungen barrierefrei geplant. Obwohl nur eine Person mit Behinderung dort wohnt, sind beide Wohnungen für die Person nicht passend. Bei den Wohnungen handelt es sich um Einzimmerwohnungen, der Bewohner benötigt jedoch zwei getrennte Zimmer, eines für sich und eines für seine persönliche Assistenz, die bei ihm wohnt. „Das war etwas, was uns zum Beispiel überhaupt nicht bewusst war“ (SS, Interview 3/2, Abs. 89). Zudem konnte SS, die sich in der Arbeitsgruppe Raum beteiligte, nur mit viel Aufwand dafür sorgen, dass die Schwellen der Duschen zumindest nur eine gewisse Höhe aufwiesen (ebd., Abs. 91). Dadurch funktioniere der Abfluss zwar schwieriger, dafür seien sie auch mit

Rollator nutzbar. „Ich meine, wir sind ein geförderter Wohnbau, da ist Vieles nicht so einfach möglich“, sagt sie (ebd.). RH berichtet ebenfalls von gewissen Einschränkungen durch die Bauordnung sowie aufgrund von Förderrichtlinien. Geförderte Wohnungen müssen beispielsweise geschlossene Bereiche aufweisen, sodass es schwierig ist, von klassischem Wohnungsbau abzuweichen (RH, Interview 1/2, Abs. 43).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in allen vier gemeinschaftlichen Wohnprojekten, in denen die Bewohner:innen Einfluss auf die Planung hatten, ein Ort der Begegnung und des Austauschs in der Mitte gewünscht und geplant wurde: In der Auenweide und im [ro*sa] KalYpso ordnen sich die Gebäude um einen Platz in der Mitte beziehungsweise einen Innenhof an, im Que[e]rbau in der Seestadt bildet das Stiegenhaus und in der HausWirtschaft der Laubengang den Ort des Zusammentreffens, um welchen sich die Wohnungen anordnen. Weitere in der Planung verfolgte Ziele betrafen beispielsweise kurze Wege sowie Barrierefreiheit. Eine Erkenntnis ist, dass die Bereitstellung einer barrierefreien Wohnung zwar ein erster richtiger und wichtiger Schritt ist, Menschen mit Behinderung jedoch keine homogene Gruppe darstellen und somit auch nicht identische Bedürfnisse haben – es existiert kein ‚one size fits all‘ für Menschen mit Behinderung. Eine weitere Erkenntnis ist, dass gewohnte und klassische Wohnvorstellungen in den Köpfen der Bewohner:innen tief verankert sind und es ein Prozess des Verlernens ist, davon abzuweichen. Zudem begrenzen Förderrichtlinien den Handlungsspielraum. Der Anspruch der späteren Leistbarkeit schränkt die Bereitstellung spezieller Raumangebote ebenfalls ein.

Soziale Teilhabe im Alltag

Neben der Beteiligung am Planungsprozess können Bewohner:innen eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts ihr Wohnumfeld und das gemeinsame Zusammenleben meist im Alltag mitgestalten – beispielsweise durch Teilhabe an Entscheidungsprozessen und durch das Organisieren von Gemeinschaftstreffen. Durch Gemeinschaftsaktivitäten wie gemeinsames Kochen oder Yogakurse könnten sich Bewohner:innen potenziell emotional unterstützen und gegenseitig stärken. So könnte soziale Verbundenheit und Zugehörigkeit gefördert werden und ein fürsorgliches und solidarisches Umfeld entstehen.

Teilhabe entsteht zudem durch die Nutzung, Aneignung und Produktion von Räumen. Ein solidarisches Umfeld muss daher Räume für Austausch und Aneignung bieten, wie im Theorieteil gezeigt wurde. Die Bewohner:innen berichten von zahlreichen gemeinschaftlichen Innen- wie Außenräumen des gemeinschaftlichen Wohnprojekts – dazu zählen sie neben Gemeinschaftsräumen und Gemeinschaftsküchen Saunen, (Dach-)terrassen, Seminarräume, einen Ruheraum, ein Kaminzimmer, Kinderspielräume, Bibliotheken, Jugendräume, Waschküchen, Garagen, (Fahrrad-)Keller, Werkstätten, einen Gewerberaum, einen Laubengang, einen Hof, Kinderwagenräume, Hochbeete, Grünflächen und Sportanlagen auf.

Die Bewohner:innen nutzen die Räume für gemeinsame Aktivitäten, eignen sie an und geben ihnen dadurch Bedeutung: In der Auenweide gibt es einen runden, lichtdurchfluteten Seminarraum mit einer Lichtkuppel, den „Kuppelraum“, an den eine kleine Teeküche sowie ein Dusch- und WC-Bereich angeschlossen ist (NM, Interview 6, Abs. 60). Der Seminarraum wird für Angebote aller Art genutzt: Bewohner:innen bieten anderen Bewohner:innen beispielsweise Yoga, Meditation, Massage, *Shiatsu*, *authentic movement* und weitere Workshops an (ebd., Abs. 62). Dadurch erfahren Bewohner:innen die Möglichkeit der sozialen Teilhabe und des Austauschs. Zudem gibt es auch Angebote spezifisch für Kinder, wie Märchenerzählen und Puppentheater. Manche Angebote sind kostenfrei, andere Bewohner:innen verlangen einen vergünstigten Tarif (ebd., Abs. 68). Solch kostenlose oder zumindest kostengünstige Unterhaltungs- und Betreuungsangebote im eigenen Wohnprojekt, also im wahrsten Sinne des Wortes *vor der eigenen Haustüre*, bieten das Potenzial, Sorgearbeit zu erleichtern. Zudem stellen sie für die Anbieter:innen eine Möglichkeit dar, Geld zu verdienen – und das zu Hause. Im [ro*sa] KalYpso gibt es monatliche Vereinstreffen, einen monatlichen Sonntagsbrunch im Gemeinschaftsraum und unregelmäßige Gemeinschaftsaktivitäten wie eine Töpferrunde in der Werkstatt oder sogenanntes *Patschenkino* (ISF, Interview 2, Abs. 112). Der Name *Patschenkino* rührt daher, dass sich die Bewohner:innen in ihren Hausschuhen (*Patschen*) im Gemeinschaftsraum verabreden, um einen Film anzuschauen (ebd., Abs. 120). Nebenher werden mitgebrachte Getränke und Snacks konsumiert (ebd.). Zudem bieten einige Bewohner:innen Angebote wie Yoga und *Shiatsu* für andere Bewohner:innen an (ebd., Abs. 112). Im öffentlichen Lokal und Nachbar:innentreff yellayella! des Que[e]rbaus in der Seestadt organisieren Bewohner:innen verschiedene Veranstaltungen, darunter Brettspielabende und Lesungen (AK, Interview 1/1, Abs. 180). So strahlt das Wohnprojekt in das Grätzl, die Seestadt, aus und schafft neben erhöhter Sichtbarkeit queerer Menschen Austausch und Vernetzung. In der inklusiven Wohngemeinschaft wird abends häufig zusammen gekocht und gemeinsam Zeit

in der Küche, im Wohnzimmer oder im Garten verbracht. Am Wochenende geht die WG meist zusammen spazieren oder veranstaltet einen gemeinsamen Putztag (SJB, Interview 7, Abs. 8). Die Mitbewohner:innen lernen, was Pflegen bedeutet und der Vater von SJB profitiert von dem Austausch mit den jungen Menschen.

Im Alltag vieler Bewohner:innen scheinen zudem Orte des informellen Austauschs und der zufälligen Begegnung von zentraler Bedeutung zu sein: Dazu zählen sie Grünflächen „wo sich Jugendliche treffen und so“ (ISF, Interview 2, Abs. 73), Gemeinschaftsräume „wo man sich ab und zu trifft und plaudert“ (MK, Interview 5, Abs. 22), der Laubengang, auf dem man sich „einfach so“ treffe, „ohne sich groß verabreden zu müssen“ (AR, Interview 3/1, Abs. 20). Für TP (Attemsgasse) stellt der Hof einen solchen Ort da. Dort denke sie sich ab und zu „Ah, da steht ja wieder jemand, da kann ich bisschen tratschen (...) bevor ich wieder raufgehe“ (TP, Interview 4, Abs. 162). Des Weiteren haben sich durch den Park „in der Mitte“, um den „alles rundherum angeordnet“ sei „extrem gute Freundschaften und Netzwerke“ für sie ergeben (ebd., Abs. 169). Die kreisrunde Anordnung der Häuser in der Auenweide sorgt für Momente des Austauschs und der Begegnung „gerade jetzt, wo die warme Jahreszeit wieder kommt total schön“ (NM, Interview 6, Abs. 31).

In einigen Wohnprojekten können Bewohner:innen neben der Nutzung von Raumangeboten und der Teilhabe an Aktivitäten auch durch aktive Partizipation an Entscheidungsprozessen ihr Umfeld mitgestalten – in der Auenweide beispielsweise aufgrund des Prinzips der Soziokratie. Dort beschäftigt sich ein Team meist intensiv mit einer Thematik und wird Experte auf dem Gebiet. Trifft das Team eine Entscheidung, so wird diese in den nächst höheren Kreis, den Arbeitskreis getragen. Sollte die Entscheidung dort auf Widerstand treffen oder Einwände hervorbringen, wird sie wieder zurückgespielt und ein neuer Vorschlag ausgearbeitet (NM, Interview 6, Abs. 74). Grundsätzlich gilt: „Wenn du mitreden willst, dann komm ins Team“ (ebd.). Als Beispiele nennt NM das Team Mitgliedschaft, welches sich mit neuen Mitbewohner:innen beschäftigt und das Team Freiraum, dass sich mit Garten- und innenräumlicher Gestaltung auseinandersetzt (ebd.). Lediglich bei Grundsatzentscheidungen redet der Leitungskreis mit. Darin sitzen Vertreter:innen aus allen Arbeitskreisen, die Leitungskreisleitung und Delegierte (ebd.). Ungefähr alle sechs Wochen findet ein Gemeinschaftstag in der Auenweide statt, eine Art „Plenum“ oder „Generalversammlung“, wie NM sagt (ebd., Abs. 64). Bei solchen Treffen werden beispielsweise größere Entscheidungen verkündet, die zuvor in Kleingruppen getroffen wurden. Während der Vormittag solch

informativen Zwecken gewidmet ist, wird der Nachmittag für das gemeinsame „Werkeln“ genutzt, da es in der Auenweide stets etwas zu tun gibt – von „Holz wegtragen“ bis „neue Pflanzlerl setzen“ (ebd., Abs. 52). Manchmal werden bei Gemeinschaftstagen zu bestimmten Themen zwar Gruppen-Aufstellungen im Raum gemacht, um ein Stimmungsbild zu einzuholen. Eine verbindliche Abstimmung stellt das jedoch nicht dar. „Die Großgruppe ist kein Entscheidungsgremium“ (ebd., Abs. 74). Die HausWirtschaft ist ebenfalls nach dem Organisationsmodell der Soziokratie aufgebaut: „Je nach Thema kommen verschiedene Institutionen und Personen zusammen. Die Entscheidungen, die große sind, werden dann im Leitungskreis getroffen, kleinere auf Gruppenebene“ (SS, Interview 3/2, Abs. 40). Bei Großgruppentreffen wird ab und an ein Meinungsbild erstellt (ebd., Abs. 35). Im KalYpso ist es anders: Dort wird bei Entscheidungen abgestimmt - jede Wohnung bei Entscheidungen eine Stimme (ISF, Interview 2, Abs. 124).

6.4 Care-Situation der Befragten

Im Folgenden wird die Care-Situation der Befragten skizziert, insbesondere, welche Haushalts- und Sorgetätigkeiten anfallen, wie diese gegebenenfalls in einer Partnerschaft verteilt sind, welche weiteren familiären Unterstützungsnetzwerke oder private Lösungsstrategien bestehen. Unterstützungsnetzwerke und -mechanismen innerhalb des Wohnprojekts werden anschließend in einem separaten Unterkapitel betrachtet. Wie im Sample dargelegt, wurden verschiedenste Sorge-Situationen untersucht: Darunter beispielsweise alleinerziehende Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern, eine junge Frau, die ihren Vater pflegt sowie ein FLINTA*-Vater in Karenz.

TP (Attemsgasse) ist alleinerziehende Mutter, sie hat zwei Söhne – einer davon ist im Volksschulalter (TP, Interview 4, Abs. 171), der andere besucht bereits das Gymnasium (ebd., Abs. 23). TP arbeitet vier Tage pro Woche, davon zwei im Homeoffice (ebd., Abs. 153). Ihre Mutter wohnt in Krems, hat TP jedoch insbesondere als die Kinder noch kleiner waren in der Kinderbetreuung unterstützt (ebd., Abs. 105). In dieser Zeit hat sie die Kinder einmal wöchentlich am Donnerstag vom Kindergarten oder der Schule abgeholt und eine Nacht zu sich genommen (ebd.). So konnte TP an diesem Tag länger arbeiten. „Das war so mein Wochenende“, sagt TP, da sie Freitags immer arbeitsfrei hat (ebd.). Sie hat dann häufig Donnerstag bei ihrem Freund übernachtet oder war die ganze Nacht tanzen und hat anschließend „richtig schön ausgeschlafen“ (ebd.). Den Vormittag hatte sie noch frei, bis die Kinder am Freitagnachmittag wieder von Kindergarten und Schule abzuholen waren (ebd.).

Inzwischen übernehmen ihre Eltern die Betreuung der Kinder beispielsweise in den Ferien oder über ein Wochenende, wenn TP mal ein paar Tage wegfährt (ebd., Abs. 107).

MK (JUNO) ist ebenfalls alleinerziehende Mutter. Sie studiert Rechtswissenschaft. Im ersten Jahr war sie viel mit ihrem Sohn alleine, wie sie berichtet. Seit vergangenem September besucht er jedoch einen Kindergarten (MK, Interview 5, Abs. 6). MK hat keine Familienangehörigen in Wien. Sie greift zwar ab und zu auf Babysitterinnen zurück, kann sich das jedoch nicht häufig leisten (ebd., Abs. 11). Der Verein KiB unterstütze sie regelmäßig mit den „Notfallmamas“, wenn ihr Sohn krank ist und mit zwei Entlastungstagen pro Quartal (ebd.).

NM (Auenweide) hat einen siebenjährigen Sohn mit ihrem Partner, sowie zwei Stieftöchter „in der Pubertät“ (NM, Interview 6, Abs. 79), die zwar über eigene Zimmer im Haus verfügen, jedoch den Großteil der Zeit bei ihrer Mutter leben (ebd., Abs. 6). NMs Sohn besucht seit Herbst die Schule. „Da ist natürlich viel zu tun und zu checken“, sagt NM (ebd., Abs. 79). Sie empfindet die Aufteilung der Sorgearbeit in ihrer Beziehung als fair. Sie und ihr Partner arbeiten zwar beide Vollzeit, NM hat jedoch die Möglichkeit, zwei Tage pro Woche im Homeoffice zu arbeiten (ebd.). Ihr Partner ist zudem aufgrund seiner Lehrertätigkeit an den Nachmittagen daheim. So übernimmt sie die „Frühschicht“ und er den Nachmittag (ebd.). Einkaufen übernehme beispielsweise ihr Partner, da er mit dem Auto in die Arbeit fährt (ebd., Abs. 81). Zudem wohnen die Eltern ihres Partners nicht allzu weit weg, in Wien. Einräumend sagt NM lediglich „Ich finde es bei uns recht gut verteilt im Haushalt, auch wenn es unterschiedliche Ansichten gibt, von wegen wie sauber oder wie ordentlich irgendwas zu sein hat“ und „Die Kleinkindpflege ist jetzt zum Glück nicht mehr so ein Thema. Das (...) war in den ersten Jahren natürlich eher hauptsächlich bei mir, wie das halt so ist“ (ebd.).

PK (Que[e]rbau Seestadt), der eigentlich in der Pflege berufstätig ist, ist seit sieben Monaten mit seinem einjährigen Sohn in Karenz (PK, Interview 8, Abs. 18). Seine Frau und Mutter des Kindes arbeitet 25 Stunden pro Woche im IT-Bereich, die restliche Zeit ist sie jedoch ebenso in der Haushalts- und Sorgearbeit involviert (ebd.). PK berichtet von der Zeit vor seiner Karenz, in der er nach einer zwölfstündigen Schicht in seinem Pflegeberuf noch einkaufen ging, die Wäsche wusch und für den nächsten Tag vorkochte (ebd., Abs. 61). Die Haushaltstätigkeiten erledigte er also, während das Kind schlief, um dann am nächsten Tag „die Care-Arbeit mit dem Kind zu machen und nicht (...) diese Haushaltstätigkeiten“ (ebd., Abs. 57).

SJB pflegt ihren an Multipler Sklerose erkrankten und demenziell veränderten Vater in der inklusiven Wohngemeinschaft, die sie als Reaktion auf den erhöhten Betreuungsbedarf gegründet hat (SJB, Interview 7, Abs. 16). Unter der Woche wird der Vater professionell in einer Tagesstruktur betreut. Zudem kommt morgens eine mobile Pflege und übernimmt die Grundpflege (ebd., Abs. 17). SJBs Oma spielt auch eine wichtige Rolle in der Pflege ihres Sohnes. Da SJBS Vater sehr früh, zwischen fünf und sechs Uhr in der Früh aufsteht und um die Zeit niemand in der WG wach ist, bereitet SJBs Oma Frühstück für ihren Sohn zu (ebd., Abs. 18). Viel Zeit nehme allerdings die Abendroutine in Anspruch (ebd., Abs. 10). Sofern ihr Partner da ist, übernimmt er diese Aufgabe zwar, aufgrund seiner kubanischen Staatsbürgerschaft lebt er allerdings nicht kontinuierlich, sondern lediglich monatelange in der Wohngemeinschaft (ebd.). Die Abendroutine umfasst beispielsweise die Medikamenteneinnahme, die Reinigung der Zahnprothesen sowie das Bereitlegen des Pyjamas und der Kleidung für den nächsten Tag (ebd.). Generell sei ihr Partner intensiv in die Pflege eingebunden. Personen, die SJB diesbezüglich Erstaunen entgegenbringen („Na, das ist aber voll toll, dass dein Mann da so viel mithilft“, ahmt SJB nach) entgegnet sie, dass sie ihn nicht geheiratet hätte, würde er sich nicht maßgeblich an der Pflegesituation beteiligen (ebd., Abs. 54). SJB erwähnt zudem die *mental load*, also die mentale Belastung, die sich aufgrund der notwendigen Planungs- und Koordinationsarbeit und generell durch die große Verantwortung, die sie trägt, ergibt. Ihr Vater übernehme auch Tätigkeiten im Haushalt, beispielsweise in der Gartenarbeit. Dafür benötige er allerdings viel Anleitung. Diese erhalte er in den meisten Fällen von seiner Tochter. Die Mitbewohnenden übernehmen zwar Aufgaben, SJB koordiniert jedoch alle Tätigkeiten. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Mitbewohner:innen meist nur vorübergehend in der Wohngemeinschaft wohnen und eine dementsprechend hohe Fluktuation besteht. So muss SJB viel Zeit und Energie aufwenden, um neue Mitbewohner:innen in die Sorgetätigkeiten einzuführen. Einerseits wünscht sie sich, weniger dieser mentalen Belastung und Verantwortung zu tragen, andererseits empfindet sie es schwierig, diese zu delegieren, da es sich um ihren eigenen Vater handelt (ebd.).

Insgesamt scheinen jene Personen, die sich die Sorgearbeit in einer Beziehung aufteilen, diese als größtenteils gerecht zu empfinden. Insbesondere die jüngste Befragte schien sich viel mit Sorgearbeit und deren gerechten Verteilung innerhalb einer Partnerschaft auseinanderzusetzen. Auffällig war außerdem, dass sie ihre Sorgetätigkeiten sehr gut artikulieren konnte und Begriffe wie *Care-Work*, *FLINTA**, und *mental load* verwendete. Dies könnte auf ein höheres Bewusstsein jüngerer Generationen für die Relevanz von Sorgearbeit hinweisen. Die meisten

befragten Personen greifen – sofern diese in der Nähe verfügbar ist – auf familiäre Unterstützung, auf private Lösungen wie Babysitter:innen oder auf professionelle Angebote zurück.

6.5 Infrastrukturen der Versorgung

Wie Ansätze kritisch feministischer Stadtplanung zeigen, erleichtern kurze Wege zu Versorgungsinfrastrukturen die Erledigung von Sorgetätigkeiten. Aus diesem Grund wurden die Interviewees hinsichtlich der Verfügbarkeit von und Entfernung zu Infrastrukturen der Versorgung wie Supermärkten, Ärzt:innen, Bildungseinrichtungen und Grünflächen befragt.

Für TP (Attemsgasse) und ihre Kinder bietet die Umgebung des Wohnprojekts einen großen Park, Kinderspielflächen, Sportanlagen mit Basketballkörben und einem Volleyballnetz, welche ihre Kinder gerne in Anspruch nehmen (TP, Interview 4, Abs. 21). Auch die Ganztagsvolksschule und das Gymnasium, welche ihre Söhne besuchen, befinden sich in Gehdistanz (ebd., Abs. 23). Die Kinder können sich dadurch unkompliziert mit anderen Kindern aus der Schule im Park verabreden (ebd., Abs. 19). „Das hat sich alles super ergeben für mich als Alleinerzieherin. Also ergeben – ich habe das eben deshalb so gewählt“ (ebd.). TP selbst fährt circa zehn Minuten U-Bahn in die Arbeit. Die U1-Station „Kagran“ ist in fußläufiger Entfernung (ebd., Abs. 25). Für den täglichen Bedarf kaufen sie im Donauzentrum ein. Lediglich schöne Restaurants und Fairtrade-Läden fehlen TP in ihrer Wohngegend (ebd., Abs. 27).

[ro*sa] KalYpso verfügt laut der Bewohnerin aufgrund der günstigen Lage in Meidling über eine gute infrastrukturelle Anbindung – als Beispiele führt sie Ärzt:innen, Kindergärten und Grünflächen als Treffpunkte für Jugendliche in der unmittelbaren Umgebung an (ISF, Interview 2, Abs. 73).

Die Auenweide liegt etwas außerhalb von Wien in Wördern. Wördern ist zwar ein kleiner Ort, die Grundausrüstung sei jedoch vorhanden. (NM, Interview 6, Abs. 98). Es gibt drei Kindergärten, eine öffentliche Volksschule sowie eine private im Nachbarort; ebenso Einkaufsmöglichkeiten und Ärzt:innen. „Also es ist gut versorgt und gut angebunden und wir

haben einiges“. NM bemängelt lediglich fehlende Drogeriemärkte. Großeinkäufe erledigt die Familie zudem tendenziell in Tulln oder Wien (ebd.).

PK (Que[e]rbau Seestadt) empfindet die Nahversorgung in der Seestadt als gut ausgebaut für sorgetragende Personen oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen (PK, Interview 8, Abs. 72). Bei Schlüsselstellen wie der U-Bahnstation existieren Einkaufsmöglichkeiten, sodass PK vor Beginn seiner Karenz auf dem Heimweg von seiner Pfllegetätigkeit, die oft um 19 Uhr endete, noch einkaufen konnte (ebd., Abs. 63). Allgemein sieht er die Seestadt „stadtentwicklungstechnisch“ als positiv an und erwähnt leichte Begehrbarkeit, zentrale Lage und gute Einrahmung durch die öffentlichen Verkehrsmittel (ebd., Abs. 96). Es gebe kostenlose öffentliche und leicht zugängliche Angebote für Kinder und Jugendliche in der Seestadt. Er erwähnt beispielsweise ein Jugendzentrum und eine Stadtbücherei. Das Angebot an Ärzt:innen stuft er wie folgt ein: „Es könnte besser sein, aber es ist ok“ (ebd.). Es gebe zwar beispielsweise drei Kinderärzt:innen. Bei den zwei Kassenärzt:innen seien die Kapazitäten jedoch voll und bei der privaten die Öffnungszeiten „nicht so berauschend“ (ebd.). Zusammenfassend sagt er aber wiederum: „Also wir sind eh gut gesegnet. Also das war eine sehr gute Entscheidung, hierher zu ziehen, weil wir einfach sehr gut versorgt sind“ (ebd., Abs. 109). Denn auch wenn einmal in der Woche jemand aus der Familie aushelfe, sagt er weiter: „Also das ist super, dass einmal die Woche wer da ist. Aber einmal die Woche kann man nicht arbeiten gehen“ (ebd.). Auch RH sagt über Que[e]rbau: „Im Prinzip, das, was man so braucht, ist auch tatsächlich in Gehdistanz alles verfügbar“ (RH, Interview 1/2, Abs. 155). Einschränkung fügt er hinzu, dass die Seestadt eben noch ein neuer Stadtteil sei und etwas weniger lebendig, als man es von der Stadt gewohnt sei. So müsse man für dieses Gefühl zunächst bis Praterstern oder Schottentor fahren (ebd., Abs. 174).

SS und AR betonen die Nähe der HausWirtschaft zu Kindergarten und Schule: „Weil die brauchen halt dann drei Schritte machen und sind schon dort und dann ist das abholen und hinbringen auch schon viel einfacher“ (SS, Interview 3/2, Abs. 65). Das erleichtere Sorgearbeit „weil die Nähe, die kurzen Wege, ja“ (ebd., Abs. 69). Die HausWirtschaft, die sich als Pilotprojekt für eine nutzungsgemischte Stadt sieht, bietet zudem kleinteilige Arbeitsflächen. So kann Arbeiten und Wohnen kombiniert werden. „Die finden großen Anklang“ und weiter „Viele arbeiten hier. Also arbeiten und wohnen“ (ebd., Abs. 52). Ein paar Bewohner:innen des Que[e]rbaus arbeiten ebenfalls direkt in der Seestadt (RH, Interview 1/2, Abs. 170). Das

KalYpso bietet ebenfalls Büroflächen, aktuell nutzt dieses Angebot jedoch nur eine Bewohnerin (ISF, Interview 2, Abs. 127).

Insgesamt scheinen die Wohnprojekte auch gut angebunden und die meisten Infrastrukturen fußläufig erreichbar zu sein. Dort, wo dies nicht der Fall zu sein scheint, plant die Bewohnerin MK (JUNO) aus diesem Grund bereits konkret einen Umzug. Die Befragten bestätigen die Relevanz *kurzer Wege* zu Infrastrukturen der Versorgung in einem sorgenden Alltag.

6.6 Unterstützung in der Sorgearbeit durch Bewohner:innen

Neben den Infrastrukturen der Versorgung stellten für die Beantwortung der Forschungsfrage potenzielle Unterstützungsmechanismen unter Bewohner:innen in der Bewältigung von Sorgearbeit einen weiteren Fokus dar. Es zeigte sich, dass die gegenseitige Unterstützung in den Wohnprojekten über klassische Nachbarschaftsdienste wie Post holen und Blumen gießen während eines Urlaubs hinausreichte.

Fürsorge im Krankheits- oder Pflegefall

Im KalYpso sorgen einige Bewohner:innen konkret füreinander. Die Bewohnerin ISF und drei weitere Bewohnerinnen höheren Alters - die *[ro*sa] senioras*, wie sie sich nennen - gründeten beispielsweise eine gemeinsame Signalgruppe (ISF, Interview 2, Abs. 21). Jeden Tag zwischen 8 und 10 Uhr morgens melden sich alle Mitglieder in dieser Signalgruppe. Durch dieses System wird bemerkt, falls sich ein Sturz oder ein ähnlicher Vorfall ereignet (ebd.). Zudem haben einige Bewohner:innen ihre Zweitschlüssel beieinander platziert und sogenannte *Notfallblätter* ausgefüllt (ebd., Abs. 135). Diese bieten eine Übersicht mit Informationen zu ihrer Medikamenteneinnahme, den Blutgruppen, Krankheiten, Ärzt:innen sowie in einem Notfall zu kontaktierende Familienmitglieder der Bewohner:innen (ebd.). In der Woche vor dem Interview ereignete sich auch tatsächlich ein Vorfall: ISF fiel in der Früh in Ohnmacht und stürzte. Daraufhin rief sie eine Nachbarin an, die über den Ersatzschlüssel verfügte, da sie Schmerzmittel brauchte, sich jedoch nicht traute, alleine aufzustehen. Die Nachbarin kam direkt und gemeinsam holten sie ein Medikament und ein Glas Wasser. Da die Nachbarin im Anschluss wichtige Termine hatte, übernahm eine weitere Nachbarin die Fürsorge, rief die Rettung und begleitete ISF für einige Stunden ins Krankenhaus. Die Interviewpartnerin findet

dies „schon speziell“ (ebd., Abs. 15). Aus einem anderen [ro*sa] Wohnprojekt, im 11. Bezirk, berichtet sie von einem weiteren speziellen Sorgesystem. Dort wohne eine Frau im Rollstuhl, die regelmäßige Unterstützung durch eine Assistenz benötige, auch nachts. Das werde zwar von der Stadt Wien finanziell unterstützt, koste aber jeden Tag und jede Nacht, selbst wenn nicht viel Unterstützung in Anspruch genommen wird. Die betroffene Person fragte, ob Frauen im Wohnprojekt bereit wären, abwechselnd die Nacht-Bereitschaftsdienste zu übernehmen, und so hat es sich auch seit Einzug tatsächlich etabliert (ebd., Abs. 25). ISF nennt noch ein weiteres Beispiel: Bei der Schulterverletzung einer Bewohner:in wurde dieser beispielsweise durch eine Nachbarin die Haare gewaschen (ebd., Abs. 139). Generell erhalte man im Krankheitsfall zeitnah Hilfe beim Einkaufen oder eine Begleitung ins Spital, wenn benötigt (ebd., Abs. 35).

In der inklusiven Wohngemeinschaft ist die Pflege von SJBs Vater ohnehin zentral. Wenn SJB für längere Zeit nicht anwesend sein kann, übernimmt ein:e Mitbewohner:in die Abendroutine sowie die Medikamentenverabreichung in der Pflege des Vaters und zahlt in dieser Zeit keine Wohnkosten (SJB, Interview 7, Abs. 10).

PK (Que[e]rbau Seestadt) berichtet von Angeboten wie Wäsche hinauf- und hinuntertragen und füreinander einkaufen im Krankheitsfall (PK, Interview 8, Abs. 53). Zudem erzählt er von folgender konkreten Situation: Kurz nach der Geburt seines Sohnes hatte seine Frau eine Augenentzündung und musste relativ häufig Arzttermine wahrnehmen. PK war zu dieser Zeit jedoch noch nicht in Karenz, sondern arbeitete in seinem Pflegeberuf. In dieser Zeit begleiteten verschiedene Leute seine Frau und das Baby zu den Terminen (ebd.).

In der Auenweide ist man im Krankheitsfall ebenfalls gut versorgt. In der Signalgruppe „Nachbarschaftshilfe“ wird aktiv nach Hilfe gefragt oder diese konkret angeboten. NM nennt beispielhaft folgende Nachrichten: ‚Bin krank brauche Suppe.‘ ‚Kann mir wer einkaufen?‘ ‚Kann jemand zur Apotheke?‘ (NM, Interview 6, Abs. 70). NM schätzt die zeitnahe und große Hilfsbereitschaft in der Auenweide sehr: „Es ist urschön, echt ein Traum“ und „Wenn ich krank bin, krieg ich nullkommanix fünf Suppen angeboten“ (ebd., Abs. 88).

Emotionale Care-Arbeit

In der HausWirtschaft wird nicht nur während eines Krankheitsfall Hilfe und Unterstützung angeboten, sondern auch im Nachhinein umeinander gesorgt: Erscheint eine Person nach längerer Krankheit wieder, so ist es üblich, dass sich die anderen Bewohner:innen nach dem Wohlbefinden erkundigen. „Ich habe schon stark das Gefühl, dass wir hier alle Miteinander sehr aufeinander schauen. Also die Hilfe, die gegenseitige, ist wirklich sehr, sehr groß“ (SS, Interview 3/2, Abs. 52).

In der Auenweide wurde eine Frauenrunde für Austausch und die entsprechende Signalgruppe „Frauenweide“ gegründet (NM, Interview 6, Abs. 106). Seitdem finden hin und wieder Treffen in diesem Kreis statt. NM besuchte bereits außerhalb des Wohnprojekts des Öfteren Frauenseminare oder veranstaltete mit Freund:innen Frauenkreise und erlebte dies stets als „sehr kräftigend und fein“, wie sie berichtet. Gleichzeitig räumt sie ein, dass für sie persönlich das Geschlecht der Person, mit der sie sich austauscht als nicht besonders relevant empfindet. Jedoch weiß sie von Bewohner:innen, für die dies einen Unterschied mache und die manche Angelegenheiten lieber in einer Frauenrunde teilen und besprechen. Dort müssen sie sich weniger verstellen, können sich offener zeigen und so mehr sie selbst sein, fühlen sich mehr verstanden und weniger bewertet, so NM. Diese Frauentreffen finden dann beispielsweise am Kamin oder an der Feuerschale statt. So leisten die Frauen gegenseitige emotionale Sorgearbeit. NM berichtet jedoch auch von einer Situation, in der ein (männlicher) Bewohner ein Anliegen hatte und den Wunsch nach Austausch verspürte. Dies postete er in der Auenweide-Gesamtgruppe. Daraufhin fand eine Runde im Kaminzimmer statt, es erschienen drei Männer und neun Frauen. Der Aspekt der Geschlechterverteilung war zwar für NM nicht vordergründig für ihre Erzählung, es ist aber dennoch eine spannende Beobachtung, dass hier Frauen eher die emotionale Sorgearbeit auf sich nehmen (ebd.). Generell wird im Rahmen von Gemeinschaftstagen in der Auenweide häufig einen sogenannter „Herzraum“ eröffnet (ebd. Abs. 77). Das bedeutet, dass sich die Bewohner:innen in einem Sitzkreis einfinden und Personen bei Bedarf die Möglichkeit erhalten, sich der Gruppe mitzuteilen. Die anderen hören zu, ohne zu bewerten, zu beurteilen oder zu verurteilen. Anschließend wird der Redegegenstand weitergegeben. „Das hilft und schafft enorm viel Verbindung und Nähe“ (ebd., Abs. 108). NM ist sich zudem sicher, dass dadurch Konflikte vermieden werden. Es gibt jedoch auch ein eigenes Team „Miteinander“, das sich mit Konflikten beschäftigt und einen eigene Konfliktleitfaden erarbeitet hat (ebd., 134).

In zwei Wohnprojekten wurde während der Covid19-Pandemie gemeinsam musiziert: ISF berichtet, dass sich die Bewohner:innen von KalYpso während der Covid19-Pandemie, in welcher viele Menschen vereinsamten, täglich um 18 Uhr auf ihre jeweiligen Balkone begaben und gemeinsam sangen (ISF, Interview 2, Abs. 143). Dies wurde auch durch die U-Form des Wohnprojekts maßgeblich erleichtert. So wurde der Vereinsamung in dieser Zeit entgegengewirkt und füreinander Sorge getragen. Auch in der Seestadt gab es im Sommer während gelockerten Regelungen wöchentlich einen Bandauftritt (AK, Interview 1/1, Abs. 132).

Zubereiten von Mahlzeiten

In mehreren Wohnprojekten bieten Bewohner:innen gelegentlich an, für andere zu kochen. Im KalYpso bietet eine Bewohnerin zweimal pro Woche eine selbstgekochte Mahlzeit für Bewohner:innen an (ISF, Interview 2, Abs., 132). Wer teilnehmen möchte, muss sich dafür anmelden und eine kleine Summe zahlen. So verdient sich die Bewohnerin ein wenig dazu – die Sorgearbeit wird demnach zumindest gering entlohnt. Dieses Essen kann anschließend gemeinsam im Gemeinschaftsraum stattfinden. Optional wird es für Bewohner:innen, die beispielsweise länger arbeiten, im Kühlschrank aufbewahrt. So haben sie die Möglichkeit, nach einem langen Arbeitstag eine frisch zubereitete Mahlzeit zu genießen, ohne selbst noch einkaufen und kochen zu müssen (ebd.). Ähnlich läuft dies in der Auenweide ab: Plant ein:e Bewohner:in in der Gemeinschaftsküche für alle zu kochen, so fragt sie beispielhaft in der Signalgruppe *Auenweide Restaurant*: „Würde heute Abend gerne Erdäpfelgulasch machen, finden sich zehn Leute, die mitessen würden, dann mach ich's“ (NM, Interview 6, Abs. 70). Das Angebot beruht auf freiwilliger Spendenbasis. Auch im Que[e]rbau in der Seestadt gibt es eine Bewohnerin, die für andere kocht und dabei gerettete Lebensmittel verwendet. Dafür besteht eine Art Kooperation mit dem lokalen Lebensmittelgeschäft in der Seestadt (RH, Interview 1/2, Abs. 100).

Unterstützung in der Kinderbetreuung

NM (Auenweide) berichtet von einer besonderen Situation, die sich wenige Monate vor dem Interview abgespielt hat. Während sie und ihr Partner in der Arbeit in Wien waren, wurde sie von der Schule angerufen, dass ihr Sohn Bauchweh habe, weine und nach Hause müsse. NM und ihr Partner hätten beide mindestens eine Stunde zur Schule gebraucht. So rief NM einen

Nachbarn an, ob er ihren Sohn abholen könne. Dieser willigte sofort ein, wandte jedoch ein, dass er kein Auto besitze. Fünf Minuten später rief er erneut an, er habe sich ein Auto von einem weiteren Nachbarn ausgeborgt. Zwar hatte er auch nicht den Schlüssel zu NMs Wohnung, über diesen verfügte jedoch wiederum eine weitere Nachbarin. So holte der Nachbar NMs Sohn ab, gemeinsam holten sie mit dem Schlüssel Spielsachen und Bücher aus NMs Haus. Als NM ihren Sohn nach der Arbeit beim Nachbarn abholte, lag dieser gemütlich auf dem Sofa des Nachbars und sah sich einen Comic an, wie sie erzählt (NM, Interview 6, Abs. 92). Generell erhält man in der Auenweide schnell und unkompliziert Hilfe und Unterstützung in der Kinderbetreuung. NM sagt: „Das ist wie eine erweiterte Familie“ (ebd., Abs. 96). Allein dadurch, dass ein Babyfon innerhalb der Auenweide überall hinreiche, könne man dieses einer Nachbarin geben, wenn man schnell etwas erledigen muss, während das Kind schläft (ebd.). Auch für die Kinder sei es „total schön, dass man nicht immer was ausmachen muss, sondern dass die einfach draußen spielen können“ (ebd.). Ihr Sohn habe dadurch gar nicht so dieses „Einzelkindgefühl“ wie es NM nennt (ebd.). Oft klinge bereits in der Früh ein Nachbarsfreund ihres Sohnes und verbringt teilweise den ganzen Tag bei ihnen (ebd.). Man müsse sich die Kinderbetreuung zwar auch im gemeinschaftlichen Wohnprojekt organisieren, NM empfindet die Organisation jedoch als „leichter“, „viel spontaner möglich“ und „viel barrierefreier“ im Vergleich zu ihrer vorherigen Wohnsituation (ebd. Abs. 106). NM sieht dies auch darin begründet, dass nur wenige Personen in der Auenweide klassische *nine-to-five-jobs* innehalten (ebd., Abs. 86). Einige seien auch freiberuflich tätig und leiten beispielsweise eher am Wochenende Workshops oder Seminare und sind dadurch unter der Woche vermehrt Zuhause (ebd.). AR aus der HausWirtschaft stellt ebenfalls fest: „Es ist so relaxed, ja. Also, die Kinder sind weg, und es ist nicht so: ‚Wo sind sie?‘“ (AK, Interview 3/1, Abs. 68). Auch PK (Que[e]rbau Seestadt) empfindet es als leichter, (spontan) Unterstützung zu erhalten, als in einem anonymen Mietwohnungssystem (PK, Interview 8, Abs. 113). Insbesondere im Sommer, wo Kindergärten geschlossen und Familienangehörige tendenziell verreist sind, sei man auf Unterstützung angewiesen (ebd., Abs. 55). Er berichtet von Hilfe in der Betreuung seines Sohnes durch Personen mit sowie ohne Kinder – nur nicht von *cis* Männern, „alle anderen schon“ (ebd., Abs. 53). Auch TP (Attemsgasse) macht die Beobachtung, dass vor allem andere Mütter helfen, „denen es selbst bis daher steht“ Und die „das einfach total gut verstehen können“ und „unter Protest ihrer Männer teilweise (...) unterstützen“ und weiter „Es sind die Frauen, die sich da zusammentun, das ist eh spannend“ (TP, Interview 4, Abs. 95). Einen Grund dafür sieht sie allerdings auch in der Tatsache begründet, dass diese auch meistens mit den Kindern zu Hause oder im Homeoffice und somit verfügbar sind, wenn TP Hilfe benötigt (ebd.,

Abs. 101). Zudem unterstützte sie insbesondere eine ältere Frau, die sie auf Anfang 70 schätzt und auf TPs Stiege wohnt in der Kinderbetreuung (ebd., Abs. 71). Zu Beginn hat TP sie dafür wie eine gewöhnliche Babysitterin bezahlt. Die Dame lehnte die Bezahlung jedoch ab einem gewissen Zeitpunkt ab und schlug stattdessen vor, die Kinder von dem Geld lieber auf ein Eis einzuladen. Bis heute weiß TP, wie sie berichtet, dass die ältere Frau, sofern sie Zeit hat, einspringen würde, wenn TP dringend etwas erledigen muss (ebd.). TP gründete bereits vor ihrem Einzug eine Facebook-Gruppe für die Bewohner:innen des Wohnprojekts. In erster Linie, da sie als Alleinerziehende auf ein Netzwerk angewiesen sei, wie sie sagt (ebd., Abs. 65). Deshalb sei es praktisch, mit anderen Nachbar:innen in Verbindung zu stehen. Dies gibt ihr das Gefühl, „dass man nicht ganz alleine ist“. Und weiter: „Das ist ganz wichtig, also einfach das Gefühl zu haben, man kann im Notfall jemanden fragen und dann meldet sich wahrscheinlich auch jemand“ (ebd., Abs. 67). Es gebe zudem eine Whatsapp-Gruppe für „Mütter, die sich zusammentun“ (ebd., Abs. 141). Insgesamt habe sich TP allerdings noch mehr Kontakt zu anderen Bewohner:innen vorgestellt und findet, man könnte sich noch besser organisieren, zum Beispiel in der wechselseitigen Kinderbetreuung. Und weiter: „Also so wie eine Familie oder so ist es nicht. Dafür ist es vielleicht doch einfach (...) eine zu große Wohnanlage“ (ebd., Abs. 157). So spielt die Größe eines Wohnprojekts gegebenenfalls eine Rolle im Ausmaß des gemeinsamen Sorgetragens. ISF ([ro*sa] KalYpso) hat zwar selbst keine Kinder, berichtet aber von Bewohner:innen, die sich gegenseitig unterstützen, indem sie beispielsweise das Kind anderer Bewohner:innen vom Kindergarten abholen (ISF, Interview 2, Abs. 135).

Während der Befragung kristallisierte sich stark heraus, dass gegenseitige Unterstützung in der Kinderbetreuung vor allem zwischen Eltern mit Kindern in ähnlichem Alter stattfindet: MK hat vor allem mit einer Mutter des JUNO-Hauses, welche ein Kind in einem ähnlichem Alter hat, engen Kontakt. Auch NM (Auenweide) betont, dass Freundschaften im Projekt vom Alter der Kinder abhängen. PK (Que[e]rbau Seestadt) erwog den Einzug unter anderem auch deshalb, weil ein weiteres Paar im Wohnprojekt ebenfalls zu dem Zeitpunkt einen Kinderwunsch geäußert hatte. ISF ([ro*sa] KalYpso) berichtet von „Untergrüppchen“ an Personen mit „gleichaltrigem Kind“. In TPs (Attemsgasse) Fall ist es so, dass ihre Söhne etwas älter sind als die meisten Kinder im Wohnprojekt. Inzwischen gäbe es viele kleine Kinder, die zusammen im Hof spielen. Das sei bei ihren Söhnen nicht der Fall gewesen, zudem haben sie die Ganztagschule besucht und dadurch erst recht weniger mit anderen Kindern im Hof gespielt.

Weitere Unterstützungsmechanismen

Neben der Unterstützung im Krankheits- oder Pflegefall, emotionaler Care-Work, Hilfe in der Kinderbetreuung und bei Haushaltstätigkeiten wie Waschen, Einkaufen und Kochen helfen die Bewohner:innen der meisten Projekte einander durch Empfehlungen für Ärzt:innen und Leihgaben (Werkzeug, Lebensmittel) oder beispielsweise beim Aufbau von Möbeln aus. In einigen Wohnprojekten haben sich auch Sharing-Mechanismen etabliert. NM (Auenweide) teilt sich beispielsweise seit ein paar Monaten mit zwei weiteren Familien ein Elektroauto. In einen Google-Kalender trägt jede Person ein, wann sie das Auto nutzen möchte. Gefahrene Kilometer werden aufgeschrieben und anteilig bezahlt (NM, Interview 6, Abs. 41). Einige Wohnprojekte haben auch eine Waschküche, sodass nicht jeder Haushalt über eine Waschmaschine verfügen muss. Auch dies funktioniert häufig mit Strichliste und anteiliger Zahlung des Strompreises (ebd., Abs. 62). Zudem teilt sich NM (Auenweide) eine Gemüsebox mit einer Nachbarnfamilie (ebd., Abs. 108). Die Gemüsebox stammt von einem weiteren Nachbarn, der Biobauer auf einem Hof in der Nähe ist (ebd., Abs. 110).

Die meisten Bewohner:innen betonen neben der gegenseitigen Unterstützung allerdings auch die Möglichkeit, sich jederzeit zurückziehen zu können. „Ich kann auch nein sagen“ (PK, Que[e]rbau Seestadt, Interview 8, Abs. 113), „Manchmal habe ich auch einfach keine Lust, von meiner Suppe abzugeben“ (AR, die Hauswirtschaft, Interview 3/1, Abs. 62), „Es gibt Lebensphasen wo ich sag, ‚Boah, heute bitte nicht‘“ (NM, Auenweide, Interview 6, Abs. 58). und weiter „Man kann auch sagen, ich wohne in meiner Wohnung und mache meine Tür zu“ (ebd., Abs. 56). „Gleichzeitig kann man auch nochmal gucken, wo man jetzt sich angesprochen fühlt, und wo nicht“, so AR, die selbst kinderlos ist und sich daher beispielsweise auch nicht zuständig für den Kinderspielraum fühlt (AR, Interview 3, Abs. 64). Weiter sagt sie: „Und das finde ich auch ganz gut, dass es so Bereiche gibt, wo man sagt: ‚Da gucke ich jetzt gar nicht‘“ (ebd.). Der Initiator von Que[e]rbau berichtet auch, dass nicht alle Bewohner:innen in der Whatsapp-Gruppe seien, da sie nicht in ständiger „Alarmbereitschaft“ seien wollen, dass etwas los sein könnte im Haus (AK, Interview 1/1, Abs. 105). In manchen Wohnprojekten ziehen Menschen zudem vordergründig wegen der finanziellen Leistbarkeit und nicht wegen dem Gemeinschaftsaspekt. So werden im KalYpso beispielsweise zwei Drittel der Wohnungen über den Verein von ro*sa, ein Drittel der Wohnungen jedoch direkt über das Wohnservice Wien vergeben – mit Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bewohner:innenschaft. Auch in die inklusive WG ziehen manchmal Personen, für die der Preis und nicht der inklusive Aspekt

vordergründig ist. Für ein paar Monate sei das okay, aber langfristig muss SJB sich auf die Mitarbeit der Bewohner:innen verlassen können.

Wie gezeigt wurde, existieren zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen, darunter gegenseitige Fürsorge und Hilfe im Haushalt und im Krankheitsfall, Zubereiten von Mahlzeiten, emotionale Sorgearbeit und Unterstützung in der Kinderbetreuung. Die Bewohner:innen schätzen es, schnell Hilfe zu erhalten „Egal, was es ist, du hast innerhalb von Sekunden ein Angebot. Irgendjemand, für den es gerade passt, findet sich so gut wie immer. Das ist wirklich ein schönes Gefühl. Für das Leben hier“ (SS, die HausWirtschaft, Interview 3/1, Abs. 64). Zudem erachten sie es als Besonderheit gemeinschaftlicher Wohnprojekte: „Das kannst du nicht, das machst du bei nachbarschaftlichen Mietdingern nicht. Das kann ich aber im Haus machen, (...) es ist halt deutlich näher, und deutlich mehr Leute, du bist deutlich vernetzter. Es ist kein Dorf, aber es ist ein bisschen was“ (PK, Que[e]rbau Seestadt, Interview 8, Abs. 113).

6.7 Einschätzung des Potenzials gemeinschaftlicher Wohnprojekte

Die Interviewees wurden nach ihrer Einschätzung der Vorteile, beziehungsweise dem Potenzial sowie den Grenzen gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Hinblick auf eine geschlechtergerechte Verteilung von Sorgearbeit und nach (bisher unerfüllten) Wünschen für ihr Wohnumfeld befragt.

Sichtbarmachen der Sorgearbeit

SJB (Inklusive Wohngemeinschaft) sieht das Potenzial gemeinschaftlicher Wohnprojekte, den „Care-Gap“ zu verringern (SJB, Interview 7, Abs. 52). Sie begründet dies damit, dass Aufgaben mehr besprochen werden, wenn man in einem Verband oder einer Gemeinschaft pflegt oder Sorge trägt. Dadurch komme deutlicher zum Vorschein, wie viel Arbeit das eigentlich ist, so SJB (ebd.). Auch mit ihrem Partner habe sie viel darüber gesprochen. Ihm war zunächst nicht bewusst, wie viel Arbeit (die) Pflege (ihres Vaters) bedeutet. Inzwischen übernimmt er sehr viel Care-Arbeit im Haus und in der Pflege. In Momenten, in denen ihre Gesprächspartner:innen darüber verwundert reagieren, versucht sie ihnen die Relevanz fair aufgeteilter Care-Arbeit zu vermitteln (ebd., Abs. 54). SJB betreibt zudem Öffentlichkeitsarbeit über ihre Rolle als pflegende Angehörige und verhilft der Thematik dadurch zu Sichtbarkeit:

„Was halt schon auch viel dazu beträgt, dass Bewusstsein steigt, ist die Öffentlichkeitsarbeit, die ich mache, oder die wir machen und auch bis zu einem gewissen Grad diese Rollenbilder vorleben“ (ebd., Abs. 54).

Aufbrechen traditioneller Genderrollen

NM (Auenweide) sieht Wohnen in Wohnprojekten vorteilhaft und als *das* Wohnen der Zukunft für alle Menschen (NM, Interview 6, Abs. 134). Sie hebt die Tatsache hervor, dass Kinder in gemeinschaftlichen Wohnprojekten mehrere erwachsene Bezugspersonen haben. Ein Jugendlicher der Auenweide hat beispielsweise keinen Kontakt zu seinem leiblichen Vater, wächst im gemeinschaftlichen Wohnen aber mit anderen positiven männlichen Vorbildern auf (ebd., Abs. 104). „Wir haben halt auch eine große, überproportionale Dichte von, würd ich sagen, weltoffenen und herzoffenen Männern. Ich hab noch nie so viele Männer gesehen, die auch so, so weinen können und zu ihren Gefühlen stehen können wie hier. Und das ist halt was, was leider Gottes in der, im Großteil der Gesellschaft (...) nicht so üblich ist“ (ebd., Abs. 136). Auch wenn manche Bereiche noch den herkömmlichen Geschlechterklischees entsprechen, wie der männlich dominierte Arbeitskreis „Finanz und Recht“, so gibt es in der Auenweide auch sehr viele positive *role models* – Männer, die sich selbstverständlich um den Haushalt kümmern, kochen und Kinder zur Schule bringen oder im Team „Miteinander“ mitwirken, ebenso wie Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen (ebd., Abs. 134). In der Auenweide seien „wirklich untypisch viele Männer, die sich untypisch viel um die Kinder kümmern“ und weiter „Wir haben nicht so dieses Klassische: Mann arbeitet und Frau ist Zuhause, was es früher mal war“ (ebd., Abs. 81)). Kinder bekämen so vorgelebt, was alles möglich ist, sagt NM. Und weiter: „Und deswegen ist es was Besonderes, aber es ist zum Glück für die Kinder, die hier aufwachsen nicht mehr was Besonderes, und das ist so schön“ (ebd., Abs. 136). So werde die Geschlechtergerechtigkeit der Zukunft gefördert (ebd., Abs. 134).

Leichtere Bewältigung der Sorgearbeit

Wie gezeigt wurde, unterstützen sich die Bewohner:innen der meisten Wohnprojekte maßgeblich in der Bewältigung von Sorgearbeit. NMs Sorgearbeit, insbesondere die Kinderbetreuung werde in der Auenweide im Vergleich zu ihrer vorherigen Wohnsituation maßgeblich erleichtert. Das liegt insbesondere daran, dass die Kinderbetreuung mit weniger Organisationsaufwand als zuvor verbunden sei und große nachbarschaftliche Unterstützung

herrsche (NM, Interview 6, Abs. 104). Bevor NM in das Wohnprojekt einzog, stellte sie sich die Kinderbetreuung aufwendiger dar: Sie musste sich mit ihrer Schwester, ihrem Partner und dessen Eltern koordinieren und genau überlegen, wer wann da sein kann und „wer sich das wie einteilen“ kann (ebd., Abs. 79). PK (Que[e]rbau Seestadt) ist ebenfalls der Meinung, dass es einiges erleichtere (PK, Interview 8, Abs. 57).

Weitere positive Aspekte

Neben dem Beitrag zu einer besseren Bewältigung der Sorgearbeit im Alltag und zu einer geschlechtergerechteren Zukunft nennen die befragten Personen weitere Punkte, die im weiteren Sinne mit Sorge verbunden sind und für die Zukunftsträchtigkeit gemeinschaftlichen Wohnens sprechen. Darunter einen höheren Lebensstandard im Alter (SJB, Inklusive Wohngemeinschaft, Interview 7, Abs., 57) sowie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Zukunft durch Sharing-Systeme, erneuerbare Energiequellen und eine ökologische und nachhaltige Bauweise (NM, Interview 6, Abs. 37). Zudem beugen gemeinschaftliche Wohnprojekte der Vereinzelung und Einsamkeit vor. „Wir haben noch nie so einen lockeren, großen Freundeskreis gehabt“ (PK, Que[e]rbau Seestadt, Interview 8, Abs. 113). „Sowohl Ältere, als auch Alleinstehende, Alleinerziehende oder wie auch immer, haben immer wieder gesagt, wie bereichernd das ist und wie sie sich überhaupt nicht mehr vorstellen können, irgendwo anders zu leben, also in einer Wohnung alleine in Wien zu leben, vielleicht noch mit Kind, ist was ganz anderes, als wenn du hier bist“ (NM, Auenweide, Interview 6, Abs. 104).

Grenzen

Die Bewohner:innen ziehen jedoch auch Grenzen hinsichtlich der gemeinsamen Bewältigung von Sorgearbeit. ISF ([ro*sa] KalYpso) sagt zum Beispiel: „Pflegerische Angehörige, das schaffen wir nicht. Also dass es dann irgendwo Grenzen gibt“ (Interview 2, Abs. 35) und PK (Que[e]rbau Seestadt) „Die Hauptsorgearbeit trägt trotzdem, das ist ein Gesellschaftsproblem einfach, die Nuklearfamilie“ (Interview 8, Abs. 121). Auch AK (Que[e]rbau Seestadt) hebt hervor, dass eine Nachbarschaft „keine Anspruchsgemeinschaft“ sei (Interview 1/1, Abs. 83). Es sei zwar viel wert, wenn die Gemeinschaft gut funktioniere. Es gilt jedoch abzuwägen, in welcher Intensität Unterstützung erwartet und verlangt werden kann und was unrealistisch ist und von professionellen Kräften geleistet werden muss, so AK (ebd.). Um alles an Sorge zu bearbeiten und zu bewältigen, bräuchte es „jemand Professionellen“, einen „Mentor“, sagt AK.

Aktuell sei er noch am ehesten die Person, die dies (ehrenamtlich) übernehme: „Ich bin einfach nur da, habe ein paar Aufgaben, damit es soweit läuft. Also ich wäre noch am ehesten so dieser Kümmerer ein Stück weit (...), dass mal so eine Struktur da ist“ (ebd., Abs. 85).

Außerdem gebe es auch innerhalb der Wohnprojekte eine ungleiche Arbeitsverteilung – wenn auch nicht unbedingt vergeschlechtliche. ISF ([ro*sa] KalYpso) bemängelt teilweise fehlendes Engagement. Viele Bewohnende, insbesondere Ältere wünschen sich zwar gemeinsame Aktivitäten, irgendwer müsse diese jedoch auch organisieren (Interview 2, Abs. 122). In der Auenweide bemerkt NM eine Schieflage im Engagement bezüglich „Werkeln“, Aufräumen, Reparieren, Anpacken und Instandhaltungsarbeiten (NM, Interview 6, Abs. 120)

So gerne SJB ihren Vater auch pflegt und so gut die inklusive Wohngemeinschaft für sie den Großteil der Zeit funktioniert: Analog zu den Forderungen nach Lohn für Hausarbeit vieler Feminist:innen fordert auch SJB Lohn für die Pflegearbeit, die sie leistet. „Ich möchte ja nicht meine Altersvorsorge für die meines Papas aufgeben“ (SJB, Interview 7, Abs. 38). In Zeiten, in denen sie beispielsweise im Urlaub ist, fallen vermehrt Ausgaben an, zum Beispiel für die Anlieferung von Pflegemitteln, die sie üblicherweise selbst abholen würde, oder für einen Besuchsdienst (ebd., Abs. 32). Außerdem muss die mitwohnende Person in dieser Zeit zusätzlich SJBs Sorgetätigkeiten übernehmen und wird dafür vom Bezahlen der Miete befreit, wodurch in der Folge Mieteinnahmen ausbleiben (ebd.). „Es wird dann in der Zeit schon nochmal deutlicher, wie viel Pflege kosten kann. Und wie viel unbezahlte Arbeit ich eigentlich schon leiste“ (ebd., Abs. 34).

Wünsche für das gemeinschaftliche Wohnprojekt

Perspektivisch wünscht sich TP (Attemsgasse), eine neue Wohnung zu finden, die nicht nur Platz für sie und ihre zwei Kinder, sondern auch für ihren Partner und sein Kind bietet. Sie sieht sich jedoch mit der Tatsache konfrontiert, dass das Wohnungsangebot nicht auf ihren Bedarf, sondern auf Familien mit höchstens zwei Kindern ausgerichtet sind (TP, Interview 4, Abs. 166). Wohnungen, die über mehr als zwei Kinderzimmer verfügen, seien sie nicht mehr leistbar (ebd.). Dies zeigt, dass der Wohnbau noch nicht an die Realität verschiedener Familienformen adaptiert ist. Vergleicht TP die Gemeinschaftsräume ihres Wohnprojekte mit jenen anderer Wohnprojekte, so sieht sie Verbesserungspotenzial. Durch eine attraktivere Gestaltung der

Gemeinschaftsflächen, beispielsweise durch Bepflanzung, könnte der Aufenthalt in diesen gefördert werden (ebd., Abs. 162).

PK (Que[e]rbau Seestadt) suchte spezifisch nach Angeboten zum Austausch mit anderen FLINTA*-Vätern. Er berichtet zwar von zwei Angeboten in Wien für FLINTA*-Personen, die selbst ein Kind austragen und/oder mit ihrer Transition erst nach der Geburt beginnen (PK, Interview 8, Abs. 62). Zwar konnte er im Wohnprojekt mit trans* männlichen oder in einer anderen Form queeren Vätern sprechen, allerdings waren die „halt schon viel weiter, also mit erwachsenen oder fast erwachsenen Kindern“ (ebd.). Solch ein Angebot im Haus zu haben, hätte er sich gewünscht. In Bezug auf bauliche Aspekte merkt PK an, dass sich die Kinderwagenräume (sowie die Fahrradräume) im Keller befinden (ebd., Abs. 72). Es gibt zwar einen Lift, das empfindet PK aber als etwas mühsam, wenn dieser mal nicht funktioniert. Angenehmer wäre es, wären die Räume ebenerdig oder mit einer Rampe, sodass man den Kinderwagen direkt auf die Straße schieben kann. „Das interessiert Architekten – ungeduldet – nicht“ (ebd.).

Wie bereits oben dargelegt, wünscht sich NM (Auenweide) eine größere Altersdiversität, insbesondere mehr Mut von jungen Menschen. In der Auenweide einzuziehen, sei „nicht so eine Lebensentscheidung, wie ein Haus kaufen“ (NM, Interview 6, Abs. 112). Denn die Wohnungen stehen bereits, „es ist alles fertig, man könnte einfach kommen und es sich anschauen“ (ebd.). ISF ist nicht erfreut über die Tatsache, dass man Wohnungen im KalYpso kaufen kann, da sich dadurch der Charakter des Hauses verändere (ISF, Interview 2, Abs. 165). Kauft eine Frau beispielsweise eine Wohnung und vererbt diese an ihren Sohn, „dann wird das um ein Stückchen weniger Frauenwohnprojekt“ (ebd., Abs. 169).

Zukunftsperspektivisch wünscht oder imaginiert ISF zudem eine Kooperation mit dem Pflegeheim in der Nähe (ISF, Interview 2, Abs. 37). Bereits während der Planung setzten ISF und andere zukünftige Bewohner:innen sich mit konkreten Fragen zum Alt-werden auseinander (ebd., Abs. 21). Das begründet sie auch damit, dass sie bei Einzug 60 und inzwischen 65 Jahre alt sei. Sie fragten sich, wie sie dafür sorgen können, dass sie im Wohnprojekt alt werden *können*, wie sie dort alt werden *wollen*, was sie dafür brauchen, was sie adaptieren müssten (ebd.). Inspiriert von einem Frauenwohnprojekt in München haben ein paar von ihnen sich ein gemeinsames Grab gekauft (ebd., Abs. 23). ISF räumt jedoch auch ein, dass sie sich mit der Thema Pflege noch konkreter auseinandersetzen müssen (ebd., Abs. 35).

7. Diskussion

Die untersuchten Wohnprojekte entstanden aus den verschiedensten Beweggründen: Die inklusive Wohngemeinschaft in Linz entstand aus einer persönlichen Notlage heraus, vordergründig war das gemeinsame Sorgetragen. Die Auenweide ist alternativ finanziert und verfolgt ökosoziale Ziele. Die anderen Wohnprojekte sind solche des geförderten Wohnbaus. Auch sie unterscheiden sich in ihrer Projektausrichtung. Que[e]rbau in der Seestadt wurde mit dem Ziel, Wohnbedürfnisse abseits der heterosexuellen Kleinfamilie zu bedienen, entworfen, mit der Förderung des Projekts JUNO möchte die Stadt Wien Alleinerziehende (finanziell) unterstützen, das übergreifende Ziel der ro*sa-Projekte besteht in der Bereitstellung finanziellen Wohnraums für Frauen, die HausWirtschaft möchte Wohnen und Arbeiten kombinieren und versteht sich als Projekt der nutzungsgemischten Stadt.

Offensichtlich verfolgen die untersuchten Wohnprojekte demnach unterschiedliche Anliegen und Ziele. Dennoch ähneln sich gemeinschaftliche Wohnprojekte häufig in ihrer Funktionsweise und ihren Mechanismen im Zusammenleben. Die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung werden nun in Hinblick auf die forschungsleitenden Fragen diskutiert mit dem Ziel, diese zu beantworten. Das übergreifende Forschungsinteresse galt dem Potenzial gemeinschaftlicher Wohnprojekte, zu einer gendergerechten und sorgezentrierten Stadt beizutragen. In Hinblick auf die hierzu dargelegten theoretischen Ansätze betraf die forschungsleitende Frage die vorhandenen *Strategien und Infrastrukturen* zur Bewältigung und Umverteilung von unbezahlter Sorgearbeit. Unterfragen analysierten die *Zugänglichkeit* zu den Projekten und das *Ausmaß der Teilhabe* Aller an der Gestaltung des Wohnumfelds. Nicht zuletzt galt den durch sorgetragende Personen *konkret geäußerten Wünschen* an das *Wohnumfeld* besonderes Interesse. Die Forschungsergebnisse werden in der Reihenfolge der Forschungsfragen chronologisch diskutiert.

Es fällt auf, dass alle gemeinschaftlichen Wohnprojekte *Strategien* und *Mechanismen* der Umverteilung und Bewältigung von Sorgearbeit aufweisen, die über klassische Nachbarschaftsnetzwerke hinausreichen: Einige Nachbar:innen kochen füreinander, leisten gegenseitige emotionale Sorgearbeit, indem sie einander Raum für Anliegen geben und zuhören, im Krankheitsfall werden Medikamente oder Einkäufe füreinander besorgt. Konkrete Mechanismen betreffen beispielsweise den Austausch des Zweitschlüssels zur Wohnung für den Notfall und die Organisation des gemeinsamen Alltags in verschiedenen Messenger-

Gruppen. Ein weiterer Mechanismus ist die Besprechung und Thematisierung von Sorgearbeit, die automatisch entsteht, wenn in einer Gemeinschaft gesorgt wird. Dadurch wird Sorgearbeit sichtbarer und vermehrt umverteilt. So wächst in gemeinschaftlichen Wohnprojekten eine neue Generation mit mehreren Bezugspersonen und positiven Vorbilder in Hinblick auf geschlechtergerechte Verteilung von Sorgearbeit heran. Lediglich in zwei Wohnprojekten wurde die Feststellung gemacht, dass tendenziell Frauen sich gegenseitig aushelfen. Zudem ist festzustellen, dass die gegenseitige Fürsorge bei zunehmender Größe des Wohnprojekts aufgrund höherer Anonymität abnimmt. *Infrastrukturen* des Wohnprojekts betreffen unter anderem das Angebot an gemeinschaftlichen Räumen, wie Innenhöfe oder Gemeinschaftsküchen, in denen Sorge geleistet werden kann. Kinderbetreuung wird zudem dadurch erleichtert, dass Kinder in mehreren Wohnungen Zuhause sind oder nur vor die Türe gehen müssen, um Freund:innen zu treffen. Die Befragten bestätigten außerdem die Relevanz kurzer Wege zu Infrastrukturen der Versorgung, wie Bildungseinrichtungen und Grünflächen.

Das Sample der Befragten und ihre Aussagen deuten auf eine recht diverse Zusammensetzung der jeweiligen Bewohner:innenschaft hin, was für Inklusion und den *Zugang* zu den gemeinschaftlichen Wohnprojekten spricht. Dennoch scheint die größte vertretene Gruppe an Personen in gemeinschaftlichen Wohnprojekten *weiße*, heterosexuelle Paare mittleren Alters mit Kindern zu sein. Es gilt zudem festzuhalten, dass neben einem meist relativ geringem monatlichen Mietzins bei Einzug häufig ein nicht unbedeutender Genossenschaftsanteil bzw. Eigenmittelanteil zu entrichten ist. So bleiben viele, wenn auch nicht alle, gemeinschaftlichen Wohnprojekte nur für Personen mit hohen finanziellen Mitteln leistbar.

Einige Wohnprojekte ermöglichten bereits vor Fertigstellung des gemeinschaftlichen Wohnprojektes die *Mitsprache* der Bewohner:innen in der Gestaltung. Die Ergebnisse zeigten, dass Bewohner:innen beispielsweise Einfluss auf die Grundrisse und den Grad der Barrierefreiheit nahmen. In den meisten Wohnprojekten wurde ein Ort der Begegnung in der Mitte gewünscht, um den sich die Wohnungen anordneten. Neben der Teilhabe an Entscheidungsprozessen spielt zudem das große Angebot von Gemeinschaftsräumlichkeiten eine große Rolle in der Gestaltung des alltäglichen Lebens. Diese werden durch Gemeinschaftsaktivitäten (beispielsweise Yoga, Workshops, Ausflüge) angeeignet und bieten Raum für Austausch.

Wünsche sorgetragender Menschen an ihr gemeinschaftliches Wohnprojekt betrafen Leistbarkeit, Teilhabe, gemeinschaftliche Aspekte wie das füreinander Sorgetragen, Nähe zu Infrastrukturen der Versorgung und Grünflächen, den Grundriss der Wohnung, Zugehörigkeit und die Möglichkeit, dort alt werden zu können. Dies gibt Aufschluss darüber, welche Bedürfnisse abseits von jenen erwerbstätiger, heterosexueller Männer ohne Sorgeverantwortung beziehungsweise abseits der heterosexuellen Kleinfamilie bestehen können und steht in Einklang mit Theorien zu gendergerechter Stadtplanung und zur sorgenden, solidarischen Gesellschaft, die ebenfalls unter anderem leistbaren Wohnraum, Teilhabe, und Nähe zu Infrastrukturen betonen. Eine interessante Erkenntnis ist, dass in queeren Beziehungen häufig zunächst Individualität innerhalb von Beziehungen im Sinne getrennter Zimmer gewünscht wurde. Dennoch wurde sich zum Ende der Planung aufgrund tief verankerter Wohngewohnheiten wieder klassischen Wohnungsgrundrissen angenähert. Es gilt festzuhalten, dass in jeder sorgenden Gemeinschaft die Bedürfnisse unter Einbezug Aller erhoben werden müssen und die Ergebnisse der vorliegenden Forschung kein *one size fits all* Ansatz für gendergerechtes Planen darstellen, sondern lediglich Hinweise geben kann.

Zusammenfassend bieten Gemeinschaftliche Wohnprojekte allenfalls ein enormes Potenzial, zu einer Neuorganisation von Sorgearbeit auf nachbarschaftlicher Ebene beizutragen. Die Anzahl an Mechanismen der gegenseitigen Fürsorge und der Möglichkeiten der aktiven Partizipation ist enorm. Gemeinschaftliche Wohnprojekten können als Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichem Raum gesehen werden. Dort lassen sich Erfahrungen in der gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens und Sorgetragens und somit Erfahrungen für eine sorgende Stadt beziehungsweise eine solidarische Gesellschaft sammeln. Der Zugang zu solchen Wohnprojekten muss jedoch hinterfragt und weiter demokratisiert werden. Es braucht mehr finanzielle Unterstützungen, um auch Personen, die nicht über hohes Eigenkapital verfügen, das Leben in gemeinschaftlichen Wohnprojekten zu ermöglichen. Zudem braucht weiterhin und verstärkt professionelle Angebote, weshalb gemeinschaftliche Wohnprojekte nur *einen* Ansatz von vielen der sorgenden Stadt darstellen können.

8. Fazit

Die Krise sozialer Reproduktion macht deutlich, dass die entsprechenden Rahmenbedingungen für das Erbringen qualitativ hochwertiger Sorgearbeit in der aktuellen kapitalistischen Gesellschaft nicht gegeben sind. Insbesondere ökonomisch schwache Haushalte verfügen kaum über Möglichkeiten, Sorgearbeit auszulagern und mehrfach diskriminierte Menschen wie migrantische Frauen leisten besonders viel Sorgearbeit - unter prekären Bedingungen.

Neben hohen Anforderungen sowohl in der Erwerbsarbeit als auch in der Sorgearbeit erschwert auch die androzentrische Stadtplanung die Durchführung von Sorgearbeit, welche zu 75 Prozent von Frauen geleistet wird. Die Lebensrealitäten und Bedürfnisse sorgetragender Menschen finden kaum Berücksichtigung in der Stadtplanung. Urbane Gegenden sind durch die Trennung der öffentlichen Sphäre der Erwerbstätigkeit von der privaten Sphäre der Haus- und Sorgearbeit und der geschlechtliche Konnotation dieser Räume so strukturiert, dass sie patriarchale Familienformen, die Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit, geschlechtergetrennte Arbeitsmärkte und traditionelle Geschlechterrollen in den Raum einschreiben und reproduzieren. Dadurch erfahren Frauen und diskriminierte Minderheiten Ausschluss aus dem öffentlichen Raum. Stünde Haus- und Sorgearbeit im Zentrum der Stadtplanung, so wären *Nutzungsmischung*, *fußgänger:innenfreundliches Straßendesign* und eine *öffentliche Bereitstellung städtischer Infrastrukturen* die wichtigsten Kriterien bei der Gestaltung von Stadt. Gendergerechte Stadtplanung und die Restrukturierung der Sorgearbeit hängen also eng zusammen. Deshalb ist es wenig überraschend, dass feministische Konzepte wie das der Sorgenden Stadt oder die Utopie einer solidarischen Gesellschaft Parallelen zu diesen Forderungen aufweisen. Zentral für alle Ansätze ist die *Teilhabe* alle an der Gestaltung der Stadt beziehungsweise des Zusammenlebens und gemeinsamen Sorgetragens. Im Sinne einer intersektionalen Perspektive müssen die Bedürfnisse Aller einbezogen werden. Neben der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums gilt es auch, *soziale Infrastrukturen* bereitzustellen und zu demokratisieren. Eine genderinklusive Stadt beziehungsweise eine solidarische Gesellschaft schafft Räume, die das verkörperte Sorgen und soziale Interaktionen ermöglichen.

In gemeinschaftlichen Wohnprojekten können wertvolle Erfahrungen in der gemeinschaftlichen Gestaltung des Lebensumfelds und der gemeinsamen Übernahme von (Sorge-)Verantwortung gesammelt werden, beziehungsweise können sie als ein Teil oder ein Projekt einer sorgenden Stadt betrachtet werden. Meist bieten sie die Möglichkeit zur Teilhabe

an der Gestaltung des alltäglichen Zusammenlebens. Zudem werden in ihnen verschiedene Mechanismen der gegenseitigen Unterstützung und Fürsorge entwickelt – im Krankheitsfall, durch emotionale Sorgearbeit, Hilfe im Haushalt oder durch das Zubereiten von Mahlzeiten sowie in der Kinderbetreuung. Die Stadt Wien zeigt zwar bereits politischen Willen im Sinne der Förderung solcher Projekte. Es braucht jedoch mehr finanzielle Unterstützung um die Leistbarkeit und den Zugang für Alle sicherzustellen.

Ziel soll jedoch nicht sein, durch gemeinschaftliche Wohnprojekte mangelnde staatliche Dienstleistungen und Infrastrukturen zu ersetzen. Zusätzlich notwendig ist - wie von Winker gefordert - der Ausbau und die Demokratisierung sorgender öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen sowie eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit bei gleichzeitiger sozialer Absicherung. So kann Zeit für eine hochwertige Sorgearbeit, aber auch für sozialen Austausch gewährleistet werden. Unbezahlte wie bezahlte Care-Arbeit muss eine gesellschaftliche Aufwertung im Sinne einer höheren Entlohnung und besseren Arbeitsbedingungen erfahren. Nur so kann sie aus biologischen Zuschreibungen gelöst werden und neu verteilt werden. Diese Forderungen sind allerdings nur schwer umsetzbar in einer kapitalistischen Gesellschaft, die auf Profitmaximierung basiert, Individualisierung und das Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie auf vielfältige Weise, beispielsweise durch staatliche Wohnbauprogramme fördert.

In Hinblick auf wissenschaftliche Debatten wäre es abschließend wünschenswert, postkoloniale Theorien verstärkt in die Stadtforschung zu integrieren, um die komplex wirkenden historischen und globalen Machtverhältnisse und ihr Wirken in gegenwärtigen modernen Gesellschaften greifbar zu machen. Das Fortwirken kolonialer Strukturen produziert Ungleichheiten und Ausschlüsse in Städten, die so sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig wäre es von großem Vorteil, (embodied) Care stärker in der Forschung über gemeinschaftliches Wohnen zu berücksichtigen.

Literaturverzeichnis

- ACHTSAMER 8 (o.J.). Achtsamer 8. Willkommen. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2024 unter <https://achtsamer.at/>.
- Addati, L. et al. (2018). *Care work and care jobs for the future of decent work*. Report. International Labour Organization. Zuletzt aufgerufen am 01. Dezember 2023 unter: http://www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_633135/lang--en/index.html.
- Bauhardt, C. (2012). *Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Zuletzt aufgerufen am 23. Mai 2024 unter https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfoekonomie/Bauhardt.pdf.
- Baur, N. & Blasius, J. (2014). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.
- Bauriedl, S. (2013). *Androzentrische Leerstellen der Stadtforschung. Geschlechtliche Arbeitsteilung, heteronormative Geschlechterkonstruktion und deren sozialräumliche Organisation. Kommentar zu Hartmut Häußermann & Walter Siebels „Thesen zur Soziologie der Stadt*. sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 1(1), (S. 119–123). Zuletzt abgerufen am 04.05.2024 unter <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/69>.
- Bauriedl, S., Schier, M. & Strüver, A. (2010). *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen*. Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, R. (2010). *Raum*. in R. Becker & B. Kortendiek. *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, (S. 806–819). https://doi.org/10.1007/978-3-531-92041-2_98.
- Butler, J. (2002) *Gender trouble*. routledge. Zuletzt aufgerufen am 21.08.2024 unter <https://www.taylorfrancis.com/books/mono/10.4324/9780203902752/gender-trouble-judith-butler>.
- Britannica (2024). *cisgender*. Abgerufen am 31.05.2024 unter <https://www.britannica.com/topic/cisgender>.
- Caring Communities – Entwicklung lokaler Sorgenetzwerke und einer Sorgeskultur in den Gemeinden (o.J.). Zuletzt aufgerufen am 01.09.2024 unter <https://www.sorgenetzwerke.at/>.
- Cid-Aguayo, B. & Ramirez, L. (2017). *Solidary care economy: politicization and socialization of women's hidden work*., EMES International Research Conference. Social enterprise for sustainable societies. 6. Auflage (S. 3–6). Zuletzt aufgerufen am 07. Januar unter: <https://emes.net/content/uploads/publications/solidary-care-economy-politicization-and-socialization-of-womens-hidden-work/Cid-Aguayo-Arias-ESCP-6EMES-11.pdf>.

- Criado-Perez, C. (2019). *Invisible women: Exposing data bias in a world designed for men*. London: Vintage.
- Darke, J. (1996). *The man-shaped city*. Changing places: Women's lives in the city (S. 88–99).
- Die Auenweide (2024). *Auenweide | Das Wohnprojekt in St. Andrä/Wördern*. Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter <https://www.auenweide.at/>.
- Die HausWirtschaft (2024). *Willkommen, die HausWirtschaft*. Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024.
- Doderer, Y.P. (2013). *Räume des Politischen: Dimensionen des Städtischen*. Monsenstein und Vannerdat.
- Dück, J. (2018). *Krise der sozialen Reproduktion–nicht mehr als eine Anpassungskrise? Tendenzen von Verweigerung sowie Momente der Anpassung*. Pühl, K. & Sauer, Birgit (Hg.). Regulierung, Regierung und Reproduktion von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen. Münster. (S. 139–157).
- einszueins (2024). *Die Auenweide*. einszueins. Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter: <https://www.einszueins.at/project/auenweide/>.
- Europäisches Parlament (2019). *Gender Mainstreaming in der EU – Aktueller Stand*.
- FAQ | Initiative GEMEINSAM Bauen & Wohnen (o. J.). Zuletzt aufgerufen am 24. April 2024 unter <https://www.inigbw.org/gemeinschaftlich-wohnen/faq>.
- Farías, I. et al. (2023). *Kultursoziologische Stadtforschung*. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2024 unter <https://ul.qucosa.de/id/qucosa:87729>.
- Federici, S. (1975). *Wages against housework*. Falling Wall Press Bristol. Zuletzt aufgerufen am 05. Mai 2024 unter: <https://thecommoner.org/wp-content/uploads/2019/10/04-federici.pdf>.
- Federici, S. & De Moor, T. (2013). *Revolution at point zero. Housework, reproduction, and feminist struggle*. Nova. Zuletzt aufgerufen am 17. Mai 2024 unter: Available at: <https://unrast-verlag.de/wp-content/uploads/downloads/897713314-Revolution-at-Point-Zero-Leseprobe.pdf>.
- Flick, U. (2022). *Gütekriterien qualitativer Sozialforschung* in N. Baur and J. Blasius (Hrsg). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien. (S. 533–547). Zuletzt aufgerufen am 23. April 2024 unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-37985-8_34.
- Fraeser, N. & Kuschinski, N. (2019). *Beziehungsweise Recht auf Stadt. Feministische Perspektiven auf Formen kollektiver Stadtgestaltung*. Común-Magazin. 1/2019 (S. 18–19). Zuletzt aufgerufen am 09. Mai 2024 unter: <https://comun-magazin.org/wp-content/uploads/2019/05/Comun-01-2019.pdf>.

- Franz, Y. & Gruber, E. (2018). *Wohnen „für alle“ in Zeiten der Wohnungsmarktkrise?: Der soziale Wohnungsbau in Wien zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Standort, 42(2), pp. 98–104. Zuletzt aufgerufen am 22.08.2024 unter <https://doi.org/10.1007/s00548-018-0533-1>.
- Fried, B. & Wischniewski, A. (2022). *Sorgende Städte*. Zeitschrift Luxemburg. Zuletzt aufgerufen am 12. Januar 2024 unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/sorgende-staedte>.
- Friedrich Ebert Stiftung (o. J.) *Victim Blaming | Gender Glossar*. Zuletzt aufgerufen am 31. Mai 2024 unter: <https://www.fes.de/wissen/gender-glossar/victim-blaming>.
- Friedrichs, J. (2014) *Forschungsethik*. in N. Baur and J. Blasius (Hrsg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, (S. 81–91) Zuletzt aufgerufen am 23. April 2024 unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_3.
- Gierse, C. & Wagner, M. (2016). *Gemeinschaftliche Wohnprojekte – Eine Wohnform für alle sozialen Lagen und Lebensalter?*. Zeitschrift für Sozialreform, 58(1), S. 59–82. Zuletzt aufgerufen am 22. Dezember 2023 unter: <https://doi.org/10.1515/zsr-2012-0103>.
- Görgen, B. (2021). *Nachhaltige Lebensführung: Praktiken und Transformationspotenziale gemeinschaftlicher Wohnprojekte*. 1. Auflage. Bielefeld, Deutschland. transcript Verlag (Soziologie der Nachhaltigkeit). Zuletzt aufgerufen am 02. Januar 2024 unter: <https://doi.org/10.14361/9783839456927>.
- Gottschalk, A., Kersten, S. & Krämer, F. (2018). *Doing Space while Doing Gender - Vernetzungen von Raum und Geschlecht in Forschung und Politik*. (1. Auflage). Bielefeld, Deutschland: transcript Verlag. Zuletzt aufgerufen am 12. Dezember 2024 unter: <https://doi.org/10.14361/9783839435366>.
- Hamington, M. (2004). *Embodied Care: Jane Addams, Maurice Merleau-Ponty, and Feminist Ethics*. University of Illinois Press.
- Harvey, D. & Kadritzke, N. (2007). *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Rotpunktverlag. Zuletzt aufgerufen am 24.05.2023 unter: <https://doc1.bibliothek.-li/aas/FLMA154579.pdf>.
- Hayden, D. (2017). *Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen? (1981)*. Sub\urban: Zeitschrift für kritische Stadtforschung. 5(3). (S. 69–86).
- Helfferich, C. (2011). *Die Qualität qualitativer Daten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Available at: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92076-4>.
- Helfferich, C. (2014). *Leitfaden- und Experteninterviews*. in N. Baur and J. Blasius (Hrsg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, (S. 559–574) Zuletzt aufgerufen am 23. April 2024 unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_39.
- Hochschild, A.R. (2015). *Global care chains and emotional surplus value*. In *Justice, politics,*

- and the family. Routledge, pp. 249–261. Zuletzt aufgerufen am 31.08.2024 unter <https://www.taylorfrancis.com/chapters/edit/10.4324/9781315633794-21/global-care-chains-emotional-surplus-value-arlie-russell-hochschild>.
- Holm, A. (2011). Das Recht auf die Stadt. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/2011. (S. 89–97).
- Huning, S., Mölders, T. & Zibell, B. (2019). *Gender, space and development: An introduction to concepts and debates*. in *Gendered approaches to spatial development in Europe*. Routledge. (S. 1-23).
- de Jong, A. (2021). Why feminism is essential to architecture | Afaina de Jong | TEDxAmsterdamWomen (2021). Zuletzt aufgerufen am 22.08.2024 unter <https://www.youtube.com/watch?v=C58myGKJGMA>.
- JUNO (2024). *Start, JUNO - Zentrum für Getrennt- und Alleinerziehende*. Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter: <http://www.alleinerziehen-juno.at/>.
- Kern, L. (2021). *Feminist City: Claiming Space in a Man-Made World*. Verso Books.
- Kipka, R. (2019). *Soziale Reproduktion im Kapitalismus*. marx21. Zuletzt aufgerufen am 07. Januar 2024 unter: <https://www.marx21.de/theorie-soziale-reproduktion-kapitalismus/>.
- Krollman, R., Schmidt, R. & Spill, A. (2021). Grenzüberschreitung und Distanzierung – Geschlechterforschung in universitären Toiletten. Zuletzt aufgerufen am 09. Mai 2024 unter blog.de/beitrag/geschlechterforschung-in-uni-toiletten.
- Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2019). *Datenaufbereitung und Datenbereinigung in der qualitativen Sozialforschung*. in N. Baur and J. Blasius (Hrsg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, (S. 441–456). Zuletzt aufgerufen am 23. April 2024 unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_31.
- Kurt, S. (2021). *Radikale Zärtlichkeit – Warum Liebe politisch ist*. HarperCollins.
- Lefebvre, H. (1967). *Le droit à la ville. L’Homme et la société*. 6(1), (S. 29–35). Zuletzt aufgerufen am 03. Januar 2024 unter: <https://doi.org/10.3406/homso.1967.1063>.
- Lentz, J.M. (2023). *Wohnen und Care-Arbeit*. Común-Magazin. (7). Zuletzt aufgerufen am 7. Januar 2024 unter: <https://comun-magazin.org/wohnen-und-care-arbeit/>.
- Lorber, J. & Farrell, S.A. (1991). *The social construction of gender*. Sage Newbury Park, CA.
- Löw, M. (2015). *Raumsoziologie*. (8. Auflage, Originalausgabe). Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Suhrkamp Berlin.
- Madörin, M. (2010). *Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften*. Springer. Zuletzt aufgerufen am 21.08.2024 unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-92347-5_4.

- Marburg, S. (2024). *Gemeinschaftliches Wohnen in Marburg*. Stadt Marburg. Zuletzt aufgerufen am 11.05.2024 unter <https://www.marburg.de/portal/seiten/-gemeinschaftliches-wohnen-in-marburg-900002046-23001.html> .
- Massey, D. (2006). *Space, time and political responsibility in the midst of global inequality (Raum, Zeit und politische Verantwortung inmitten weltweiter Ungleichheiten)*. Erdkunde. (S. 89–95). Zuletzt aufgerufen am 23. Januar 2024 unter: <https://www.erdkunde.uni-bonn.de/article/view/2558/2547>.
- Mayring, P. & Fenzl, T. (2019). *Qualitative Inhaltsanalyse*. in N. Baur and J. Blasius (Hrsg.) Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, (S. 633–648). Zuletzt aufgerufen am 23. April 2024 unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_42.
- Moser, M. (2023). *Wohnen ist politisch: Der Beitrag gemeinschaftlicher Wohnprojekte zu einer care-zentrierten Zukunft. Wirtschaft neu ausrichten: Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*.
- Naprawnik, T. (2024). *Sorgende Städte*. Magazin Frauensolidarität. Zuletzt aufgerufen am 31. Mai 2023 unter. <https://www.zeitschrift.frauensolidaritaet.org/artikel/sorgende-staedte/>.
- Oberhauser, A. M., Fluri, J. L., Whitson, R., & Mollett, S. (2017). *Feminist spaces. Gender and Geography in a Global Context*. London: Taylor & Francis.
- Okpokwasili, O.A. (2023). *An Analysis of Bell Hooks Concept of Feminist Consciousness: An Imperative to Ending Gender War*. Interdisciplinary Journal Of African & Asian Studies (IJAAS), 9(1) Zuletzt aufgerufen am 18. März 2014 unter: <https://nigerianjournalonline.com/index.php/ijaas/article/view/3142>.
- Philippsen, C. (2014). *Soziale Netzwerke in gemeinschaftlichen Wohnprojekten: Eine empirische Analyse von Freundschaften und sozialer Unterstützung*. 1. Auflage. Verlag Barbara Budrich. Zuletzt aufgerufen am 23. Dezember 2023 unter: <https://doi.org/10.2307/j.ctvbj7jzb>.
- Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014a). *6.1 Einleitung: Warum braucht die qualitative Sozialforschung ein besonderes Forschungsdesign?*, Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, (S. 117).
- Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014b). *Qualitative Sozialforschung: ein Arbeitsbuch*. 4., erweiterte Auflage. München: Oldenbourg Verlag (Lehr- und Handbücher der Soziologie).
- Pühl, K. & Sauer, B. (2018). *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen*. 1. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Que[e]rbau (o. J.) (kein Titel). Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter <https://queerbaudotat.wordpress.com/>.

- Rädiker, S. & Kuckartz, U. (2019). *Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. Available at: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22095-2>.
- [ro*sa] KalYpso (2024). – *Das erste Frauenwohnprojekt in Wien* (2024). Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter: <https://www.rosa-kalypso.at/>.
- Ruhne, R. (2017). *(Sozial-)Raum und Geschlecht*. in F. Kessl & C. Reutlinger. Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: Springer Fachmedien, (S. 1–22). Zuletzt aufgerufen am 14. Mai 2024 unter https://doi.org/10.1007/978-3-531-19988-7_16-1.
- Ruhne, R. (2020, November). *B. 11 Urbane ‚Angsträume‘–Die Stadt als ein vergeschlechtlichtes Bedrohungsszenario*. In Stadtsoziologie und Stadtentwicklung (S. 429-440). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Schilliger, V. S. (2018). *Marx’ Thematisierung der sozialen Reproduktion. Leerstellen und aktuelle Anknüpfungspunkte in der Debatte um Care*. MarxnoMarx, Zürich.(8. Auflage) (S. 39-45).
- Schönangerer, B. (2024). *Wie wollen wir wohnen?*. Mehr als ein Dach über dem Kopf. Zeitschrift Frauensolidarität. Zuletzt aufgerufen am 15. Mai 2024 unter: <https://www.zeitschrift.frauensolidaritaet.org/artikel/mehr-als-ein-dach-ueber-dem-kopf/>.
- Schuster, N. & Höhne, S. (2017). *Stadt der Reproduktion. Einführung in den Themenschwerpunkt*. sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 5(3), (S. 9–22). Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter: <https://doi.org/10.36900/suburban.v5i3.311>.
- Sennett, R. (1996) *Flesh and stone: The body and the city in western civilization*. WW Norton & Company.
- Smith, L.T. (2012). *Decolonizing Methodologies: Research and Indigenous Peoples*. Otago University Press.
- Stadt Wien (2021) Grätzloase, Smart City Wien. Available at: <https://smartcity.wien.gv.at/graetzloase/> (Accessed: 1 September 2024).
- Stadt Wien (2024). Zentrum Kagran - Vielfältiger Stadtteil mit Grünflächen, Stadtplanung. Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter : <https://www.wien.gv.at/stadtplanung/zentrum-kagran>.
- UN Women (o.J.). *Gender Mainstreaming*. Zuletzt aufgerufen am 29. Mai 2024 unter: <https://www.unwomen.org/en/how-we-work/un-system-coordination/gender-mainstreaming>.
- UN Women (o.J.). *SDG 5 - Gleichstellung der Geschlechter*. UN Women Deutschland. Zuletzt aufgerufen am 16. Mai 2024 unter: <https://unwomen.de/sdg-5-gleichstellung-der-geschlechter/>.

- United Nations (2015a). *THE 17 GOALS | Sustainable Development*. Zuletzt aufgerufen am 13. Januar 2024 unter: <https://sdgs.un.org/goals>.
- United Nations (2015b). *Goal 5 | Department of Economic and Social Affairs*. Zuletzt aufgerufen am 16. Mai 2024 unter: <https://sdgs.un.org/goals/goal5>.
- United Nations (2015c). *Goal 11 | Department of Economic and Social Affairs*. Zuletzt aufgerufen am 16. Mai 2024 unter: <https://sdgs.un.org/goals/goal11>.
- United Nations Office on Drugs and Crime (2023). *Gender-related Killings of Women and Girls (Femicide/feminicide): Global Estimates of Female Intimate Partner/family-related Homicides in 2022*. United Nations. Zuletzt aufgerufen am 31. Mai unter: <https://doi.org/10.18356/9789213587072>.
- Universität Wien (o.J.). Internationale Entwicklung (Master). Zuletzt aufgerufen am 16. Mai 2024 unter: <https://studieren.univie.ac.at/studienangebot/masterstudien/internationale-entwicklung-master/>.
- Vergès, F. (2020). *Dekolonialer Feminismus*. Passagen Verlag.
- Visakha, S. (2021). *Making a Feminist City: Planning Safety and Autonomy for Women: A Legal and Policy Perspective*. Vidhi Centre for Legal Policy. Zuletzt aufgerufen am 12. Februar 2024 unter: <https://vidhilegalpolicy.in/wp-content/uploads/2021/02/Making-a-Feminist-City-digital-upload-vF.pdf>.
- Vogelpohl, A. (2018). *Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken: Eine stadttheoretische Querverbindung von 1968 bis heute*. sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 6(2/3), (S. 149–158). Zuletzt aufgerufen am 22. Mai 2024 unter: <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/436/605#content>.
- Waldmühle Rodaun (2024). *Attemsgasse 23 - Waldmühle Rodaun*. Zuletzt aufgerufen am 13. Mai 2024 unter: <https://www.waldmuehle-rodaun.at/attermsgasse/>.
- WECF (o.J.) *Sprache? Genau statt Generisch*. WECF. Abgerufen am 19. April 2024 unter <https://www.wecf.org/de/sprache-und-gender/>.
- West, C. & Zimmerman, D.H. (1987). *Doing Gender.*, Gender & Society, 1(2), (S. 125–151). Zuletzt aufgerufen am 13. März 2024 unter: <https://doi.org/10.1177/0891243287001002002>.
- WHO (o. J.). *Gender and health*. Zuletzt aufgerufen am 05. Mai 2023 unter: <https://www.who.int/health-topics/gender>.
- Wiener Hilfswerk (2023). *Wiener Hilfswerk Nachbarschaftszentren*. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2024 unter <http://www.nachbarschaftszentren.at/>.
- Winker, G. (2011). Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive. DAS ARGUMENT. Zuletzt aufgerufen am 07. Januar 2024 unter: [105](https://www.gabriele-</p>
</div>
<div data-bbox=)

winker.de/pdf/DA292_winker.pdf.

Winker, G. (2015). Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft. transcript Verlag. Zuletzt aufgerufen am 22.08.2024 unter: <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839430408>.

Winker, G. (2018). Das Ganze der Arbeit revolutionieren! | Zeitschrift Luxemburg. Zuletzt aufgerufen am 07. Januar 2024 unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/das-ganze-der-arbeit/>.

Wohlfarth, L. (2023). Verwandt, Versorgt, Verbaut - welchen Spielraum haben Familien in der Stadt. ZEITGENOSSIN. (S. 30, 31).

Yee Meyberg, A. & Blinzov, A. (2024). *Die feministischen Städte*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt aufgerufen am 01. April 2024 unter: <https://www.rosalux.de/news/id/50030/die-feministischen-staedte>.

ZDF (2024). *Sozialer Wohnungsbau: Was man vom Wiener Modell lernen kann*. ZDFheute. Zuletzt aufgerufen am 01.09.2024 unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/-ausland/wien-wohnen-sozialer-wohnungsbau-100.html>

Zechner, M. (2021). Commoning care & collective power: Childcare commons and the micropolitics of municipalism in Barcelona. Transversal texts.

Interviews

AK (Que[e]rbau Seestadt), Interview (1)1, Durchführung persönlich im Que[e]rbau Seestadt am 22. Februar 2024.

RH (Que[e]rbau Seestadt), Interview (1)2, Durchführung persönlich im Que[e]rbau Seestadt am 22. Februar 2024.

ISF (ro*sa KalYpso), Interview (2), Durchführung persönlich am 26. Februar 2024 im [ro*sa] KalYpso.

AR (die HausWirtschaft), Interview (3)1, Durchführung persönlich in der HausWirtschaft in Wien am 26. Februar 2024.

SS (die HausWirtschaft), Interview (3)2, Durchführung persönlich in der HausWirtschaft in Wien am 26. Februar 2024.

TP (Attemsgasse), Interview (4), Durchführung per Zoom am 26. Februar 2024.

MK (JUNO), Interview (5), schriftliche Beantwortung der Fragen am 05. März 2024.

NM (Auenweide), Interview (6), Durchführung persönlich in der Auenweide in St. Andrä-Wördern am 15. März 2024.

SJB (Inklusive Wohngemeinschaft), Interview (7), Durchführung per Zoom am 15. April 2024.

PK (Que[e]rbau Seestadt), Interview (8), Durchführung per Zoom am 15. April 2024.

Anhang

Abstract

Vor dem Hintergrund männergemachter Städte und der Feminisierung von Sorgearbeit untersucht die vorliegende Masterarbeit das Potenzial gemeinschaftlicher Wohnprojekte, zu einer gendergerechten und sorgeorientierten Stadt beizutragen. Kritisch feministische Stadtplanungsansätze charakterisieren eine gendergerechte Stadt insbesondere durch kurze Wege, ein fußgänger:innenzentriertes Straßendesign und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Das Konzept der Sorgenden Stadt betont zudem die Teilhabe an der Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfelds und die Demokratisierung von Sorgearbeit. Im Rahmen der Forschung wurden qualitative Leitfadeninterviews mit zehn Bewohner:innen sieben verschiedener Wohnprojekte in und um Wien durchgeführt. Dabei wurde analysiert, welche Strategien und Infrastrukturen zur Bewältigung und Umverteilung von Sorgearbeit in diesen Wohnprojekten vorhanden sind. Teilhabe wird im Sinne einer intersektionalen Perspektive einerseits durch die kritische Hinterfragung des Zugangs zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten analysiert. Zudem werden die Berücksichtigung von Bedürfnissen abseits der heterosexuellen Kleinfamilie in der Planung sowie die Möglichkeiten der Partizipation im täglichen Zusammenleben - beispielsweise durch die Nutzung von Gemeinschaftsräumen, die Organisation von gemeinschaftlichen Aktivitäten sowie die Partizipation an Entscheidungsprozessen – beleuchtet. Es zeigt sich, dass gemeinschaftliche Wohnprojekte auf Community-Ebene einen Beitrag zu einer gendergerechten sorgeorientierten Stadt leisten können: Sie bieten Lebensräume für Bedürfnisse und Menschen auch abseits der Heteronormativität sowie Infrastrukturen und besondere Strategien für eine leichtere Bewältigung und Umverteilung von Sorgearbeit. Zudem eröffnen sie eine große Anzahl an Möglichkeiten der Teilhabe. Allerdings ist der Zugang zu den Wohnprojekten aufgrund hoher Grundbeiträge häufig Personen, welche über hohe Eigenmittel verfügen, vorenthalten. Es gilt außerdem festzuhalten, dass gemeinschaftliche Wohnprojekte öffentliche Angebote oder Infrastrukturen der Versorgung nicht ersetzen können, sondern durch diese ergänzt werden müssen.

Schlüsselwörter: *Care, Sorge, Reproduktion, feministisch, genderinklusiv, Sorgezentrierung, Teilhabe, Stadtplanung, gemeinschaftlich, Wohnprojekt, Recht auf Stadt*

Interview-Leitfaden

Einleitung

- Begrüßung und Vorstellung durch die Forscherin
- Darlegen Forschungsinteresse
- Darlegen Erkenntnisinteresse und Zweck des Interviews
- Klären der Rahmenbedingungen (Dauer, Aufzeichnung, Anonymisierung, Dutzen)

Themenblock 1: Hintergrundinformationen zur interviewten Person

1. Bitte stelle dich kurz vor.
2. Wie kamst du zum gemeinschaftlichen Wohnprojekt?
 - 2.1 Hast du schon länger auf die Chance gewartet, in ein solches Haus zu ziehen?
 - 2.2 Wo und wie hast du zuvor gewohnt?
3. Wie sieht dein Alltag aus?

Themenblock 2: Hintergrundinformationen zum Wohnprojekt

4. An wen ist das Wohnprojekt gerichtet?
 - 4.1 Welche Altersgruppen wohnen hier?
 - 4.2 Welche Familienformen wohnen hier?
 - 4.3 Wohnen Menschen mit Migrationserfahrung da?
 - 4.4 Wohnen Menschen mit Behinderung da?
5. Findest du, das Wohnprojekt ist leistbar?

Themenblock 3: Teilhabe an der Gestaltung des Zusammenlebens

6. (Wie) wurden die Bewohner*innen in die Planung des Projekts miteinbezogen?
 - 6.1 Wie warst du beteiligt?
7. Welche Gemeinschaftsräume gibt es?
 - 7.1 Wie ist die Nutzung geregelt?
 - 7.2 Wie erfolgt die Reinigung
8. Was ist Gemeingut, was wird geteilt?
9. Welche Angebote gibt es für die Bewohner:innen des Wohnprojekts?
10. Wie werden Entscheidungen, welche das Zusammenleben betreffen, getroffen?

11. Gibt es manchmal Konflikte?
 - 11.1 Wie werden diese gelöst?

Themenblock 4: Sorgeverantwortung der befragten Person

12. Welche Sorgetätigkeiten übernimmst du im Alltag?
 - 12.1 Welche Sorgetätigkeiten übernimmt dein:e Partner:in?
 - 12.2 Empfindest du die Sorgearbeit in deiner Partnerschaft fair verteilt?
 - 12.3 Gibt es weitere Unterstützungsnetzwerke für deine Sorgearbeit?
(Beispielsweise Großeltern, KiTa, Nanny?)

Themenblock 5: Rolle des Wohnprojekts in der Bewältigung der Sorgearbeit

13. Gibt es Personen im Wohnprojekt, die dir bei der Bewältigung der Sorgetätigkeiten helfen?
14. Gibt es Mechanismen, Angebote oder Initiativen im Wohnprojekt, die dir die Erledigung von Sorgearbeit erleichtern?
15. Erreichst du alle wichtigen Dinge des Alltags (Ärzt:innen, Kinderbetreuung, Supermärkte) in unter 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad?

Themenblock 6: Zukunftsperspektiven und Verbesserungsmöglichkeiten

16. Glaubst du, dass Wohnprojekte einen bedeutenden Beitrag zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft leisten können?
17. Wie könnten Wohnprojekte wie dieses noch besser auf die Bedürfnisse von Frauen eingehen? Was wünschst du dir?
18. Hast du noch weitere Anmerkungen oder Ideen, die du teilen möchtest?

Abschluss

- Dank für die Teilnahme am Interview und für die Offenheit bei den Antworten
- Möglichkeit weitere Fragen zu stellen oder zusätzliche Informationen zu geben
- Vereinbarung über die weitere Vorgehensweise

E-Mail Vorlage Interviewanfrage

Hallo zusammen,

ich heiße Luzie (she/her).

Im Zuge meiner Masterarbeit des Studiums Internationale Entwicklung erforsche ich feministische Konzepte für eine inklusive Stadt. Insbesondere sehe ich mir Wohnprojekte in Wien für verschiedenste Altersgruppen und Lebensformen und ihre Auswirkungen auf Frauen/FLINTA* Personen an.

Gerne würde ich mehr über die Planung und das Wohnen in der Attemsgasse Ost erfahren.

Gibt es denn Personen, die sich eventuell – persönlich vor Ort oder per Zoom - bereit erklären würden, mit mir ein wenig über das Leben dort zu sprechen?

Ich würde mich riesig über eine Rückmeldung freuen.

Liebe Grüße

Luzie Bartle

INTERVIEW

Looking for Interviewees
for my master thesis about
feminist city planing

You

- FLINTA* / woman
- above 18 years old
- living in a housing project
- taking on care work on a daily basis
(looking after children/elderly, groceries...)



 Do you feel like telling me about your
life in the housing project? Then send
a mail to:

luzieantoniabartle@hotmail.com

INTERVIEW

INTERVIEW

Suche Interviewpartner*innen
für meine Masterarbeit zu
feministischer Stadtplanung

Du

- eine Frau / FLINTA*- Person
- älter als 18 Jahre alt
- Bewohner*in eines Wohnprojekts
- übernimmst Sorgearbeit im Alltag
(Kinderbetreuung, Einkäufe,
Angehörigenpflege o.Ä.)



 Hast du Lust mir ein bisschen von
deinem Leben im Wohnprojekt zu
erzählen? Dann melde dich unter :

luzieantoniabartle@hotmail.com

INTERVIEW

Kodierleitfaden

Kategorie	Beschreibung	Beispiel
K1 Beweggründe für den Einzug		
K1.1 Gemeinschaftsaspekt	Codiert werden alle Aussagen, die den Gemeinschaftsaspekt als Grund für den Einzug nennen	„in dem Eck von Wien gerne ein gemeinschaftliches Wohnprojekt, wo mir irgendwie klar war, meine Tochter wird ausziehen und ja“
K1.2 Leistbarkeit des Wohnprojekts	Codiert werden alle Aussagen, die die Leistbarkeit des Wohnprojekts als Grund für den Einzug nennen	„Neubau wäre nicht so gestaffelt, dass wir das normalerweise ist das so pro Baugeschoss 100 Euro mehr für die Wohnung zahlst. Also ich glaube irgendwo anders kannst du dir hier gar keine Wohnung im sechsten Stock mit Balkon zu zweit leisten. Also das muss ich schon echt sagen, das ist toll“
K1.3 Lage des Wohnprojekts	Codiert werden alle Aussagen, die die Lage des Wohnprojekts als Grund für den Einzug nennen	„Vor allem hier die Location in Wörtern, weil der, die Anbindung nach Tulln so gut ist und meine Stieftöchter in Tulln in die Schule gehen in Tulpington, also hier in der Nähe, mit ihrer Mutter wohnen“
K1.4 Infrastrukturen des Wohnprojekts	Codiert werden alle Aussagen, die die Infrastrukturen des Wohnprojekts als Grund für den Einzug nennen	„Und was mir noch wichtig war, dass die Kinder, wenn sie älter sind, also so wie jetzt, einfach bei der Tür rausgehen und gleich einen Park daneben haben. Das war so (...) und die Schule haben sie dann auch gebaut, die, meine Kinder sind dann beide in diese Volksschule gegangen, die dann neu gebaut worden ist, das war eine Ganztags-Volksschule. Das hat sich alles super ergeben für mich als Alleinerzieherin“

K1.5 Füreinander Sorgetragen	Codiert werden alle Aussagen, die den Aspekt des Füreinander Sorgetragens als Grund für den Einzug nennen	„Was mach ich denn in Döbling, wenn sich keiner schert“, „Uh, der Betreuungsbedarf steigt, naja, aber eigentlich wäre es ja auch sinnvoll, das gemeinsam zu schupfen““
K1.5 Altwerden	Codiert werden alle Aussagen, die als Grund für den Einzug Gedanken an das Alt- und/oder pflegebedürftig werden nennen	„Das ist auch eine Zukunftsperspektive unter anderem auch, warum wir das Haus ausgewählt haben, weil es sehr stark auch ausgerichtet ist, unsere Wohnung nicht direkt, aber nicht direkt heißt, es ist extrem leicht umzubauen auf Rollstuhl“
K1.6 Bedürfnisse abseits der heterosexuellen Kleinfamilie	Codiert werden alle Aussagen, die Bedürfnisse abseits der heterosexuellen Kleinfamilie als Grund für den Einzug in das Wohnprojekt nennen	„Halt auch der Queerness-Faktor, also ‚Ok, ich bin jetzt mal nicht der bunte Hund‘“
K2 Inklusion und Diversität des gemeinschaftlichen Wohnprojekts		
K2.1 Soziale Merkmale der Bewohner:innen	Codiert werden alle Aussagen zu den sozialen Merkmalen der Bewohner:innen, beispielsweise zu Alter, Geschlecht, Herkunft, Ethnie, Sexualität, Beziehungs- oder Familienform	„recht durchmischt“, „colormäßig eher weiß“, „Buntheit“
K2.2 Finanzielle Leistbarkeit	Codiert werden alle Aussagen, zur finanziellen Leistbarkeit des Wohnprojekts	„Das ist für die Frauen nicht leicht zu stemmen, auch wenn das in Wien als sozialer Wohnbau titulierte wird, man hat Grundkosten pro Quadratmeter 500 Euro“
K3 Teilhabe und Gestaltung des eigenen Wohnumfelds		
K3.1 Teilhabe am Planungsprozess	Codiert werden alle Aussagen zum Einfluss der Bewohner:innen auf die Planung des Wohnprojekts oder ihrer eigenen Wohnung, insbesondere ihre Bedürfnisse und der Ablauf der Planung	„So die Bedürfnisse halt gegenseitig besprochen und versucht herauszufinden, ist das in den Häusern, wo, wo die Leute gewohnt haben oder grad wohnen erfüllt, oder was müsste anders sein“

K3.2 Soziale Teilhabe im Alltag	Codiert werden alle Aussagen zur sozialen Teilhabe (Gemeinschaftstreffen und Angebote, Gemeinschaftsräume, Entscheidungsprozesse) im Alltag des Wohnprojekts	„Es gibt da einmal Yoga oder Shiatsu, oder was halt die einen oder anderen organisieren“
K4 Care-Situation der Befragten		
K4.1 Anfallende Sorgetätigkeiten	Codiert werden alle Aussagen zu den Sorgetätigkeiten, die die befragte Person übernimmt	„Ich bin nach dem 12 Stunden Dienst heimgekommen und habe halt die Wäsche in die Waschmaschine. Ich bin halt bis um Mitternacht halt noch Wäsche hin und her rennen. Dazwischen habe ich Zeugs gemacht und vorgekocht und das war halt dezent anstrengend, aber das Kind hat halt geschlafen, die Sachen konnten halt erledigt werden. Und dann, am nächsten Tag hatte ich dann die Möglichkeit, die Care-Arbeit mit dem Kind zu machen und nicht eben, so diese Haushalts-Tätigkeiten“
K4.2 Verteilung der Haushalts- und Sorgearbeit in der Partnerschaft	Codiert werden alle Aussagen zur Verteilung der Sorgearbeit in der Partner:innenschaft	„In unserem Privathaushalt finde ich ist die Sorgearbeit sehr fair verteilt“
K 4.3 (Familiäre und weitere) Unterstützungsnetzwerke	Codiert werden alle Aussagen zu weiteren Unterstützungsnetzwerken in der erweiterten Familie oder durch private Lösungen	„Ich hab einige Babysitterinnen, aber so oft kann ich mir das nicht leisten. Der Verein KiB unterstützt regelmäßig mit den Notfallmamas, wenn mein Sohn krank ist und mit 2 Entlastungstagen pro Quartal“
K5 Infrastrukturen der Versorgung		
K5.1 Infrastrukturen der Versorgung	Codiert werden alle Aussagen zu (der Entfernung zu) den Infrastrukturen der Versorgung, beispielsweise zu Schulen, Supermarkt, Ärzt:innen, Grünflächen, (Stichwort <i>kurze Wege</i>)	„weil die Nähe, die kurzen Wege“

K6 Unterstützungsmechanismen unter den Bewohner:innen		
K6.1 Füreinander Sorgen im Krankheits-oder Pflegefall	Codiert werden alle Aussagen zur Fürsorge im Krankheits-oder Pflegefall	„Wenn ich krank bin, krieg ich nullkommanix fünf Suppen angeboten“
K6.2 Emotionale Care-Arbeit	Codiert werden alle Aussagen zum Leisten emotionaler Care-Arbeit	„Herzensraum“
K6.3 Zubereiten von Mahlzeiten	Codiert werden alle Aussagen zur Zubereiten von Mahlzeiten für andere	„Würde heute Abend Erdäpfelgulasch machen“
K6.4 Kinderbetreuung	Codiert werden alle Aussagen zur Unterstützung in der Kinderbetreuung	„Es ist so relaxed. Also die Kinder sind weg, und es ist nicht so: ,Wo sind die?““
K7 Ausblick: Wohnprojekte für eine sorgezentrierte Zukunft?		
K7.1 Sichtbarmachen (des Umfangs von) SorgeARBEIT	Codiert werden alle Aussagen zum Sichtbarmachen von Sorgearbeit	„Was halt schon dazu beiträgt, dass Bewusstsein steigt“
K7.2 Brechen mit traditionellen Geschlechterrollen und gesellschaftlichen Erwartungen	Codiert werden alle Aussagen zum Aufbrechen von Geschlechterrollen	„Wir haben halt auch eine große, überproportionale Dichte an (...) herzoffenen Männern“
K7.3 Leichtere Bewältigung von Sorgearbeit	Codiert werden alle Aussagen zur leichteren Bewältigung von Sorgearbeit	„Das macht einiges leichter“
K7.4 Weitere positive Aspekte des gemeinschaftlicher Wohnprojekte	Codiert werden alle Aussagen zu weiteren positiven Aspekten gemeinschaftlicher Wohnprojekte	„Wir haben noch nie so einen großen, lockeren Freundeskreis gehabt“
K7.5 Grenzen	Codiert werden alle Aussagen zu den Grenzen gemeinschaftlicher Wohnprojekte in der gemeinsamen Sorge	„Da bräuchte es jemand Professionelles“
K7.6 Wünsche	Engagement, FLINTA Angebote, Diversität	„Angebot für FLINTA* Väter“